

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körper

Ich hoffe, daß der gestrige Rundgang durch diese traditionsreiche Stadt und die dabei gewonnenen Eindrücke unsere heutige Tagung inspirieren werden. Ich begrüße es jedenfalls, daß wir uns hier in Tallinn zusammenfinden, um ein europäisches Gespräch zu führen. Gestatten Sie mir dazu einige Vorbemerkungen.

Die wirtschaftliche Logik der Integration und die seelische Kraft nationaler Eigenständigkeit - sie bilden zwei Leitmotive einer Entwicklung, die das Ausmaß einer welthistorischen Krise angenommen hat und nicht schnell einen neuen Zustand der Stabilität finden wird. Wie soll Europa zusammenfinden? Das ist in der Tat die große politische Gestaltungsfrage.

Die wirtschaftliche Integration der Nachkriegszeit im Westen Europas war die große politische Gestaltungsleistung von Staatsmännern wie Adenauer, Schuman, de Gasperi, Spaack. Die wirtschaftlichen Interessenkräfte bildeten aber nur den Vorspann für den eigentlichen "grand design", und der war von politischer Art: nämlich die Europäer nach den Katastrophen der ersten Jahrhunderthälfte zusammenzuführen, ihre Kräfte zu verbinden und die Geister zu versöhnen.

Daß die Amerikaner diesmal, anders als in den 20er Jahren, ein mildes Protektorat übernahmen und militärisch sicherten, war von entscheidender Bedeutung, und es gewann die Form des Atlantischen Bündnisses. Der militärische Schutz der Vereinigten Staaten war nicht nur lebenswichtig, um die Sowjetunion Stalins und seiner Nachfolger auf Abstand zu halten. Er ersparte es auch den Europäern, noch einmal gegeneinander zu rüsten und die bittere Geschichte der europäischen Machtkämpfe zu wiederholen.

Die Drohung der Sowjetunion blieb auf lange Zeit das organisierende Prinzip westlicher Sicherheit. Es war deutlich, daß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau die alten Nationalstaaten zu klein, zu eng, zu schwach waren. Kein Land hat aus dieser Situation mehr gewonnen, mehr gemacht als die Bundesrepublik Deutschland. Vier Jahre nur nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht wurde die Bundesrepublik ins Leben gerufen. 1955 trat sie, souverän geworden, in das Nordatlantische Bündnis ein. 1957 war sie bereits Gründungsmitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Deutschland, das Land, das von der Teilung Europas am meisten zerrissen wurde, hat zugleich in seiner westlichen Ausprägung auch den größten Nutzen davon gehabt: Nicht nur durch seine Unentbehrlichkeit für die Sicherheit des Westens, sondern auch durch die damit verbundene Wertorientierung. Der nationale Machtstaat, das war die Lehre der ersten Jahrhunderthälfte, konnte nach dem Zeitalter der Weltkriege für Europa nicht mehr die Grundform sein.

Im Osten sprach man lange, zu lange vom Block. Die Wahrheit war jedoch anders. Es zeigte sich immer wieder an dem Freiheitsstreben der Völker, es zeigte sich in der Misere des Alltags und am Ende im Zerfall, daß die impériale Gewalt der UdSSR nicht zur Integration führte. Als die Sowjetunion Ende der 70er Jahre in eine Krise der Ideologie, der Wirtschaft und der Technik trieb und die äußere Überanstrengung hinzutrat, kam die Stunde der Wahrheit. Zuerst erwachten die Völker des äußeren Imperiums aus der Erstarrung, danach die Völker des inneren Macht- und Herrschaftsbereiches.

Die Geister aber, die so lange in der Kälte gefangen waren, haben die Erfahrung des Westens nicht erwerben können. Sie hatten nichts als Geschichte und Nationalität, um sich gegen militärische Übermacht und ideologischen Druck der Sowjetunion zu behaupten.

Übergänge, wo man hinschaut, aber wohin? Nicht einmal im Westen ist es schon ausgemacht, daß der Stabilität der Konfrontation eine Ordnung der Integration folgt: Die Verträge von Maastricht sind der Versuch, den besten Teil der Nachkriegsordnung zu erhalten und für die Zukunft zu verbessern. Im Osten aber ist die Phase der nationalen Selbstdefinition noch nicht abgeschlossen.

Auf dem Balkan, am sichtbarsten in Jugoslawien, brechen alte und älteste Gegensätze wieder auf, die 1919 diplomatisch überdeckt und 1945 kommunistisch ruhiggestellt wurden. Die Tschechoslowakei

sieht sich Spannungen ausgesetzt, die wider alle wirtschaftliche Vernunft den Zusammenhalt des Landes in Frage stellen. Die Suche nach nationaler Identität trennt die Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch mehr als der Kampf um das materielle Erbe des Imperiums.

Die Westeuropäer sind mit sich selbst beschäftigt, die Nordamerikaner nicht minder. Die Industrienationen sind noch nicht aus der Rezession heraus. Die Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren stark in Vorlage getreten nach Osten. Aber die Mittel unseres Landes sind begrenzt; der Wiederaufbau der östlichen Landesteile hat Vorrang - und muß ihn logisch haben. Denn wer das eigene Haus nicht in Ordnung hat, kann anderen nicht helfen.

Für das östliche Mitteleuropa ging es nur in der ersten Phase um Hilfe. Jetzt geht es um Strukturbildung. Sie aber kann allein von der Europäischen Gemeinschaft geschaffen werden. Von ihr ist heute beides verlangt: ein kühner Entwurf Westeuropas, wie er in den Verträgen von Maastricht vorliegt, und, parallel dazu, ein noch kühnerer Entwurf Gesamteuropas. Denn alles steht unter dem Druck der Krise, die weitergeht und die tektonischen Platten Asiens und Europas bewegt.

Wir haben mit der Sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie des Grundgesetzes der Diktatur eine politische Lebensform entgegengesetzt, die die Menschen gewinnt und die kulturelle Ausstrahlungskraft hat. Wir haben auch gelernt, daß man bayrisch oder hanseatisch sein kann und zugleich deutsch, und daß man, wenn man deutsch sein will, auch Europäer sein muß. Wir haben auch die biblische Weisheit wieder gelernt: Wem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern.

Das gilt für die Deutschen, das gilt aber auch für alle anderen Europäer, die sich 1945 und seitdem auf der besseren Seite der europäischen Katastrophe fanden. Es wird Anstrengung kosten und Überzeugungsarbeit, Westeuropa nach dem Kalten Krieg zu mehr Integration zu führen und nicht die Errungenschaften von Vernunft und Versöhnung zu verlieren.

Die größte Anstrengung allerdings bleibt den Europäern im Osten des Kontinents: Die Osteuropäer - wie hier die baltischen Staaten - müssen die wiedergewonnene Freiheit und die stolze nationale Selbstbestimmung bewahren und doch zugleich beides einbringen in die Integration, welche Ost und West verbinden muß. Darin liegt die entscheidende Chance der Zukunft. Sie fordert vom Westen wie vom Osten eine große wirtschaftliche Anstrengung, vom Osten jedoch zudem eine noch größere moralische und politische Leistung.

Dieser 96. Bergedorfer Gesprächskreis kann hierzu beitragen, indem er in Offenheit und Klarheit die Probleme darstellt und nach Lösungen sucht.

## Meyer-Landrut

Ich möchte Sie im Olav-Saal des Schwarzhäupterhauses herzlich begrüßen und eingangs nur darauf hinweisen, daß es sich hier um das Gebäude einer hansischen Junggesellenvereinigung, der sogenannten Schwarzhäupterbrüder handelt. Der eigentliche Schwarzhäuptersaal befindet sich in dem angrenzenden Renaissancegebäude. Mauritius war der Patron dieser Vereinigung; deshalb sehen Sie den schwarzen Mohrenkopf überall an diesem Haus. Der Olav-Saal ist ein Gildensaal aus dem 15. Jahrhundert, der den Schwarzhäuptern später übereignet wurde.

Unsere Tagung steht unter dem Thema: "Zwischen Integration und nationaler Eigenständigkeit: wie findet Europa zusammen?" Mein Vorschlag ist, daß wir drei sachliche Schwerpunkte setzen, die jeweils durch Kurzreferate eingeleitet werden. Zunächst sollte aus der Sicht der beiden bisherigen Weltgroßmächte, den USA und der früheren Sowjetunion - des jetzigen Rußlands oder der GUS, wie immer man will;- , dargestellt werden, wie sie heute Europa sehen und worauf wir Europäer einstellen müssen. Dazu wird Jim Hoagland, nicht nur ein einflußreicher Journalist, sondern ein hervorragender Beobachter Europas, die erste Einführung geben. Leider hat Eduard Schewardnadse, der jetzige Präsident von Georgien, der zugesagt hatte, für die GUS zu sprechen, aufgrund seiner vielfältigen Verpflichtungen nun doch absagen müssen. Ich werde versuchen, aus meiner Kenntnis die GUS-Position zu Europa kurz zu umreißen.

In einem zweiten Block geht es dann um die spezifische Sicht der Deutschen - dazu wird Herr Staatsminister Schmidbauer vom Bundeskanzleramt einführen -und der Europäischen Gemeinschaft, vertreten hier durch Herrn Generaldirektor Krenzler vom Kommissariat für Auswärtige Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft.

Schließlich werden in einer dritten Runde der vormalige Außenminister und jetzige Botschafter Estlands in Helsinki, Herr Meri, die Position Estlands und des Baltikums sowie der schwedische Botschafter in Bonn, Herr Örn, den schwedischen und skandinavischen Standpunkt darlegen.

Ich darf Jim Hoagland bitten, das Wort zu ergreifen.

## Hoagland

Herr Körber hat mich sehr beeindruckt, daß er jene auffordert, denen viel gegeben ist, zu begreifen, daß sie viel zurückzugeben haben. Derartige Äußerungen hört man in meinem Lande in diesen Tagen nicht eben häufig. Es gibt auch nur wenige prominente Unternehmer und Geschäftsleute, nicht einmal bekannte Politiker in Amerika, die fordern, man solle sein eigenes Haus in Ordnung bringen, wenn man anderen außerhalb der eigenen Grenzen helfen wolle. Ich sollte hinzufügen, daß ich hier lediglich meine eigene Meinung wiedergebe und keineswegs die offizielle amerikanische Position zum Ausdruck bringe. George Bush oder James Baker würde jedenfalls die Vorstellung keinen geringen Schrecken einjagen, Sie könnten das, was ich hier vortrage, mit dem verwechseln, was sie selbst denken.

Worum es mir vornehmlich geht, ist, Ihnen einige Eindrücke von der gegenwärtigen amerikanischen Haltung zu Europa zu vermitteln in einer Zeit, wo Integration und Desintegration miteinander wetteifern. Die Amerikanern versuchen, sich darüber klarzuwerden, ob es sich dabei um rivalisierende, antagonistische Kräfte handelt oder ob Integration und Desintegration irgendwie zusammengehören angesichts eines grundlegenden Wandels des Nationalstaates und der weltweiten Interdependenz.

Herr Körber hat zu Recht betont, daß wir in einer Zeit leben, in der sich die tektonischen Formationen verschieben und die politische Landschaft der Erde neu geformt wird. Diese Feststellung trifft insbesondere für Europa zu. Es zeichnet sich ein Trend ab, der den Regionen eine neue Bedeutung zumißt, und zwar sowohl in Europa als auch im weltweiten Zusammenhang.

Die traditionelle amerikanische Haltung einer "kreativen Ambivalenz" gegenüber der europäischen Integration ist an ihre Grenzen gestoßen. Henry Kissinger sprach seinerzeit von einer "kreativen Ambiguität" in der Außenpolitik, die er selbst mit großem Geschick betrieben hat. Ambiguität, Mehrdeutigkeit, schließt taktische Schritte bei der Ausarbeitung einer eindeutigen rationalen Strategie ein. Worunter wir jedoch in unserer Beziehung zu Europa leiden, ist eine kreative Ambivalenz, die dazu führt, daß es uns an einer eindeutigen Strategie fehlt, mit welcher Politik wir die angestrebten Ziele erreichen wollen. Denn anders als in den letzten 45 Jahren ist die amerikanische Haltung zu Europa heute von einer Unbestimmtheit in den Zielsetzungen geprägt.

Das Problem, dem wir uns gegenübersehen, ist das der heiligen Teresa: was tun, wenn die Gebete erhört werden? Wie Sie wissen, sollte man sehr vorsichtig sein, um etwas zu beten; denn es könnte ja sein, daß man erhört wird und dann plötzlich vor der Frage steht, was man mit den erfüllten Träumen anfangen soll.

Die Amerikaner haben seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wirklich für die europäische Einheit gebetet und sich dafür eingesetzt. Sie meinten, dies liege in ihrem eigenen Interesse, da sich nur so vermeiden ließ, nicht wieder militärisch in die lästigen Streitereien der Europäer hineingezogen zu werden. Doch jetzt, wo sich die Europäer tatsächlich auf die Einheit zu bewegen - ich denke, daß es sich um eine echte Integration im Westen Europas handelt;- sind sich die Amerikaner nicht sicher, wie sie mit einer Reihe von Problemen, die insbesondere die Handelsbeziehungen und die Verteidigung betreffen, umgehen sollen.

Wir befinden uns in einer Phase wachsender Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft, zum Teil deshalb, weil Amerika den Punkt erreicht, wo es sich zwar noch für die europäische Integration ausspricht, aber zum ersten Mal mit dem einschränkenden Zusatz: "nurbis zu einem gewissen Punkt". Amerikanische Regierungsvertreter meinen jedenfalls, dieser Punkt sei nunmehr erreicht. Sie sehen eine Auseinandersetzung innerhalb der EG über das Wesen der Gemeinschaft. Auf der einen Seite, so ihre Wahrnehmung, gibt es die offenen, nach außen orientierten Länder, die sich dem freien Handel verpflichtet wissen. Zu diesen Ländern gehören, so ihr Eindruck, Großbritannien, die Niederlande, Portugal und einige andere. Auf der anderen Seite gibt es die "Kontinentalen", zu denen sie die Franzosen und Belgier zählen, möglicherweise auch die Spanier als die Völker, die auf freien Handel und eine offenere Außenpolitik, so wie man sie in Amerika versteht, weniger ausgerichtet sind.

Damit wird Deutschland zum entscheidenden Land in der Mitte. Nicht zum ersten Mal sieht Washington Deutschland als den Schlüssel für die Politik in der Allianz. Von daher nehmen sie das deutsch-französische Korps als den Versuch der protektionistischen Franzosen wahr, Deutschland in ihr Lager hinüberzuziehen. Das ist einer der Hauptgründe für die amerikanische Reaktion - ich meine: eine Überreaktion - auf die Ankündigung eines deutsch-französischen Korps im Hinblick auf eine europäische Verteidigungsidentität, und zwar wegen des grundlegenden Wandels, den dies für Deutschland mit sich bringen könnte. Es stellt sich auch die politische Frage, inwieweit die Tatsache eines deutsch-französischen Korps die Unterstützung des Kongresses und der amerikanischen Öffentlichkeit für den Verbleib der Amerikaner in der NATO in Europa untergraben könnte.

Wichtig ist indes festzuhalten, daß die Ambivalenz der Amerikaner zuletzt bei der Frage der Erweiterung oder Vertiefung der Gemeinschaft sichtbar wurde. So sehen die Amerikaner den Beitritt vormals neutraler Länder, die vermutlich als nächste Aufnahme in die Gemeinschaft finden werden, und dann den möglichen Beitritt der mittel und osteuropäischen Länder als einen Schritt an, der vermutlich die Effizienz der Gemeinschaft schwächen und ihren politischen Charakter sowie die Möglichkeiten einer europäischen Verteidigungsidentität verwässern wird.

Diejenigen Regierungsvertreter, die dieser Meinung sind, reagieren darauf wiederum ambivalent. Sollen sie für die Erweiterung eintreten, weil dies ein Mittel der Verwässerung ist - viele meinen, dies sei der Grund für die Briten;- um auf diese Weise sicherzustellen, daß die Gemeinschaft weniger in der Lage ist, einen "Block" zu bilden? Oder sollen wir unsere traditionelle Haltung beibehalten von "größer ist besser", daß also alles, was die europäische Einheit voranbringe, gut sei?

Die amerikanische Denkweise dürfte im vergangenen Jahr vor allem in der Reaktion auf die französische Idee einer europäischen Konföderation begründet sein. Genau vor einem Jahr war ich in Prag bei einer Konferenz zum Thema Konföderation Europas, die von Frankreich und der Tschechoslowakei ausgerichtet wurde. Als einer der wenigen Amerikaner dort hatte ich mich genau auf die Besorgnis unserer Regierung eingestimmt, daß die Konföderation ein Versuch sei, die Vereinigten Staaten aus Europa herauszuhalten. Dies ist, nach offizieller amerikanischer Auffassung, ein Dauerthema der Franzosen geworden und ruft auf amerikanischer Seite jenes Verhalten hervor, das verständlich macht, warum die amerikanische Reaktion teilweise so überzogen war. Darin zeigt sich das amerikanische Verlangen, am NATO-Mechanismus festzuhalten, der die amerikanische Führungsrolle in Europa begründet und abgesichert hat.

Gleichzeitig steht die amerikanische Regierung jedoch unter dem Druck der Steuerzahler, die wirklich nicht allzu viele Gedanken darauf verschwenden, ob wir nun 150.000, 100.000, 50.000 oder überhaupt keinen Mann in Europa stationiert haben sollten. Das ist im diesjährigen Wahlkampf nicht zu einem politischen Thema geworden, was den amerikanischen Politikern und der amerikanischen Wählerschaft zugute zu halten ist. Die Versuche Pat Buchanans, die isolationistische Karte zu spielen, ist in den Primaries der Republikaner vollständig danebengegangen. Bei den Vorwahlen der

Demokraten nahmen einige Kandidaten sich der Themen Protektionismus und Isolationismus an, die aber von den Wählern schnell ad acta gelegt wurden.

Ich meine, das sagt einiges über die Flexibilität seitens dieser und der nächsten amerikanischen Regierung aus, wie wir auf die Veränderungen in Europa reagieren, welchen Umfang unsere Präsenz dort haben wird und wie weit wir uns dort weiterhin einlassen sollten. Unsere nächste Regierung dürfte in der Lage sein, diese Frage ohne weiteres zu "manipulieren" und sie der amerikanischen Öffentlichkeit entsprechend zu verkaufen.

Es ist auch beruhigend, daß die Kontrahenten unserer großen politischen Parteien, Präsident Bush und Bill Clinton, beide Internationalisten sind, die eigene Erfahrungen in der internationalen Politik haben. Bill Clinton war "Rhodes Scholar" und ist zweifellos ein Mann, der die europäische Politik besser versteht, als aus seinen bisherigen Äußerungen in der Öffentlichkeit hervorgeht. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, mit ihm zu sprechen, und ich kann Ihnen versichern, er ist, was die Außenpolitik angeht, keineswegs naiv und unerfahren. Zu Präsident Bush muß ich Ihnen in dieser Hinsicht nichts sagen. Hoffentlich fragt mich niemand nach Ross Perot; denn dann muß ich gestehen, daß ich das "Perot-Phänomen" überhaupt nicht begreife. Welche Regierung in Washington im Januar auch immer an die Macht kommen wird, sie wird auf jeden Fall im Hinblick auf die europäische Frage viel Spielraum haben.

Was dies natürlich ändern könnte, ist die Entwicklung in Jugoslawien. Bezeichnenderweise hat Außenminister Baker in den letzten Tagen den Europäern sehr direkt ihre Unfähigkeit vorgehalten, die Jugoslawien-Krise zu lösen, ein Thema, das er verständlicherweise im Wahljahr aus der amerikanischen Politik heraushalten möchte. Vielleicht ist dies sogar berechtigt, wenngleich man hinzufügen muß, daß in dieser Hinsicht sowohl die Europäer wie die Amerikaner ein gerüttelt Maß an Schuld trifft.

Was die Amerikaner am Geschehen in Jugoslawien und an der Reaktion in Europa wohl am meisten interessiert, ist die Frage, ob es sich hierbei um einen Konflikt der Vergangenheit handelt oder ob sich darin neue Konflikte der Zukunft ankündigen, die auch anderswo in Europa passieren könnten. Mit anderen Worten: Sind die ethnischen und nationalen Probleme Jugoslawiens ein Schlußkapitel oder ein Prolog?

Sie an diesem Tisch werden darüber sicher sehr viel genauere Vorstellungen haben als ich. Nur eines möchte ich noch kurz anmerken. Vor zehn Tagen habe ich auf einem Schulfest meiner Tochter in Washington das Gebrauchtexemplar eines Buches erstanden, das es lange Zeit nicht mehr zu kaufen gab, nämlich "Present at the Creation" von Dean Acheson. Es ist interessant, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, mit welchen Problemen sich Leute wie Acheson am Ende des Zweiten Weltkrieges konfrontiert sahen, die in vielem denen ähneln, die uns heute beschäftigen. Ein wenig ist diese Situation dem Moment vergleichbar, als Adam und Eva den Garten Eden verlassen und Eva sich umdreht und sagt: "Nun, Adam, wir leben in einer Zeit des Übergangs." Das trifft auch auf heute zu. Die Frage ist nur, wie Herr Körber gesagt hat: Übergang wohin?

### **Meyer-Landrut**

Jim Hoagland hat dankenswerterweise Fragen angesprochen, die über das rein amerikanisch-europäische Verhältnis hinausgehen und auch die innereuropäischen Entwicklungen betreffen.

Lassen Sie mich aber, bevor wir in die Diskussion einsteigen, noch einige Worte zu Rußland und zur GUS hinsichtlich ihrer Politik gegenüber Europa sagen.

Wenn ich es recht sehe, gibt es in Moskau derzeit überhaupt keine konzeptionelle Europapolitik, wie sie noch in den Jahren zwischen 1985 und 1989 durchaus vorhanden war. Die damalige Politik wurde nach meiner Einschätzung im wesentlichen durch zwei Elemente bestimmt: zum einen durch die Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Schere zwischen der sozialistischen Kommandowirtschaft und der westlichen freien Marktwirtschaft sich immer weiter öffnete, und zwar zuungunsten der sozialistischen Seite. Zum zweiten war sie von der Einsicht getragen, daß die Erhaltung der Weltmachtstellung der Sowjetunion nicht mehr allein auf die militärische Macht zu gründen war. Das erklärt den Wunsch nach umfassender wissenschaftlich-technischer und wirtschaftlicher Kooperation, die Gorbatschow in erster Linie mit Europa suchte, während er mit den USA im militärischen Bereich, vor allem, was die Abrüstung anging, eine Übereinkunft anstrebte.

Als 1989 der Warschauer Pakt und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auseinanderfielen, war Gorbatschow zunächst bemüht, seine Europapolitik weiter zu entwickeln und dafür in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen selbst die DDR fallenzulassen und der deutschen Vereinigung zuzustimmen bis hin zur Inkaufnahme der NATO-Mitgliedschaft von Gesamtdeutschland.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion jedoch, insbesondere nach dem Putschversuch vom August 1991, haben Moskau und die Nachfolgerepubliken, soviel ich sehe, es nicht vermocht, ein neues Konzept für eine Europapolitik zu entwickeln. Dabei verkenne ich nicht, daß etwa die baltischen Staaten, die ihre Unabhängigkeit wiedererlangt haben, durchaus eine Vorstellung von ihrem Platz in Europa haben - ebenso wie Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und die anderen Staaten, die sich aus dem Warschauer Pakt gelöst haben. Aber bei Rußland, der Ukraine und Weißrußland, also den zentralen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, vermag ich derartige konzeptionelle Überlegungen bisher nicht zu erkennen.

### Lendvai

Die Ambivalenz, von der Jim Hoagland gesprochen hat, ist meiner Ansicht nach nicht zuletzt auf die unklare Vorstellung der Amerikaner von jenem komplizierten Phänomen des Nationalismus zurückzuführen. Wer Nationalgefühl und Patriotismus nur als überholte Relikte der Vergangenheit betrachtet, übersieht, daß für die Völker Ost- und Mitteleuropas - von den Esten bis zu den Ungarn - die Betonung der nationalen Identität ein unerläßliches Instrument zur Erringung ihrer Freiheit gewesen ist.

Natürlich hat Herr Körber recht, wenn er nicht nur das Beispiel Jugoslawiens, sondern auch der Tschechoslowakei anführt, wo wider wirtschaftliche Vernunft die Einheit des Landes in Frage gestellt wird. Aber Nationalismus, Nationalgefühle, ethnische Konflikte kann man nicht mit rationalen Argumenten erklären. Wenn sich also die Slowakei von der Tschechoslowakei lösen will, dann ist das sicher völlig unvernünftig, ändert aber nichts an der Tatsache, daß da tiefsitzende Gefühle im Spiele sind, die als politische Realität in Rechnung zu stellen sind.

Daß solche Gefühle durch die herrschende politische Klasse manipuliert werden, ist indes auch nicht zu übersehen, wobei in der Slowakei, in der Ukraine, in Serbien, in Kroatien frühere kommunistische Apparatschiks sich auf einmal in glühende Nationalisten verwandelt haben. Ich denke nur an die deprimierende Tatsache, daß Herr Krawtschuk in der Ukraine einen überwältigenden Sieg errungen hat und Leute, die aus echter nationaler Überzeugung die Unabhängigkeit ihres Landes miterstritten haben; teilweise ins Gefängnis werfen ließ.

Was die amerikanische Haltung zu den jetzigen Vorgängen in Jugoslawien und in Osteuropa angeht, so habe ich auch Dean Achesons "Present at the Creation" gelesen. Sehr aufschlußreich in diesem Zusammenhang sind auch die Memoiren von James Reston, der als Journalist am Vorabend des Zweiten Weltkrieges nach London ging. Er schreibt: Wir jungen amerikanischen Journalisten kannten nicht den Unterschied zwischen Baltikum und dem Balkan. Ich fürchte, es gibt auch heute amerikanische Politiker und Journalisten, die diesen Unterschied nicht kennen. Das ist vielleicht einer der Gründe für die Schwankungen in der amerikanischen Politik. Das Jugoslawienbild zum Beispiel war in Amerika lange Zeit positiv besetzt: Widerstand gegen Stalin, Dritter Weg, so ein wenig subversive Kraft im Ostblock und so weiter. Dabei hat man nicht bemerkt, was inzwischen an Veränderungen eingetreten war, zumal es auch eine Lobby gab, die die öffentliche Meinung in einer bestimmten Richtung manipulierte.

Hier zeigt sich wieder einmal die bedenkliche Mischung aus Ignoranz und Arroganz, vor allem wenn es um die Probleme der kleinen Staaten geht. Wenn man etwa die Leitartikel bekannter amerikanischer Kolumnisten von vor einem Jahr mit dem vergleicht, was sie heute schreiben, stellt man doch erhebliche Wandlungen fest - natürlich hat sich inzwischen die ganze politische Landschaft sehr verändert. Ich habe jedenfalls meine Zweifel, daß die Europäische Gemeinschaft den Test Jugoslawien allein bestehen wird.

### Lieven

Herr Lendvai hat völlig zu Recht betont, daß der Nationalismus ein wichtiges Instrument war, um in Osteuropa die Freiheit zu gewinnen. Ein anderer Punkt ist gegenwärtig die Frage der Staatsbildung. Denn man hat im Westen bisher offenbar nicht recht begriffen, in welchem Ausmaß, insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion, die Strukturen von Staat und Regierung zusammengebrochen sind. Dies ist vielleicht hier im Baltikum nicht so offenkundig wie in einigen anderen früheren Sowjetrepubliken. Regierungsentscheidungen werden nicht durchgeführt, weil die Verwaltungsapparate häufig einfach nicht funktionieren, zumindest in den Provinzen der Republiken nicht. Die Kommunikationsverbindungen sind zusammengebrochen.

Von daher könnte man eine Analogie sehen zwischen der Wiederherstellung des "Staates" in diesen Republiken und den Entwicklungen, die etwa in Europa während des 19. Jahrhunderts stattgefunden haben, bei denen die Ideologie des Nationalismus ebenfalls eine Schlüsselrolle gespielt hat. Denn die

einzelnen Regierungen versuchen die Kontrolle wiederzugewinnen und die verschiedenen Gebiete ihres Landes wieder zu integrieren sowie die zahlreichen Verwaltungsbereiche in einem zentralen "Staat" zusammenzufassen. Mir scheint das Problem dabei, daß dadurch aufseilen des Staates im Hinblick auf lokale Autonomie, sei diese nun kulturell oder politisch, gewissermaßen eine eingebaute Opposition entstehen kann.

Wenn man sich an die Debatten zum Thema Nationalismus in Deutschland zur Zeit Bismarcks erinnert, so wurde damals das Konzept einer negativen Integration entwickelt. Bismarck versuchte Deutschland vornehmlich dadurch zu integrieren, daß er bestimmte Gruppen aus dem nationalen Konsens ausschloß, statt sie einzubinden.

Mit anderen Worten: In ganz Osteuropa und vor allem in der früheren Sowjetunion will die staatliche Rhetorik insbesondere den westlichen Beobachtern gegenüber den Eindruck einer positiven Integration erwecken, daß man also bestrebt sei, jedermann in den Staat zu integrieren. Wenn man allerdings unter die Oberfläche schaut, geht es dabei meist doch um negative Integration. Das heißt, man versucht die Kernnation dadurch im Staat zu vereinigen, daß man sich von anderen Nationalitäten oder ethnischen Gruppen abgrenzt. Dabei handelt es sich nicht nur um nationale, sondern in einigen Fällen auch um politische Gruppierungen.

Inwieweit von der westlichen Politik erwartet wird, daß sie sich mit diesem Problem auseinandersetzt, wie die Beziehungen zwischen Nationalismus, nationaler Integration und Wiedererstehen der Staaten in diesem Teil der Welt aussehen könnten - ein Prozeß, der im Gange ist und für den Loyalität und Engagement der Bürger verlangt werden;- , dies scheint mir die eigentlich wichtige Frage zu sein, auf die ich bisher keine Antwort habe.

### **Meyer-Landrut**

Zweifellos ist die Bildung der politischen Klasse - also Parteien, Parlamente, funktionsfähige Regierungen - ein erhebliches Problem für die Entwicklung in ganz Osteuropa. Das Beispiel Polens mit der Zersplitterung der politischen Parteien dürfte sich in anderen Ländern wiederholen. Darin sehe auch ich eine große Gefahr.

### **Butenschön**

Der estnische Philologe, Finnougrist und Dichter Uko Masing hat einmal gesagt: "Kleine Völker haben schon deshalb einen weiteren Horizont, weil sie an der Existenz der anderen nicht vorbeikommen." Man könnte auch umgekehrt sagen: "Große Völker haben schon deshalb einen engeren Horizont, weil sie die Existenz der kleinen Völker gerne übersehen." Die großen Völker in Westeuropa haben die Existenz der kleinen Völker auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion jahrzehntelang geradezu fahrlässig übersehen. Ich kann mich sehr gut an den Beginn der "singenden Revolution" in Estland, Lettland und Litauen erinnern und besonders an die Reaktion meiner Zunft, der Journalisten, die unisono von Nationalismus, Separatismus und Extremismus sprachen und den Aufbruch der Balten verurteilten.

Das war sicher auch eine Folge der propagandistischen Ausformung der imperialen Gewalt der Sowjetunion, von der Herr Körber eingangs gesprochen hat. Wir hatten alle Angst vor einem Zerfall der Sowjetunion. Dabei mußte sie zerfallen, wenn die kleinen Völker am Rande des Imperiums, zu denen auch die Esten, Letten und Litauer gehörten, eine Chance auf Verwirklichung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung erhalten sollten.

Wir sollten nicht vergessen, daß sich auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion eine Entwicklung fortsetzt, die durch die Oktoberrevolution von 1917 gewaltsam unterbrochen wurde, nämlich die Entwicklung von Nationalstaaten. Keines der sogenannten sowjetischen Völker ist freiwillig sowjetisch geworden. Hier muß also eine bestimmte Entwicklung nachgeholt werden. Und wenn wir heute vorwurfsvoll von "Nationalismus" in Osteuropa und im Baltikum sprechen, dann sollten wir auch bedenken, was der estnische Botschafter in Bonn, Tut Matsulevits, kürzlich im Deutschlandfunk gesagt hat: "Unser Nationalismus ist kein Schwert, sondern ein Spiegel." Wir, die älteren, großen Völker Westeuropas, sollten hin und wieder in diesen Spiegel blicken. Ich meine, wir müssen, was die Entwicklung in Osteuropa angeht, noch sehr viel lernen und dürfen uns nicht immer so überlegen aufgeklärt fühlen.

### **Elbe**

Jim Hoagland hat eine Frage angesprochen, die zwar wichtig ist und an der sich die Amerikaner zur Zeit wund reiben, die aber von den eigentlichen Problemen, die auf uns zukommen, eher ablenkt. Im

Grunde genommen leben wir heute in einer revolutionären Situation. Wir haben die politische Teilung Europas überwunden. Was wir indes nicht überwunden haben, ist die Teilung in Zonen stabiler und instabiler Ordnung, aus denen neue Gefahren für uns resultieren, nicht primär militärischer Art, sondern aufgrund von Fehlentwicklungen in den inneren Ordnungen. Dazu gehört das organisierte Verbrechen genauso wie der Handel mit atomaren Waffen oder die großen Wanderungsbewegungen und vieles andere mehr.

Angesichts dieser Situation sehe ich unsere wichtigste Aufgabe darin, einen Beitrag zur Stabilisierung der Lage zu leisten. Dafür müssen wir aber eine Vision entwickeln, wie wir Sicherheit und Zusammenarbeit in der Zukunft gestalten wollen.

In dieser Hinsicht hat dankenswerterweise die amerikanische Seite, Außenminister Baker, den Begriff "Kooperationsraum der Zukunft" geprägt, der von Vancouver bis Wladiwostok reichen soll. Dabei geht es vor allem um die entscheidende Aufgabe der Zukunft: Wie organisieren wir Sicherheit in diesem Raum? In dieser amerikanischen Vision, die ihren Niederschlag in der deutsch-amerikanischen Erklärung vom Oktober 1991 gefunden hat, wird zum Ausdruck gebracht, daß es unumgänglich ist, die Ressourcen Amerikas und Europas zu bündeln, um der Lage in den mittel- und osteuropäischen Staaten Herr zu werden. Und Herr Körber hat uns ja zu Recht ermuntert, über einen Gesamtentwurf für Europa nachzudenken.

Wir verfügen seit langem über ein Konzept, ohne davon wirklich Gebrauch zu machen. So hat die Nordatlantische Allianz im Harmel-Bericht von 1967 festgestellt, daß es das höchste Ziel sei, eine "dauerhafte und gerechte Friedensordnung in Europa zu schaffen". Wir müssen daran gehen, dieses Ziel zu verwirklichen, weil wir dazu gerade jetzt weit eher die Möglichkeit haben als zur Zeit des Harmel-Berichts, wo angesichts des Kalten Krieges eine solche Vision keine Realisierungschancen besaß.

Ich habe bei Jim Hoagland ein Stichwort vermißt, nämlich KSZE, die doch im Ansatz die Schaffung einer europäischen Sicherheitsordnung zum Ziel hat. Auf deutscher Seite schwebt uns vor, daß die KSZE zu einer Regionalorganisation ausgebaut werden muß. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an das Kapitel Acht der Charta der Vereinten Nationen. Wir haben in Helsinki die Einrichtung eines Lenkungsausschusses empfohlen, aus dem sich dann irgendwann eine Art Sicherheitsrat entwickeln könnte, zu dem alle KSZE-Mitglieder gleichermaßen Zugang haben. Wir haben des weiteren eine Schiedsinstanz vorgeschlagen. Wir sind der Meinung, daß die KSZE in einer längerfristigen Perspektive auch die Befugnis zum Einsatz von Friedenstruppen haben sollte, und es müßte darüber nachgedacht werden, welche Rolle der WEU und der NATO bei Übernahme einer solchen Aufgabe zufallen könnte.

Ein weiterer Punkt betrifft das Prinzip "Konsensus minus eins", das heißt, Konsensus minus Betroffener, das weiterentwickelt werden sollte, um bei Verstößen eines Staates gegen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte eine Berufung auf den Tatbestand der Einmischung in die inneren Angelegenheiten auszuschalten. Hier müßte das Völkerrecht über die KSZE fortentwickelt werden.

Kann die KSZE eine solche Aufgabe überhaupt bewältigen? Zeigt nicht das Beispiel Jugoslawien, daß hier die KSZE eher versagt hat? Aber wie sollte sie in dieser Hinsicht auch eine Leistung erbringen, wenn es ihr dafür an entscheidenden Voraussetzungen fehlte? Die Amerikaner haben seinerzeit in der KSZE bestenfalls eine Einrichtung gesehen, die zwar nicht schadet, aber im Grunde unsinnig ist, während die Sowjets die KSZE als ein Instrument betrachtet haben, um die Nachkriegsordnung in Europa zu festigen. Das mag damals alles irgendwie berechtigt gewesen sein in einer bestimmten historischen Situation. Aber jetzt haben wir es mit einer völlig anderen Lage zu tun, in der es darum gehen muß, eine Friedensordnung in Europa zu schaffen. Hier wünschte ich mir von unseren amerikanischen Freunden, daß sie eine stärkere Rolle in diesem KSZE-Prozeß spielen - zum Teil wird dies ja von der gegenwärtigen Administration bereits wahrgenommen.

Ich kann übrigens nachvollziehen, daß man in Amerika über die Bildung eines Europäischen Korps - es ist ein europäisches und kein deutsch-französisches Korps, Herr Hoagland - sehr irritiert ist. Aber ich bitte zu bedenken, daß sich hier eine Entwicklung zeigt mit dem Ziel der Stabilisierung und Konsolidierung bis hin zur Politischen Union, die damit auch einen Beitrag zur Sicherheit in Europa leistet. Ich meine, wir können hierbei nicht auf halbem Wege stehenbleiben, sondern müssen das schaffen, was die Amerikaner für sich bereits seit zwei Jahrhunderten verwirklicht haben, nämlich die Vereinigten Staaten von Europa. Ich halte es für fatal, wenn die USA uns auf diesem Weg nicht konsequent begleiteten, zumal wir die Anbindung an Amerika in keiner Weise in Frage stellen. Dies sollte nach unserer Meinung in einem transatlantischen Vertrag zum Ausdruck kommen, der über die transatlantische Erklärung, die es bereits gibt, noch hinausgeht.



## Väyrynen

Ich will einige Worte zu den Veränderungen sagen, die wir zur Zeit durchleben. Wir leben zwar nicht im Garten Eden, aber wir befinden uns bestimmt in einer Übergangsphase, die sich im wesentlichen als eine geopolitische Veränderung charakterisieren läßt und die tatsächlich mit einigen früheren Umbruchszeiten wie 1815, 1870/71, 1919 und 1945 verglichen werden kann.

Die gegenwärtige Veränderung begann im Jahre 1985, als die Sowjetunion sich anschickte, die Ziele ihrer Außen- und Verteidigungspolitik neu zu bestimmen, um diese den tatsächlichen Möglichkeiten des sowjetischen Reiches anzupassen. Dieser Wandel, wie ich ihn verstehe, führt uns von einem bipolaren Großmachtmanagement der europäischen und internationalen Beziehungen in eine Phase der Komplexität und Ungewißheit, wobei die Hauptaufgabe, die Sache im Griff zu behalten, vielleicht noch dringlicher ist, als sie es schon während der Phase des Kalten Krieges war.

Ich führe vier, fünf kritische Entwicklungen an, auf die Herr Körber und andere bereits eingegangen sind.

Der erste kritische Punkt, den es zu untersuchen gilt, betrifft die künftige Rolle der Vereinigten Staaten. Ich bin, im Gegensatz zu einigen Äußerungen hier, nicht der Meinung, daß ein "uni-polares" Management der internationalen Beziehungen durch die Vereinigten Staaten möglich ist. Die Frage ist vielmehr, ob die Vereinigten Staaten sich in Zukunft allmählich auf eine isolationistischere Position beschränken, oder ob sie ihre Schlüsselrolle in Europa weiterhin spielen werden. Mit anderen Worten: Wird sich das westliche Bündnis tatsächlich zu einem atlantischen oder euro-atlantischen Bündnis ausweiten, in dem die NATO, der Nordatlantische Kooperationsrat und andere Organisationen zu zentralen Faktoren werden? Ich denke somit, die Alternative zwischen einer relativen Isolierung Amerikas und einer Ausweitung der amerikanischen Rolle in Europa stellt ein ganz wesentliches Problem dar.

Zweitens: Für die Europäische Gemeinschaft ist die Alternative offenkundig, ob die Entwicklung zu einer engeren politischen Union und einer Verteidigungsunion, die im wesentlichen in der deutsch-französischen Kooperation gründet, führt, oder ob sich die Gemeinschaft in eine lose und erweiterte Koalition der europäischen Nationen verwandelt - ein Zukunftsbild, auf das schon verwiesen wurde. Was ich sehe, ist ein latenter Konflikt zwischen der erweiterten internationalen Rolle der Vereinigten Staaten und der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer engen politischen und Verteidigungsunion.

Drittens: Welche Rolle Rußland in Europa spielt, ist historisch immer eine wesentliche Frage gewesen, und sie bleibt es nach meiner Einschätzung auch. Es ist die Frage, ob Rußland im Inneren stabil genug ist, um sich konstruktiv an Regelungen der internationalen Beziehungen in Europa zu beteiligen, oder ob sich der Prozeß der Auflösung Rußlands noch weiter fortsetzen wird.

Viertens schließlich ist die Zukunft der Zwischenzone in Ost- und Mitteleuropa eine der ganz wichtigen Fragen.

Herr Elbe hat schon auf ein entscheidendes europäisches Problem hingewiesen, nämlich eine Sicherheitspolitik, die wir für Europa zu entwickeln suchen. Es handelt sich, wie bereits gesagt, um eine Art euro-atlantisches System, in dem die NATO und der Nordatlantische Kooperationsrat die kritischen Organisationen sind. Geht es dabei mehr um eine Art von Organisation, die auf der KSZE gründet? Vielleicht ergänzen sich NATO und KSZE, wie wir das gerade erleben.

Eine andere Möglichkeit könnte die Entwicklung einer Organisation sein, wie sie der Sicherheitsrat vorgeschlagen hat, in der dann die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Rußland, vielleicht auch die Ukraine die Kerngruppe bilden, die möglicherweise mehr Verantwortung auf dem Gebiet der internationalen europäischen Beziehungen tragen als andere. Natürlich sind die möglichen Reaktionen der kleinen Staaten, etwa der nordischen oder der baltischen Länder, gegenüber einem solchen Organisationstyp, der sich notwendigerweise auf die wesentlichen Länder konzentriert, eine der offenen Fragen, über die wir hier nachdenken sollten.

## Krenzler

Jim Hoagland hat die Ambivalenz der amerikanischen Haltung gegenüber der europäischen Integration sehr eindrucksvoll dargelegt, die die amerikanische Politik im Grunde genommen von Anfang an bestimmt hat, die aber jetzt noch deutlicher zum Ausdruck kommt. Dabei geht es allerdings nicht mehr primär um die Handelspolitik und die Problematik des Protektionismus innerhalb der Gruppierungen, die er beschrieben hat. In einigen Ländern der EG, die er vielleicht eher dem liberalen

Lager zurechnet, werden auf bestimmten Gebieten durchaus protektionistische Interessen verfolgt, wenn ich etwa an die Landwirtschaftspolitik in Dänemark oder Deutschland denke.

Im Kern geht es heute vielmehr um die Schaffung der politischen Persönlichkeit Europas. Und hier scheint Washington - gegen das langfristige Eigeninteresse - es offenbar mehr mit den Europäern zu halten, die für eine sehr viel losere Zusammenarbeit in Europa plädieren. Ich hoffe, daß Washington da auf die falsche Karte setzt.

Weit wichtiger als der Handel ist in meinen Augen die Frage, wo und wie die USA und die Europäische Gemeinschaft in Zukunft im Sinne einer Art "global partnership" gemeinsam handeln wollen. Ich erinnere nur an den Weltwirtschaftsgipfel 1989 in Paris, als die Europäer zusammen mit den Amerikanern die Aktion der G 24 ins Leben gerufen haben mit dem Ziel, einen Beitrag zur Umstrukturierung der Wirtschaft Mittel- und Osteuropas zu leisten, von der EG koordiniert, aber mit erheblichem amerikanischem Einsatz - wenngleich die Europäer drei Viertel der finanziellen Lasten tragen. Gleich wichtig ist die Koordinierung der Wirtschaftshilfe gegenüber den Staaten der früheren Sowjetunion. Die erste Konferenz zu diesem Thema fand in Washington statt; vergangene Woche hat die EG eine große Konferenz in Lissabon abgehalten; die nächste wird in Tokio von Japan veranstaltet werden. Hier treten ganz andere Felder der Zusammenarbeit hervor, die in Zukunft immer wichtiger werden.

Als weiteres Beispiel nenne ich die Überführung von Atomwissenschaftlern aus dem militärischen in den zivilen Bereich. Hier haben wir ein internationales Abkommen ausgehandelt, das von den USA, der EG, Japan und Rußland unterzeichnet wurde. Ich erwarte also, daß sich die Kooperation in Zukunft sehr viel mehr auf politischere Gebiete verlagern wird als in der Vergangenheit.

Was die russische Europapolitik angeht, die Herr Meyer-Landrut gegenwärtig vermißt, so ist unser Eindruck, daß man sich in Moskau bemüht, in dieser Hinsicht die Politik der ehemaligen Sowjetunion fortzuführen. Ein Indiz dafür ist, daß in Moskau das Konzept des sogenannten "grand accord" mit der Europäischen Gemeinschaft weiter verfolgt wird. Hier dürfte der Besuch von Delors in Moskau, der an diesem Wochenende mit Jelzin zusammentrifft, weiteren Aufschluß geben. Dabei geht es der EG um einen Vertrag mit Rußland, der sich zwar von den Assoziationsabkommen mit Mittel- und Osteuropa unterscheidet - er wird nicht die volle Freihandelskomponente enthalten;-, aber doch wesentlich mehr ist als der 1989 mit der Sowjetunion abgeschlossene Handels- und Kooperationsvertrag. Ich sehe in dem Wunsch einer möglichst engen Verbindung mit der EG jedenfalls Kontinuität der Europapolitik Moskaus.

## **Blech**

In einer Situation, die derart multivalent ist, kommen wir um Ambivalenzen gar nicht herum, deren Auflösung nicht absehbar ist. Es gibt jedenfalls keine einfachen politischen Lösungen. Ob diese Ambivalenzen im Sinne von Henry Kissinger immer kreativ sind, darf in Frage gestellt werden; die vorhandenen Gefühlslagen sind einem klaren Durchdenken, also einer rationalen Bewältigung, gegenwärtig nicht eben günstig.

Herr Körber sprach zu Recht von tektonischen Verschiebungen und einer welthistorischen Krise, die wir hier in Osteuropa, vor allem in der früheren Sowjetunion erleben, mit allen schon von Jacob Burckhardt beschriebenen Phänomenen der Beschleunigung und Unvorhersehbarkeit, die sich jeder rationalen Handhabung entziehen. Es kann keinen Masterplan geben, nach dem man eine große historische Krise managen könnte.

Die so gearteten Entwicklungen im Osten werden sich notwendigerweise auch auf das auswirken, was in den letzten 40 Jahren bei uns entstanden ist. Zunächst ist davon die NATO am stärksten betroffen, nachdem die Bedrohung, vor der dieses Bündnis seine Mitglieder schützen sollte, in der bisherigen Form weggefallen ist.

Auch die Voraussetzungen, die zur Gründung der KSZE führten, haben sich geändert. Aber die KSZE ist per se eine flexible Einrichtung. Am leichtesten hat es in dieser Hinsicht sicher die EG, die ihre Zwecksetzung in sich trägt und von ihrer Entstehung nicht primär nach außen gerichtet war. Daß nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten ist, sie dann auch eine genuine zumeist wichtige außenpolitische Rolle zu spielen hat, liegt auf der Hand. Das ist eben deshalb der Fall, weil ihre raison d'être im absolut neuen Verhältnis der Mitgliedsländer, also ihrem dauernden Zusammenschluß liegt.

Herr Meyer-Landrut hat zu Recht gesagt, daß es zur Zeit in Moskau keine wirkliche Europapolitik gibt. Natürlich ist man an einem vor allem wirtschaftlich fruchtbaren Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft interessiert, was ja einsichtige materielle Hintergründe hat. Aber ein Konzept, in welchem Kontext sich Rußland zu Europa sieht, ist gegenwärtig nicht zu erkennen. Ein Grund dafür

ist, daß man in Moskau in einem Maße mit den Problemen des eigenen Landes beschäftigt ist, das es nicht dazu kommen läßt, sich mit darüber hinausgehenden Fragen zu befassen.

Ein weiterer und für die Zukunft sehr wichtiger Grund dürfte in der augenblicklichen Stimmungslage liegen, in der sich die politische Klasse und die Intellektuellen in Rußland fragen: Wie stehen wir überhaupt zu Europa? Das ist die alte russische Frage: Sind wir ein Teil Europas, oder sind wir etwas Besonderes, Eigenständiges und müssen uns von daher eher abschließen, um wir selbst zu bleiben? Ist das legitime Bedürfnis nach Wahrung der Identität mit der Integration in Europa - hier nicht institutionell, sondern geistig-politisch verstanden - vereinbar, oder fordert es die Distanz, ja die Abwendung vom Okzident?

Ich sehe in den Pariser Vereinbarungen vom November 1990 einen Kulminationspunkt. Die interne Schwäche der Sowjetunion war bereits manifest, der kommunistische Block existierte schon nicht mehr. Man tat aber aus einsichtigen Gründen in den Pariser Dokumenten so, als sei die Welt, was die Supermachtstellung der Sowjetunion anbetrifft, prinzipiell noch unverändert, als gebe es das Gleichgewicht der beiden Supermächte noch und als könnte sich der fällige fundamentale Umbau in der Sowjetunion innerhalb dieser Architektur vollziehen. Eine damals legitime Konstruktion, aber auch eine Fiktion.

Damit komme ich zu den amerikanischen Ambivalenzen. Zunächst war die Reaktion in Amerika: Wir haben gewonnen; wir sind jetzt die unbestrittene Nummer eins in der Welt, unser Modell der Demokratie hat sich durchgesetzt. Dann aber stellte sich offenbar das Gefühl ein: Was rechtfertigt jetzt eigentlich noch die Rolle der Führungsmacht? Und wohin soll geführt werden? Nur noch ins Paradies? Oder zu besseren Werten? Zur konzeptionellen strukturellen Neugestaltung Osteuropas, auch zur wirtschaftlichen Umgestaltung ist dagegen von amerikanischer Seite nicht sehr viel gekommen. Die Amerikaner werden sich also fragen müssen, welche Rolle sie in einer Welt spielen wollen, in der es die Supermacht Sowjetunion nicht mehr gibt, wohl aber noch die Landmasse zwischen Brest und Wladiwostok mit ihren alten faktischen Interdependenzen, mit ihren neuen Gegensätzen, mit neuen Velleitäten und mit ihren ja nicht evaporierten Potentialen.

Entsprechendes werden sich aber auch Russen und Europäer fragen müssen. Welche Rolle sehen denn wir Europäer in einem Gebiet zwischen, sagen wir - und da wird es schon schwierig;- , Brest und Brest oder zwischen Brest (Frankreich) und Minsk oder Smolensk, oder gar diesem Brest und Wladiwostok? Wenn wir hier nicht ein wenig selber führen wollten, müßten wir zumindest wissen, wohin wir uns von anderen führen zu lassen bereit wären.

Der Respekt vor den befreiten kleinen Nationen gebietet es, deren Rolle nicht nur auf Sand im Getriebe der alten großen Sowjetunion zu reduzieren, nach dem Motto: Es ist ja sehr zu begrüßen, daß die heute gegen Moskau sind. Aber was machen wir hinterher mit denen? Wie verhalten wir uns etwa gegenüber Weißrußland und der Ukraine, die beide ganz ostentativ den Rücken gegen Osten wenden und voll auf Europa setzen? Das gilt übrigens, wenn man genau hinsieht, in diesen beiden Fällen auch nur mit Nuancen - und wird es dauern? Fangen wir in diesem Augenblick wieder an, die alte Frage zu diskutieren: Wo liegt die Grenze Europas? Am Bug, am Ural oder aber im Altai?

Völlig unsinnig wäre es nach meinem Dafürhalten zu sagen: Das eigentliche Europa hört an der Beresina oder irgendwo am Don auf. Und dann kommt dieses merkwürdige Rußland. Wir sollten Rußland als Teil Europas sehen - aber so müßte es sich selbst auch begreifen. Dann wird aber deutlich, daß wir es nicht mehr mit unserem alten Klischee von Europa zu tun haben, sondern dieses Europa eine sehr schwierige asiatische Grenze hat, viel schwieriger, als das vorher der Fall war. Daß Europa nicht nur Westeuropa ist, haben wir inzwischen begriffen (wir Deutschen aus naheliegenden Gründen allemal). Aber was ist Osteuropa?

## Reiter

Herr Körber sprach von Übergängen, aber Übergänge wohin? Wir haben es heute in Polen - und das ist sicher nicht nur ein polnisches Problem - mit einer Situation zu tun, daß sich die ganze Gesellschaft im Übergang befindet. Das reicht von der Gesellschaftsstruktur bis hin zum Alltag des einzelnen. In der Wirtschaft ist alles im Fluß; die gesamte Bevölkerungsstruktur ändert sich. Niemand weiß genau, wohin der Übergang führt.

Wer aber diese Frage nicht beantworten kann, ist auch nur schwer in der Lage, seine Interessen zu definieren und zu sagen, wer sie vertreten soll. Angesichts dieser Lage, wo man es mit so vielen unbekanntem Größen zu tun hat, ist eine rationale Wahlentscheidung extrem schwierig. Das erklärt vielleicht die gegenwärtige innenpolitische Situation in Polen mit einer erheblichen Zersplitterung des

Parteienspektrums. Was dabei im Ergebnis herauskommt, ist nicht immer eine Widerspiegelung der Interessen der Mehrheit der Menschen, sondern manchmal ein Zeichen ihrer Enttäuschung.

Auch das Thema Nationalismus wird in Polen durchaus ambivalent gesehen. Viele Menschen haben inzwischen das Nationalgefühl, das ja in Polen als besonders intakt gilt, im Grunde genommen satt. Dennoch versprechen sich Parteien und Gruppierungen, die sich der Sprache des Nationalismus bedienen, recht gute Chancen. Der Grund ist, daß es an einer anderen Sprache fehlt, um sich dem Volk verständlich zu machen. Die Folge ist, daß ein Weg eingeschlagen wird, den die meisten möglicherweise gar nicht wollen. Das zeigt sich beispielsweise, wenn mitunter Meinungsumfragen in der Bevölkerung ganz anders ausfallen als die Abstimmungsergebnisse im Parlament.

Ein besonders krasses Beispiel dafür ist die Frage der Abtreibung. Aus vielen Meinungsumfragen geht klar hervor, daß die große Mehrheit der Bevölkerung das Abtreibungsverbot ablehnt; trotzdem findet es wahrscheinlich die Mehrheit im Parlament.

Die nationale Eigenständigkeit bringt also außerordentliche Schwierigkeiten mit sich. Wie steht es um die Alternative, die uns im Tagungsthema angeboten wird: die Integration? Liegt darin vielleicht die Hoffnung der Menschen, auch in Polen? Im Grunde hoffen viele von uns ein wenig, daß uns die Einbindung in einen größeren Rahmen vor uns selber schützt, uns vor möglichen Irrwegen bewahrt. Das ist eine paradoxe Situation; denn die Bereitschaft vieler politisch Verantwortlicher in Polen, einen Teil unserer Souveränität, zum Beispiel in der Sicherheitspolitik, abzutreten, stößt auf wenig positive Resonanz bei unseren Partnern. Ich würde es im Interesse Polens sehr wünschen, wenn wir einen Teil unserer Souveränität aufgeben; denn damit würde der Spielraum für unverantwortliche Konzeptionen erheblich eingeengt.

Die treibende Kraft der westlichen Integration war, wie Herr Körber sagte, die Bedrohung aus dem Osten. Leider sind es meist die negativen Motivationen, die etwas Positives bewirken. Das trifft für die Europäische Gemeinschaft und für die NATO zu; das gilt in gewissem Sinne auch für die Kooperation zwischen Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen: Ohne die Drohungen seitens Moskaus hätten diese drei Länder wohl nicht so schnell zusammengefunden. Das zeigte sich aber auch an einem anderen Beispiel: Welche Beschleunigung erfuhr die Diskussion um die Einbindung der mitteleuropäischen Länder in die EG in jenen drei kurzen Tagen des Putsches von Moskau? Als der Putsch vorüber war, schaltete die EG wieder auf ihren normalen langsamen Gang um.

Mitteleuropa leidet also in gewissem Sinne darunter, daß es sozusagen kein Drohpotential aktivieren kann, um die Eingliederung in die EG voranzubringen. Die positiven Momente zu entwickeln, dürfte jedenfalls schwerfallen. Dennoch halte ich es für absolut notwendig, die Integration zustande zu bringen. Das ist heute unsere vorrangige Aufgabe. Freilich wird es in Polen, in der Tschechoslowakei und auch in Ungarn keine jugoslawischen Verhältnisse geben, selbst wenn sich die Integrationswünsche nicht erfüllen sollten. Aber auch ohne daß es eine solche Drohung und Gefahr gibt, sollte der Westen Europas intensiv darüber nachdenken, wie die mitteleuropäischen Staaten an die EG herangeführt werden können. Vielleicht kann auch die KSZE für uns hilfreich sein, aber in erster Linie ist hier die Europäische Gemeinschaft angesprochen.

## **Späth**

Herr Reiter hat über die Schwierigkeit gesprochen, in seinem Land die richtige Sprache zu finden, wenn es darum geht, der Probleme Herr zu werden, die sich dort stellen. Der Ausweg wird dann meist in einem nationalistischen Vokabular gesucht, weil diese Begriffe den meisten Menschen verständlich erscheinen. Die Frage ist also, wie jene Bindeelemente zu finden sind, die unterhalb der Ebene offizieller Politik wirksam werden.

Ich denke etwa an den amerikanischen Einfluß, der nicht nur vom Weißen Haus ausgeht. Das amerikanische Fernsehen beispielsweise hat ja in diesen Ländern insofern erhebliche Auswirkungen, als es die Lebenserwartungen der Menschen beeinflusst, Bedürfnisse bei ihnen weckt, die sich dann in entsprechenden politischen Forderungen niederschlagen und bestimmte Interessengruppen, Verbände und so weiter aktivieren. Hier sind die westlichen Staaten gefordert, gewissermaßen zwischen Politik und Gesellschaft wieder engere Verbindungen zu schaffen, wie sie in diesen Staaten bisher schon bestanden, jetzt nur mit einer zukunftsfördernden Perspektive.

Ich erwähne ein weiteres Problem, das sich gerade auch in Ländern stellt wie dem, in dem wir uns hier aufhalten, in Estland. In diesen Ländern nimmt der russische Teil der Bevölkerung häufig wichtige Positionen ein, beispielsweise im Bereich der Wirtschaft. Wenn nun von westlicher Seite versucht wird, in diesen Staaten wirtschaftliche Anstöße zu geben, könnte man gezwungen sein, dabei mit russischen Unternehmern zu kooperieren, was dann zu politischen Komplikationen mit den eigentlich

nationalen Kräften in diesen Staaten führen könnte. Dieser Problematik müssen sich die westlichen Regierungen jedenfalls bewusst sein und sie in ihrer Planung berücksichtigen, ohne dabei zu alten zentralstaatlichen Modellen Zuflucht zu nehmen.

### **Oksaar**

Der Beitrag von Herrn Reiter hat uns verdeutlicht, wie wichtig es ist, welcher Sprache und welcher Begriffe wir uns bedienen, wenn es darum geht, politische Probleme zu lösen. Erwies in diesem Zusammenhang auf die besondere Problematik der "Sprache des Nationalismus" hin.

Nun hat der Begriff Nationalismus ja nicht nur einen negativen Klang - selbst im Deutschen nicht, wie uns einschlägige Lexika belehren. Nationalismus bedeutet auch Eigenständigkeit und Selbstbewußtsein eines Volkes; es kann ebenso Ausdruck von Vaterlandsliebe sein. Ich meine, im künftigen Europa hat keine Großmacht das Recht, den kleineren Völkern vorzuschreiben, inwieweit sie sich als eine Nation verstehen wollen, gerade wenn darin Vaterlandsliebe und andere positive Gefühle für sein Land zum Ausdruck kommen. Als gebürtige Estin, die seit vielen Jahrzehnten in anderen Ländern lebt, habe ich in diesem Sinne immer national empfunden.

Dann zum Wort Integration. Ich bin sehr froh, daß hier niemand von Assimilation gesprochen hat. Aber was bedeutet Integration? Da geht es ja nicht um das Zusammenfügen irgendwelcher leeren Strukturen, sondern es sollen doch auch Menschen integriert werden! Und diese sprechen verschiedene Muttersprachen. Nicht nur die Väter und die Mütter der Europäischen Gemeinschaft, sondern leider auch die nachfolgende Planungsgeneration haben die Sprachen- und Kulturprobleme der EG zu wenig beachtet, welche Konsequenzen diese Integration für die Kommunikation der verschiedenen Völker haben kann. Wie Sie wissen, ist die Sprachenfrage in der EG überhaupt nicht gelöst. Sie wird immer noch national und nicht, wie es notwendig wäre, international gesehen. In der wachsenden europäischen Bürokratie wird um die Amtssprachen gestritten, und wir haben so viele verschiedene Verkehrssprachen. Diese wichtige Frage dürfen wir im zukünftig noch erweiterten Europa nicht vernachlässigen.

Lassen Sie mich noch einen Gesichtspunkt hinzufügen, der das geistige Klima in Europa betrifft. Ich spreche in diesem Zusammenhang von Empathie. Damit will ich sagen, daß die großen Völker die Bereitschaft zeigen müßten, sich in die Lage der kleineren Völker hineinzudenken, auch in psychosozialer Hinsicht. Und die kleinen müßten den Mut haben, eben dies von den größeren zu fordern. Wir brauchen in Europa ein gleichberechtigtes Miteinander aller Völker und Nationen. Wir müssen lernen, Verschiedenheiten nicht nur zu tolerieren, sondern wirklich zu respektieren. Deshalb muß man wegkommen von einer Entweder-Oder-Denkweise; was Europa braucht ist eine Sowohl-als-auch-Einstellung; denn nur dies wird uns auf dem schwierigen Weg, der vor uns liegt, helfen.

Politiker bewegen sich immer gern auf der Stufe höherer Abstraktion, weil man da leichter über die Dinge reden kann. Wenn es konkreter wird, ist es schon schwieriger, sich zu verständigen. Am schwersten ist es sicher auf der Mikroebene; denn der Teufel steckt ja bekanntlich im Detail.

### **Lopatin**

Weder Integration noch nationale Unabhängigkeit sind Selbstzweck. Dieser Satz hat nicht nur für die europäischen Länder, sondern auch für alle anderen Gültigkeit. 1940 formulierte Churchill zwei Hauptaufgaben, um mit den Problemen fertig zu werden, mit denen die Menschheit damals konfrontiert war. Die erste Aufgabe bestand in der Abwendung der Kriegsgefahr; die zweite in der Verhinderung einer neuen Tyrannei. Das hat Europa über 40 Jahre vor Kriegen wie in der Vergangenheit bewahrt, und es gelang, eine gewisse Stabilität zu erreichen.

Als jedoch Ende der 80er Jahre die kommunistischen Regime in Osteuropa, darunter auch das der Sowjetunion, zu zerfallen begannen, waren wir darauf in keiner Weise vorbereitet und nicht imstande, die bisherige Stabilität aufrechtzuerhalten. Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen wurde erneut virulent. Beispiel dafür ist das zerfallende Jugoslawien, wo eine europäische Institution nach der anderen ihre Ohnmacht bei der Lösung der Probleme eingestehen muß. Das zeigt, wie wenig wir in der Lage sind, bewaffnete Auseinandersetzungen politisch zu verhindern.

Nachdem im Kampf gegen die Tyrannei die kommunistischen Regime weitgehend zerfallen sind, müssen wir uns in der jetzigen Übergangsperiode mit aller Kraft darum bemühen, die frühere Stabilität in Europa zu bewahren und die Gefahr eines Krieges zu verhindern, sowie die Bildung neuer Staaten unter den veränderten Bedingungen zu ermöglichen. Dabei sollte man Integration und nationale Unabhängigkeit nicht als Gegensätze sehen, sondern gleichzeitig als Ziele der gegenwärtigen

zwischenstaatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen in Europa verfolgen, wobei sich die Frage der Stabilität außen- wie innenpolitisch stellt.

Herr Meyer-Landrut hat gesagt, daß es gegenwärtig in Rußland keine Europapolitik gibt. Nun, daran wird zur Zeit im russischen Außenministerium gearbeitet und ein solches Konzept anschließend von Präsident Jelzin dem Parlament Rußlands vorgelegt. Deshalb kann ich hier nur meine eigene Sicht der Dinge darlegen.

Wie läßt sich das Ziel der Stabilitätssicherung im Bereich der Außenpolitik erreichen? Dazu bedarf es nach meiner Auffassung einer neuen Außenpolitik, die auf folgenden Grundprinzipien beruht: Erstens Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems auf der Grundlage aller bereits in Europa bestehenden Institutionen im Rahmen der Vertiefung des KSZE-Prozesses. Dabei verstehen wir unter "Europa" den Raum zwischen Vancouver und Wladiwostok. Damit beantworte ich zugleich auch die Frage nach den Grenzen Europas.

Die Realisierung dieses Prinzips stellt uns zumindest vor drei Probleme:

Erstens: Sollen regionale Institutionen wie der Europarat und der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) gestärkt werden, die zur Zeit immer mehr zersplittern? Oder sollen die Institutionen im Rahmen der KSZE gestärkt werden, die alle Länder Europas einbeziehen?

Zweitens: Wie kann der offensichtliche Widerspruch zwischen allgemein anerkannten Prinzipien wie Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, Unverletzlichkeit der Grenzen und Selbstbestimmungsrecht der Völker gelöst werden? Das kann ich mir nur im Rahmen des europäischen Prozesses vorstellen.

Drittens: Wie kann man den KSZE-Prozeß mit den Beschlüssen der UNO verbinden? Welche Mechanismen und Interdependenzen bestehen hier?

Ein zweites grundlegendes Prinzip ist die Abkehr von einem Dominanzdenken und die Hinwendung zu einem bilateralen Kräftegleichgewicht ohne eine Ideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Noch vor kurzem standen auf der einen Seite die Sowjetunion und auf der anderen das übrige Europa mit Amerika. Ein grundlegendes Prinzip unseres neuen außenpolitischen Konzepts sehe ich darin, daß Rußland in keinem Staat dieser Erde mehr einen Feind sieht.

Das dritte Prinzip bezieht sich auf eine entschlossene Abrüstung, die nicht nur auf eine Reduzierung der Rüstungsausgaben, sondern auch auf eine Verminderung der Streitkräfte abzielt. Dazu gehört die Rückführung der Streitkräfte in ihre jeweiligen Heimatländer, wobei durchaus gemeinsame, übernationale Truppenverbände denkbar sind. Dafür ist das deutsch-französische Korps ein gutes Beispiel.

Das vierte Prinzip besteht in der Einbeziehung der Atomwaffen in ein gemeinsames Verteidigungskonzept. Dabei muß die atomare Bewaffnung von einem Element der Konfrontation zu einem der Kooperation im Rahmen des europäischen Sicherheitsprozesses werden. Möglicherweise kommt es sogar zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen atomaren Verteidigungsschildes.

Das fünfte Prinzip schließlich bezieht sich auf die Bildung eines gemeinsamen Verteidigungssystems, das nicht nur die Atomwaffen, sondern auch die mobilen Waffensysteme einbezieht, die ein schnelles Eingreifen ermöglichen. Dafür gibt es bereits eine entsprechende Initiative von französischer Seite.

Noch ein Wort zu dem innenpolitischen Aspekt der Stabilität. Herr Körber hat zu Recht darauf hingewiesen, wie sehr sich die außen- und innenpolitische Situation gegenwärtig bedingen. So zeigt sich zum Beispiel in Rußland, daß unsere inneren Probleme uns mitunter daran hindern, angemessen auf Veränderungen außen zu reagieren. Nun muß man allerdings bedenken, daß seit dem Zerfall der Sowjetunion erst ein halbes Jahr vergangen ist und in den Köpfen vieler Menschen noch die gleichen Ideologie- und Machtvorstellungen vorherrschen wie bisher. So schnell können sich die Dinge nicht ändern. Das wirft jedoch eine Reihe von Fragen auf.

Die gegenwärtige Lage in Rußland zeigt viele Ähnlichkeiten mit der innenpolitischen Situation der Sowjetunion in den Jahren 1990/91. Das betrifft zum einen die Verteilung der grundlegenden politischen Kräfte; zum anderen wiederholen sich die Handlungsmuster der politischen und staatlichen Führung. Die politischen Kräfte, die hinter ihr stehen, Druck auf sie ausüben und die Verwirklichung der politischen Zielsetzungen fordern, sind die gleichen geblieben. In dieser Hinsicht scheint mir die jüngste Entscheidung von Präsident Jelzin von Anfang Mai dieses Jahres nach Abschluß des russischen Volksdeputiertenkongresses eine Wende in der Politik der Russischen Föderation zu signalisieren.

Welche Folgen könnte diese Wende haben? Erstens ist es denkbar, daß die Gruppen, die Jelzin nahestanden und die an der Vorbereitung der politischen Entscheidungen Anteil hatten, abgelöst werden. Das gilt etwa für Gennadij Burbulis und Sergej Schachraj, die durch Jurij Petrow und Pawel Grätschow ersetzt werden. Zweitens ändern sich möglicherweise die Wege zur Erreichung der Ziele, die im Wahlprogramm des Präsidenten standen. Das Schwergewicht liegt dabei auf dem militärisch-industriellen Komplex und seinen Machtstrukturen. Die Übernahme zweier Vertreter dieses Komplexes in die Regierung zeigt, daß seine Position in der russischen Regierung gestärkt wird. Die Ernennung von General Pawel Gratschow zum Verteidigungsminister zeigt, daß es, zumindest für die nächste Zukunft, keinen Zivilisten auf diesem Posten geben wird und eine zivile Kontrolle im militärischen Bereich praktisch nicht mehr existiert.

Drittens ist tendenziell mit einer Einschränkung von Glasnost zu rechnen. Zugleich ist festzustellen, daß der Bewegungsspielraum für eine Reihe von gesellschaftlichen Organisationen und Persönlichkeiten eingeengt wird, die bisher an der Vorbereitung und Verabschiedung politischer Entscheidungen beteiligt waren.

So ist nicht auszuschließen, daß Jegor Gajdar und seine Mannschaft die Rolle spielen könnten, die zu Gorbatschows Zeiten Stanislaw Schatalin und Grigorij Jawlinskij gespielt haben. Wenn man sich die heutige Situation in Rußland vor Augen hält, ergeben sich in der Tat viele Parallelen mit der Entwicklung der Sowjetunion in den Jahren 1990/91. Und die Administration Jelzins ist offensichtlich dabei, grundlegende Fehler von Gorbatschow zu wiederholen.

So sprach Gorbatschow damals von Wirtschaftsreform und begründete die Notwendigkeit des Übergangs zur freien Marktwirtschaft, ohne aber den Abbau des militärisch-industriellen Komplexes ernsthaft anzugehen. Aber zur freien Marktwirtschaft überzugehen und gleichzeitig das Monopol dieses Komplexes beizubehalten, bedeutet nichts anderes, als mit dem Schiff fahren zu wollen, ohne den Anker zu lichten. Der militärisch-industrielle Komplex hat an der russischen Wirtschaft einen Anteil von 80 Prozent, ist also genauso hoch wie zur Zeit der Sowjetunion. Damit ist die russische Wirtschaft eindeutig übermilitarisiert. Etwa 20 Millionen Menschen arbeiten direkt oder indirekt in diesem Bereich. Das heißt, jeder fünfte Arbeitnehmer in Rußland ist für den militärisch-industriellen Komplex tätig.

Für 1992 beträgt der Rüstungsetat 400 Milliarden Rubel. Für das erste Quartal waren 54 Milliarden Rubel eingeplant; tatsächlich sind aber mehr als 100 Milliarden ausgegeben worden. Dabei wird seitens des Komplexes in der üblichen Weise argumentiert, laufende Projekte könnten nun einmal nicht gestoppt werden. Auf diese Weise wird eine Umkehr aus der Sackgasse, in die die Militarisierung der Wirtschaft führt, immer weiter hinausgeschoben.

Gorbatschows zweiter Fehler war, die Lösung der militärischen Fragen den Militärs selbst zu überlassen. Diesen Fehler wiederholt Jelzin heute und engt damit den Entscheidungsraum der Politiker erheblich ein. Das bedeutet das Ende für eine Reform der Armee und ihren weiteren Zerfall, was sich unvermeidlich auf die Stabilität der Gesellschaft und des Staates auswirkt.

Die Generalität ist an Veränderungen in der Armee überhaupt nicht interessiert. Sie ist vor allem mit Postenjägerei und dem Verkauf von militärischem Gerät in die eigenen Taschen beschäftigt. Die Armee verkauft Waffen und Ausrüstungen auf eigene Rechnung an den Meistbietenden ohne staatliche Kontrolle.

Aus dieser Sicht liegt es nahe, gegen die Regierung Jelzin eine Opposition zu bilden, die eine stärkere Beteiligung an der Formulierung und Verabschiedung von politischen Entscheidungen anstrebt, und zwar sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik.

Wie könnte eine solche Opposition aussehen? Politische Parteien nach westeuropäischem Vorbild haben bei uns nur eine geringe Chance. Nach letzten Umfragen sind 45 Prozent der befragten Russen bereit, sich politisch zu betätigen, wenn sie mit den Entscheidungen der politischen Organe nicht einverstanden sind. Aber in welcher Form? 15 Prozent beteiligen sich regelmäßig an organisierten Demonstrationen; 14 Prozent schließen sich spontan Kundgebungen an; acht Prozent sind in einer Partei aktiv. Das bedeutet für die nächste Zeit, daß ein Engagement in einer Partei mit dem Ziel, eine Opposition zu bilden, wenig erfolgversprechend ist.

Der zweite Weg führt über das Parlament, das zur Zeit aber lediglich die Entscheidungen der Exekutive akklamiert, zumindest was die Sicherheits- und Rüstungspolitik betrifft. Hier wäre zweifellos eine stärkere parlamentarische Einflußnahme möglich. Das setzt aber voraus, daß die zivilen politischen Kontrollinstanzen verstärkt werden. Dafür die notwendigen Mechanismen zu schaffen, um solche Entscheidungsmöglichkeiten zu realisieren, ist gegenwärtig unsere vordringliche Aufgabe. Mehr ist vom Parlament im Augenblick nicht zu erwarten. Dafür brauchten wir Erfahrung und Unterstützung aus dem Westen.

Das Dritte wäre die Formierung eines sogenannten nationalpatriotischen Blocks. Vor diesem Problem standen wir bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts. Die gleiche Aufgabe stellt sich in Rußland heute wiederum. Einen solchen Block könnte man entweder auf einer breiten demokratischen Basis bilden oder eine Gruppe ins Leben rufen, die man als zweite Dissidentenwelle bezeichnen könnte. In diesem Sinne haben Andrej Sacharow und die anderen Dissidenten seinerzeit eine wichtige Rolle gespielt. Das brauchen wir heute erneut in Rußland, um jene Kräfte zu vereinen, die sich auf eine breit angelegte demokratische Bewegung stützen. Dafür muß man sich die nationale Idee zu eigen machen und Formen von kollektivem zivilem Ungehorsam, von gewaltlosem Widerstand erproben, wie sie heute von Mitgliedern der ehemaligen sowjetischen Gewerkschaften angewandt werden, deren Führer alles tun, um an der Macht zu bleiben und die Arbeiter weiter auszunutzen.

### **Meyer-Landrut**

Herr Lopatin hat uns eine sehr beunruhigende Analyse der Situation in Rußland gegeben, sowohl was die Militarisierung der Wirtschaft, als auch was die Verselbständigung der militärischen Macht und die Probleme der Demokratisierung angeht. Ich meine, wir können diese Entwicklung gar nicht ernst genug nehmen.

### **Lauristin**

Bei den Ausführungen meines Freundes Lopatin ist klargeworden, daß Rußland sich noch in einem Prozeß des Wandels befindet. Es ist sehr zu begrüßen, daß dies ein Repräsentant Rußlands, ein Vertreter der demokratischen Kräfte, seinen europäischen Kollegen sagt und damit die wirklichen Gefahren aufzeigt und eine deutliche Warnung ausspricht.

Europa hat aus baltischer Sicht, und auch aus Sicht der russischen Demokraten, einen Fehler begangen: Es hat zu sehr auf Gorbatschow vertraut, und zwar in dem Sinne, daß er der erste politische Führer war, der von einer Europäisierung der Sowjetunion sprach. Das große Vertrauen, das man ihm entgegenbrachte, bezog sich auf seine Worte, nicht auf seine Taten. Als Insider haben wir gesehen, wie gering Gorbatschows Verständnis von Europa war.

In dem Jahr nach Jelzins Machtantritt hatten wir die zwar vage, aber dennoch reale Hoffnung, daß Jelzin weitergehen und Rußland wirklich zu einem demokratischen Wandel führen würde; denn das ist die einzige Garantie für Stabilität und Sicherheit in dieser Region. Aber wir erkennen jetzt, daß sich Rußland auf dem Wege zurück zu einer Supermachtpolitik befindet - in unseren Augen sogar eine militante Politik, die die Sowjetunion in dieser Region immer praktiziert hat.

Jetzt hören wir von Herrn Lopatin, daß der gleiche Trend sich auch in Rußlands Innenpolitik zeigt. Das Konzept einer Europäisierung Rußlands ist offenbar auch für Rußland durchaus zweideutig. Historisch gesehen erinnern wir noch sehr genau, wie die Europäisierung Rußlands begann: mit Peter dem Großen und der Eroberung des Baltikums. Wenn Rußland nicht politische Strukturen im Sinne der demokratischen europäischen Tradition aufbaut, die nicht nur die Rechte und die Würde von Individuen, sondern auch die kleiner Nationen achten, wird es sehrweit abseits jener Straße landen, die nach Europa führt.

Wir sollten heute mit den demokratischen Kräften Rußlands eine Zusammenarbeit anstreben und Kontakte mit ihnen pflegen und sie unterstützen. Während der Ära der Sowjetunion galt die westliche Unterstützung ja nicht den demokratischen, sondern vielmehr den imperialen Kräften in der Sowjetunion.

Wenn hier nach der Rolle des neuen Rußlands gefragt wurde, ob es nun eine Supermacht ist oder nicht, dann hat der Beitrag von Herrn Lopatin hierzu eine sachdienliche Antwort gegeben, für die ich ihm sehr dankbar bin.

### **Vollmer**

Mich haben die Ausführungen von Herrn Lopatin ebenfalls sehr beeindruckt. Als Hauptproblem hat er die Frage nach der Zukunft des militärisch-industriellen Komplexes gestellt. Dieses Problem ist sicher schwieriger zu bewältigen, als einen Feudaladel aufzulösen. Ich kann mir grundsätzlich drei Lösungswege vorstellen.

Erstens kann man einen militärisch-industriellen Komplex entweder in einem Krieg militärisch besiegen oder ihn durch Konkurrenz von außen praktisch ruinieren, was aber mit erheblichen Konsequenzen für die ganze Nation verbunden wäre.



Der zweite Weg wäre, gewissermaßen die gesamte Gesellschaft dagegen zu polarisieren - dazu scheinen Sie zu neigen, Herr Lopatin. Das geht aber nur, wenn man massiv die Mittel des Populismus einsetzt, und man sollte sich das sehr genau überlegen, inwieweit dies gewaltfrei vonstatten geht und ob man auf diese Weise eine Möglichkeit findet, das Land zu regieren.

Der dritte Weg, der sicherlich auch mit vielen Problemen verbunden ist, wäre, konsequent darauf hinzuwirken, daß sich der militärisch-industrielle Komplex sozusagen selber ausdifferenziert; denn er wird ja auch von sehr unterschiedlichen Interessen beherrscht. Das heißt, man muß auf diejenigen Kräfte setzen, die reformfähig sind, um diesen monolithischen Block aufzulösen. So schwierig dieser Weg sein mag, auch im Sinne einer klaren Lösung, im Hinblick auf Demokratisierung und Gewaltfreiheit würde ich ihn für den effektiveren halten.

Herr Meyer-Landrut hat gemeint, im Gegensatz zur heutigen russischen Regierung und den anderen GUS-Staaten habe die Gorbatschow-Administration ein Europakonzept gehabt. Ich habe darin eher ein Konzept für den Übergang nach Europa gesehen. Gorbatschow war offensichtlich der Meinung, der Schutzschirm Sowjetunion müsse für die Übergangszeit erhalten bleiben, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen wegen der militärischen Problematik, insbesondere auch angesichts der Schwierigkeiten, den militärisch-industriellen Komplex aufzulösen und die Kontrolle über die Atomwaffen zu gewährleisten. Zum zweiten sollte die Sowjetunion als Schutz- und Schonraum dienen, bis sich die Wirtschaft und auch die demokratische Verfassung von Staat und Gesellschaft im Sinne der europäischen Zivilisation entwickelt haben. Deshalb setzte Gorbatschow auf das Modell der Konföderation, um diesen Transformationsprozeß zu erleichtern und abzusichern. Von diesem Konzept ist Jelzin sowohl theoretisch wie praktisch abgerückt.

In ganz Osteuropa gibt es gegenwärtig zwar kein einheitliches Bild für den Übergang nach Europa, aber doch eine sehr genaue Vorstellung von der Zielrichtung, was sich in dem Schlachtruf: Zurück nach Europa! ausdrückt, nämlich die Hinwendung zur europäischen Zivilisation, zur Idee einer aufgeklärten europäischen Bürgergemeinde, deren Hauptmerkmale ich noch einmal kurz umschreiben will.

Erstens gehört dazu eine bestimmte kulturelle Autonomie, einschließlich der Sprache und der nationalen Identität. Aber typisch europäisch ist eben, daß es sich dabei um viele Kulturen und viele Sprachen handelt.

Das zweite Element ist die städtische Zivilisation, und zwar städtisch sowohl im Sinne der Polis, also eine bestimmte Form des politischen Gemeinwesens zu organisieren, als auch der Wirtschaft. Die vielen Zentren, die sich untereinander im Gleichgewicht halten und die durchaus unterschiedliche, aber wiederum ähnliche politische Strukturen herausbilden, sind ebenfalls typisch europäisch.

Das Dritte ist die Herausbildung einer bestimmten wirtschaftlichen Führungsschicht und einer politischen Elite, die demokratischer Kontrolle und damit auch einem bestimmten Wechsel unterliegt. Um das zu organisieren, haben sich dann die politischen Parteien etabliert.

Ich meine, diese drei Elemente streben alle Völker an, die nach Europa zurückwollen. Diese Fundamente der europäischen Zivilisation waren immer auch ein Versprechen für eine glückhafte Entwicklung, das seine Einigung als eine Art Weltmodell rechtfertigte.

Dem entgegen steht indes eine Tendenz, die wir in Europa auch immer erlebt haben, nämlich jener verhängnisvolle Drang zu einem Dualismus, dem sich die vielen Zentren, Kulturen und Eliten unterzuordnen haben. Das zeigt sich in der ganzen europäischen Geschichte, ob es dabei nun um den Dualismus von Staat und Kirche, von Protestantismus und Katholizismus oder von Warschauer Pakt und NATO ging. Stets war es der auch ideologisch untermauerte -Versuch, die Fronten zu begradien. Auf diese Weise wurden die positiven, glückversprechenden Momente der europäischen Zivilisation immer wieder zurückgedrängt.

An einem solchen Scheideweg befinden wir uns gegenwärtig wieder. Die Frage ist, ob nach dem Zusammenbruch des ideologischen Ost-West-Dualismus jetzt die multikulturellen, multizentralen Momente zum Durchbruch kommen oder von einem neuen Dualismus dominiert werden.

Was die Länder Ost- und Mitteleuropas relativ leicht geschafft haben, ist, die kulturelle Autonomie, ihre eigene Sprache, ihre nationale Identität durchzusetzen. Bei den beiden anderen Elementen erscheint dies sehr viel schwieriger. Die Frage ist doch, inwieweit diese Länder in der Epoche der Weltwirtschaft überhaupt noch in der Lage sind, eine eigene Polis-, Stadt-, Wirtschafts- und Regionalkultur zu entwickeln. Noch problematischer aber dürfte sein, ob sie imstande sind, eigene Führungseliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen und entsprechende Parteien zu gründen.

Dieser Aspekt bewegt mich besonders im Hinblick auf die Vergangenheitsbewältigung in den betroffenen Ländern. Woher sollen denn die erforderlichen Eliten für den Aufbau der Demokratien kommen, wenn diejenigen, die in diesen Ländern in den letzten 40 Jahren den Ton angegeben haben, samt und sonders moralisch-politisch total diskreditiert und praktisch nicht mehr verwendungsfähig sind? Der Kreis der Dissidenten dürfte sicherlich nicht ausreichen, um die Aufgaben zu bewältigen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen.

Diese Frage tangiert im übrigen auch die Westeuropäer, deren Eliten sich im Grunde genommen auch nicht mehr halten können, wenn ich nur an die Verfallserscheinungen in unseren Parteien denke. Meine Sorge ist, daß sich das Politische insgesamt in einem Stadium des Niedergangs befindet und das Wechselspiel von Eliten und demokratischer Kontrolle nicht mehr funktioniert.

Weil die Bereiche der Polis-Stadt-Kultur sowie der Elitenbildung und Demokratie so problematisch geworden sind, verstärkt sich der Trend zum ersten Element, das leichter zu erreichen ist, nämlich das Kulturelle, Nationale, was dann aber gleich wieder die Gefahr einseitiger Übertreibung enthält, die für niemanden eine Lösung bringen kann.

Ich wiederhole meine Frage: Kann dieser Prozeß gelingen - zum erstenmal in unserer Geschichte? Oder greifen wir nach einem neuen Dualismus, dem all die fruchtbare Vielfalt wieder untergeordnet wird, begleitet von entsprechenden Ideologisierung, die damit immer einhergehen? Kann sich Osteuropa annähernd wie der Westen entwickeln, nachdem der bisherige Schutzschirm weggefallen ist?

In dem Zusammenhang will ich noch ein Wort zu den USA sagen. Mein Eindruck ist, daß die Amerikaner zu Recht über die Entwicklung in Europa beunruhigt sind. Es geht nicht darum, daß irgendeine europäische Macht die Amerikaner aus ihrer Weltmachtrolle verdrängen wollte. Aber wenn diese positive Form der europäischen Entwicklung, wie ich sie als Möglichkeit angedeutet habe, tatsächlich gelingt, ist sie der amerikanischen überlegen. Worum es hier geht, ist, daß die Amerikaner einsehen müssen, daß ihre Weltmachtrolle in der bisherigen Form nicht zu halten sein wird. Das verlangt auf europäischer Seite erhebliche Sensibilität und Vorsicht, damit dieser Prozeß ebenfalls gewaltfrei vor sich gehen kann. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit und eines konsensmäßigen Vorgehens zwischen Europa und Amerika.

Das heißt aber, in Zukunft wird man auch über die Integration der Amerikaner nachdenken müssen, wenn Europa seine Chance einer glückhaften Entwicklung nutzt - was aber, wie gesagt, nicht sicher ist.

### **Stürmer**

Hier war zu Recht viel von Ambivalenzen die Rede, nicht irgendwelchen zufälligen Entwicklungen, sondern geradezu unentrinnbaren Gegensätzen, für die Hegel das Wort Dialektik benutzte. Und Jelzins Europakonzept, das sich nach Herrn Lopatins Worten in Vorbereitung befindet, wird den Westen zweifellos in besonderer Weise herausfordern. Letztlich geht es dabei um die keineswegs akademische, sondern sehr politische Frage: Wo sind die Grenzen Europas? Bisher tun wir ja mehr oder weniger immer noch so, als existiere die Sowjetunion noch, und sei es in Form des Nachfolgeakteurs GUS.

Das aber ist keineswegs der Fall. Im Gegenteil, das sowjetische Imperium zerbricht weiter. Niemand weiß, was am Ende dabei herauskommen wird und wann Rußland, mit Solschenizyn zu sprechen, aus der Grube seiner verzehrenden Krankheit wiederauferstehen wird. Auf dem Wege dahin sind noch Katastrophen möglich.

Wo also liegen die Grenzen Europas? Wo sind die Grenzen unserer Verantwortung und unserer Interessen? Dies ist eine hochpolitische Frage für die Deutschen, für die Westeuropäer und auch für die Amerikaner. Auf wen setzen wir? Auf Rußland, das sich gegenwärtig aus der Weltpolitik abgemeldet hat - jedenfalls im Sinne der aktiven Mitgestaltung;- , aber immer noch ein ungeheures Chaospotential besitzt? Oder setzen wir aus Gleichgewichtsgründen auf die Ukraine und alle die Randstaaten, deren Völker jetzt aus der Kälte kommen? In Kiew wird eindeutig in dieser Richtung geworben, und diese Werbung richtet sich auch an die Deutschen. Dabei haben die Deutschen und die Europäer in dieser Hinsicht kaum Erfahrungen, zumindest keine positiven.

Der Friede von Brest-Litowsk 1918 beruhte auf einer ganz anderen Option als Rapallo 1922. In Brest-Litowsk ging es den Deutschen um ein Vorfeld, das irgendwo zwischen Kiew und Moskau enden sollte. Dann kam der große rote Rückschlag. In Rapallo dagegen war den Deutschen längst klar, daß es besser war, sich mit dem Meister in Moskau zu verbinden. Zehn Jahre später haben sich die westlichen Weltmächte übrigens ebenso verhalten, und von den Ukrainern und all den anderen

unglücklichen Völkern dazwischen war keine Rede mehr. Aus dieser Lage sind sie erst nach dem Putschversuch des August 1991 befreit worden. Es sind Schicksalsfragen auch des Westens, um die es in diesen Ländern geht.

In diesem Zusammenhang sollten wir auch das Schicksal der 25 Millionen Menschen nicht übersehen, die neuerdings zu Auslandsrussen geworden sind. Ihre Lage birgt ein erhebliches Konfliktpotential. Wie so etwas ausgehen kann, dazu bieten Jugoslawien und andere Krisengebiete im Süden erschreckendes Anschauungsmaterial.

Wir müssen uns im Westen also genau überlegen, welche Antwort wir Jezin geben, wenn sein Europakonzept auf dem Tisch liegt. Bisher tasten wir so ein wenig herum, und die Überlegung, die NATO bis nach Wladiwostok auszudehnen, gehört eher zu den aparten Ideen. Aber wie weit will die EG gehen? Da wird es dann sehr konkret. John Major hat vor kurzem gesagt, die EG solle möglichst schnell Ost- und Mitteleuropa soweit wie möglich mit einbeziehen, natürlich mit bestimmten Übergangsfristen, aber ohne Wenn und Aber. Das betrifft dann sehr entschieden unsere eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und deren Grenzen.

Schließlich vergessen wir gern, daß hinter Rußland China liegt, das wir weltpolitisch im Augenblick behandeln, als befände es sich auf einem anderen Stern. Da ist noch viel an Dynamik zu erwarten - vielleicht nicht so explosiv wie in der Sowjetunion, aber keineswegs zu unterschätzen.

In unserem Thema - zwischen Integration und nationaler Eigenständigkeit - liegt somit eine Sprengkraft ohnegleichen. Und wenn wir nach den Grenzen Europas fragen, kommen wir wahrscheinlich nicht umhin, diese sehr offen und sehr weit zu beschreiben. Dann aber stehen wir vor Gestaltungsproblemen, die wir, solange es den Eisernen Vorhang gab, vermeiden konnten.

### **Krenzler**

Die Grenze Europas war nie ein rein geographischer Begriff. Sie war immer auch durch geistige, politische und kulturelle Anschauungen und Begriffe definiert. Deshalb läßt sich diese Grenze nicht ein für allemal festlegen.

Anders verhält es sich bei der politischen Gründung eines Akteurs wie der Europäischen Union. Da bin ich allerdings der Meinung, daß eine Integration Rußlands in diese Union schwierig wäre. Natürlich kann es mit Rußland im Rahmen entsprechender Strukturen eine intensive Kooperation geben. Die Europäische Union und Rußland werden für den von uns überschaubaren Zeitraum lediglich ein spezifisches Kooperationsverhältnis eingehen, aber keine Integration vorsehen können. Ähnlich sehe ich die Dinge übrigens auch im Verhältnis zur Türkei.

Unsere baltischen Freunde würde ich in jedem Falle ermutigen, sich zu regionaler Kooperation zusammenzufinden, auch im Hinblick auf eine Zusammenarbeit der Ostsee-Anrainerstaaten. Nur der Abbau von Schranken und Handelshemmnissen kann die Entwicklung in dieser Region voranbringen und den beteiligten Staaten Wohlstand sichern.

### **Rotfeld**

Frau Oksaar hat die Bedeutung der Begriffe angesprochen, die wir in unserer politischen Diskussion verwenden. In gewissem Sinne sind wir auch Geiseln bestimmter Begriffe, und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die meisten unserer politischen Begriffe sich auf Tatbestände der Vergangenheit beziehen und in der neuen Situation, in der wir uns heute befinden, nicht mehr greifen.

Wir suchen gegenwärtig nach einem neuen System der europäischen Sicherheit. Ich meine, es wäre naiv zu glauben, ein derartiges System könne das Resultat einer Konferenz oder irgendeiner zwischenstaatlichen Abmachung sein. Vielmehr geht es da um einen historischen Prozeß und nicht um Absprachen zwischen einigen Institutionen. Das kann allenfalls am Ende dieses Prozesses liegen.

Im Kalten Krieg gab es Sicherheit und Stabilität, obwohl beide nicht besonders bequem waren. Aber Sicherheit wurde in gewissem Sinne mit Stabilität identifiziert. Jetzt befinden wir uns in einem Prozeß der Veränderung, in einer Periode des Übergangs, und da ist es müßig, nach Stabilität zu suchen. Veränderung und Stabilität sind in dieser Hinsicht Widersprüche.

Mit anderen Worten: Wir brauchen heute nicht nur andere Instrumente, andere Methoden, andere Institutionen und Strukturen, sondern auch andere Prinzipien.

Nehmen wir die KSZE, bei der es in der Zielsetzung im wesentlichen um zwei Elemente ging. Zum einen wollte man einen Rahmen zur Überwindung der Spaltung Europas finden. Zum anderen sollten die Regeln des Verhaltens definiert werden. Beides ist so nicht mehr gegeben. Die Spaltung Europas,

so wie sie bisher bestanden hat, ist überwunden, und wir brauchen heute auch ganz andere Verhaltensregeln als vor 20 Jahren. Die vormaligen Blockstrukturen sind entweder aufgelöst oder geben keinen Sinn mehr, und die KSZE muß ihren Verhaltenskodex neu definieren. Statt bisher 35 haben wir schon 52 KSZE-Mitglieder und in Kürze noch mehr.

Die Frage nach den Grenzen Europas, Herr Stürmer, steht also gar nicht so sehr im Vordergrund, sondern die Definition eines umfassenden Sicherheitsraumes, meinerseits von Wladiwostok bis Vancouver. Wichtiger als die Festlegung von Grenzen ist die Bestimmung der Sicherheit, die sich nicht auf einen bestimmten Raum beschränken läßt. Von daher ist beispielsweise die amerikanische Präsenz in Europa von elementarem Interesse für die Europäer. Es wäre fatal, die Amerikaner auszuschließen.

Was mich ein wenig erstaunt, ist, daß hier bisher niemand ausgesprochen hat, daß das neue Gravitationszentrum in Europa Deutschland ist und nicht primär die Europäische Gemeinschaft. So wird es jedenfalls in vielen europäischen Ländern wahrgenommen, und ich meine keineswegs negativ. Deutschland wird heute von vielen europäischen Ländern ganz anders gesehen als noch vor wenigen Jahren. Auch in Polen ist das Feindbild Deutschland abgebaut worden. Das ist ebenfalls ein Zeichen der neuen Zeit.

Die Diskussion über die künftigen Integrations- und Sicherheitsprozesse wird nun häufig mit der Frage nach neuen Institutionen und Strukturen verbunden, die zweifellos wichtig sind. Worauf es aber entscheidend ankommt, sind die machtpolitischen Gegebenheiten; während Institutionen und Strukturen diese im Grunde nur widerspiegeln. In dieser Hinsicht sehe ich gegenwärtig für Europa drei Machtzentren: Erstens die Vereinigten Staaten, zweitens Deutschland und die Europäische Gemeinschaft, drittens Rußland. Die Beziehungen zwischen diesen drei Zentren sind entscheidend für die Weiterentwicklung.

Natürlich gibt es in allen ost- und mitteleuropäischen Staaten starke Ressentiments gegenüber Rußland in der Nachfolge der Sowjetunion. Das ist eine verständliche Reaktion. Aber früher oder später werden sich alle diese Völker um normale Beziehungen zu Rußland bemühen. Deshalb ist das, was wir von Herrn Lopatin gehört haben, so außerordentlich wichtig. Denn die schrecklichste Vision, die sich vorstellen läßt, ist, wenn es in Rußland wieder zu einer Militär- oder Polizeidiktatur oder etwas ähnlichem kommen sollte.

Von daher ist der Aufbau internationaler Strukturen und Institutionen, die Rußland mit einbeziehen, ganz besonders wichtig. Das sollte man auch nicht auf den europäischen Teil von Rußland begrenzen, sondern dabei ganz Rußland mit einbeziehen.

## **Varga**

Unser Thema lautet: Zwischen Integration und nationaler Eigenständigkeit: wie findet Europa zusammen? Ich meine, wir sollten Integration und nationale Unabhängigkeit nicht als Gegensätze sehen, wie dies bei Frau Oksaar anklang, sondern Integration schließt in meinem Verständnis Vielfalt, Verschiedenartigkeit und Regionalismus mit ein, wenn darunter die Bewahrung von Kultur und Tradition in einem erweiterten Europa begriffen wird.

Wenn die Spaltung Europas, die bisher durch den Antagonismus der Supermächte bestimmt wurde, endgültig überwunden wird und Europa seine ursprüngliche Größe und Bedeutung wiedererlangen will, dann werden die Staaten Mittel- und Osteuropas gerade auf diesem Feld eine Bereicherung darstellen für das, was mit dem Wort "Europa" eigentlich gemeint ist. Diese Länder bieten nicht nur neue Märkte und wirtschaftliche Ressourcen. Und ich hoffe auch, daß man sie nicht nur unter militärischem Aspekt betrachtet. Vielmehr bringen sie eine kulturelle Vielfalt, einen Reichtum an Traditionen, geistigen Quellen und neuen Ideen mit sich.

Ich nenne nur ein Beispiel: das Fin-de-siecle-Dreieck zwischen Wien, Prag und Budapest, das sich mit Namen wie Ludwig Wittgenstein, Franz Kafka, Robert Musil, Karl Mannheim, Theodor Herzl, Sigmund Freud, Martin Buber oder auch dem des Kommunisten Georg Lukacs verbindet. Dies sind nicht nur irgendwelche "Quantitäten", die man der europäischen Kultur hinzufügt, sondern dies ist europäische Kultur, eine der repräsentativen Ausdrucksformen europäischer Kultur selbst. Ich meine, dies ist ein vitaler Beitrag, der zu einer neuen Form von europäischer Identität führen könnte.

Auf der anderen Seite bedeutet dieser Beitrag zweifellos einen neuen Anstoß für das Verständnis des heutigen Europas. Er ist Ausdruck der wesentlichen Stärke, die Europa in seiner historischen Entwicklung und auch in seiner modernen Form geprägt haben. Die ist ein entscheidender Charakterzug, der Europa von den anderen Teilen der Welt unterscheidet.

## Marsh

Auch ich möchte mich mit dem Thema Ambivalenz befassen, das für unsere Diskussion so kennzeichnend ist. Für Europa, das nach dem Zweiten Weltkrieg in das Kräftefeld des Kalten Krieges eingespannt war, sind die Zielsetzungen jetzt diffuser geworden, als sie es vorher waren. Nach 1945 konnte man die Ziele Westeuropas im Grunde in zwei Sätzen zusammenfassen: Das eine Ziel bestand darin, die politischen und wirtschaftlichen Wunden, die Europa durch den Krieg erlitten hatte, zu heilen; das zweite hieß, der Sowjetunion zu widerstehen. Beides wurde in der berühmten Rede von Churchill im Jahre 1946 in Zürich zum Ausdruck gebracht.

Jetzt sind die Ziele sehr viel weiter aufgefächert. Sie ähneln in gewisser Weise dem Spiel, bei dem mehrere Bälle gleichzeitig in der Luft sind, oder - verzeihen Sie die Analogie - sie gleichen jenen Raketen mit Mehrfachsprengköpfen, die über dem sogenannten Feindesland unberechenbar auseinanderfliegen.

Die Zielsetzungen richten sich notwendigerweise auf verschiedene Objekte gleichzeitig, was in anderen Teilen der Welt, zum Beispiel in Washington, Zweifel aufkommen lassen könnte. Deutschland ist gegenwärtig wahrscheinlich am ehesten in der Lage, dieser Situation gerecht zu werden, weil die Deutschen in der Mitte Europas es von jeher gewohnt sind, Dinge von unterschiedlichen Aspekten her zu sehen. Ich erinnere nur an die berühmten Worte von Dietrich Genscher, der dieses multivalente System geradezu verkörperte, als er im Hinblick auf die deutsche Einigung sagte: "Je europäischer die Politik, desto nationaler." Dies wurde von mehreren Ländern mißverstanden, insbesondere in Großbritannien. Aber seine Worte sind tatsächlich voll bestätigt worden.

Die neuen Zielsetzungen sind also vielfältig. Erstens geht es darum, die sehr schwierige Situation in den postkommunistischen ost- und mitteleuropäischen Ländern und in der Sowjetunion selbst zu stabilisieren. Zweitens kommt es darauf an, die äußerst diffizile Frage der gleichzeitigen Erweiterung und Vertiefung der EG zu lösen, was zwangsläufig einiges an Ambivalenz mit sich bringt. Das dritte Ziel besteht darin, die amerikanische Präsenz in Europa aufrechtzuerhalten, nachdem der Feind hinter den Wällen verschwunden ist und diese selbst zu zerbröckeln scheinen. Die vierte Zielsetzung bezieht sich auf ein enorm wichtiges wirtschaftliches Thema, nämlich die Funktionsfähigkeit unseres sehr gut entwickelten Systems der sozialen Sicherheit in Westeuropa zu erhalten, zu einer Zeit, in der es unter einem gewaltigen demographischen Druck gerät. Fünftens gilt es, Deutschland und die deutschen Eigenheiten fest im westlichen Lager zu halten. Ich habe keinen Zweifel, daß dies der Fall sein wird. Aber je weiter sich die Grenzen Westeuropas nach Osten ausdehnen lassen, um so größer ist die Möglichkeit, Deutschland unzweideutig im westlichen Lager zu halten.

Ich sehe es übrigens als einen großen Fortschritt, daß wir nicht mehr von Osteuropa sprechen, selbst in England nicht, wenn wir von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei reden. Diese Länder gehören jetzt zu Mitteleuropa, und ich denke, sie werden in zehn Jahren zu Westeuropa gehören. Man sollte sich immer daran erinnern, daß Polen nach dem Krieg geographisch nach Westen gerückt ist und doch ein Teil von Osteuropa wurde. Dergleichen hat nun ein Ende gefunden.

Zwei Beispiele für die grundlegende Ambivalenz, mit der wir zu tun haben. Ich denke zum einen an das deutsch-französische Korps, auf das schon mehrfach hingewiesen worden ist. Hier besteht zweifellos im Kern eine Ambivalenz, daß man damit einerseits die Franzosen wieder näher an die NATO heranführen und andererseits das deutsche Interesse an einer gemeinsamen Verteidigung aufrechterhalten will. Beides sind gewiß löbliche Ziele, die auf diese Weise sicherlich unterstützt werden, die aber dennoch ambivalent sind. So fragt man sich in Großbritannien: Wozu ist dieses Korps nützlich, wenn es offenbar weder innerhalb noch außerhalb des NATO-Gebietes eingesetzt wird? Solche Fragen sollten schon ernst genommen werden.

Ambivalent ist auch - mein zweites Beispiel - die Vereinbarung von Maastricht selbst, die sich von verschiedenen Leuten in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich interpretieren läßt. Aber es war doch auffallend, wie sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich Menschen aus völlig gegensätzlichen Lagern dieses Abkommen auf ganz eigene Weise interpretiert haben. So sehen etwa in Frankreich Seguin und Chevenement, die auf sehr verschiedenen Seiten stehen, beide in der Vereinbarung von Maastricht einen sehr zentralistischen Ansatz. Aber es gibt auch Leute in Frankreich, die den Eindruck haben, daß die Identität und Souveränität Frankreichs dadurch nicht berührt werden. Ich brauche gar nicht auf die Diskussion in Großbritannien einzugehen, wo bekannte Persönlichkeiten der Vergangenheit kürzlich ihre Skepsis zu Maastricht geäußert haben.

Wie Herr Blech gesagt hat: Wir leben in einer multivalenten Welt. Ambivalenz ist das Gebot der Stunde. Als Fußnote könnte ich hinzufügen: Die berühmte Rede von Churchill im Jahre 1946 war ihrerseits sehr ambivalent. Er sprach über die "Vereinigten Staaten von Europa" und ließ am Ende

seiner Rede keinen Zweifel aufkommen, daß Großbritannien nicht dazugehören würde. Und ich freue mich, daß wir jetzt sogar in Großbritannien der Auffassung sind, wir sollten dazugehören.

### **Meyer-Landrut**

Wir beginnen jetzt mit dem zweiten Teil unserer Debatte, und ich darf zunächst Herrn Schmidbauer und Herrn Krenzier bitten, uns einiges zur Politik Deutschlands beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich der Entwicklung in Europa vorzutragen.

### **Schmidbauer**

Der in dieser Diskussion am häufigsten verwendete Begriff der Ambivalenz macht deutlich, daß viele das, was sie früher für eine politische Strategie hielten, inzwischen als eine Art Betriebsunfall ansehen. Das gilt für uns Deutsche hinsichtlich des Erreichens der nationalen Einheit; das gilt aber insgesamt für den Wegfall der Bedrohungslage und die Überwindung des Ost-West-Konflikts.

Nur ein Wort zum deutsch-französischen beziehungsweise europäischen Korps. Ich weise daraufhin, daß dies keine neue Strategie in einer veränderten Situation ist, sondern einer Bitte unserer Freunde entspricht, einen eigenen Beitrag für Sicherheit und Verteidigung in Europa zu leisten.

Ich begrüße es, daß die heutige Tagung an diesem Ort und vor allem zu diesem Thema stattfinden kann. Dies ist ein bezeichnender Ausdruck für die Veränderungen, die sich in Europa vollzogen haben. Ein solches Gespräch in Tallinn wäre sicher vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Nirgendwo könnte diese Frage besser diskutiert werden. Zum einen haben die baltischen Staaten mit Erreichen der Unabhängigkeit den Prozeß der "Desintegration" der ehemaligen Sowjetunion miteingeleitet. Zum anderen kennt der Ostseeraum - davon haben wir uns gestern auf dem Rundgang durch diese Stadt überzeugen können - eine lange Tradition regionaler Zusammenarbeit, die bis in die Zeit der Hanse zurückreicht. Starke wirtschaftliche, geistige und kulturelle Bande, die selbst während des Kalten Krieges nie abgerissen sind, verbinden alle Ostseeanrainer. Dies empfinde ich als eine große Chance für die Zukunft.

Die Beziehungen der baltischen Staaten zu Europa können ein Musterbeispiel dafür werden, wie sich der scheinbare Widerspruch von staatlicher Unabhängigkeit und europäischer Integration überwinden läßt. Hier können wir aufzeigen, wie mit der europäischen Vereinigung die Spaltung Europas überwunden und zugleich die "Einheit in Vielfalt" begründet werden kann.

Herr Stürmer hat nach den Grenzen dieses Europas gefragt. Dabei dürften Integration und Kooperation wohl eine wichtige Rolle spielen. Während der Integrationsprozeß rein quantitativ seine Begrenzung findet, ist Kooperation praktisch unbegrenzt möglich.

Diese beiden Eckpunkte unseres Themas: Integration und nationale Eigenständigkeit beherrschen zur Zeit die Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen in ganz Europa. Wir haben in diesem Zusammenhang nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir einerseits das Recht auf Selbstbestimmung jeden Volkes als unverzichtbar ansehen schließlich verdankt Deutschland diesem Prinzip die Wiedererlangung seiner staatlichen Einheit;-, daß wir andererseits aber die Zukunft nicht im althergebrachten Nationalstaat, sondern in einem föderativen Zusammenschluß der Nationalstaaten sehen. Auch dies haben wir als Bundesrepublik Deutschland stets mit Nachdruck betrieben. Wir sind überzeugt, daß nur durch Integration das Wiederaufkommen gefährlicher nationaler Rivalitäten, der verhängnisvolle Nationalismus vergangener Tage, verhindert werden kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerade auch an die Länder des Baltikums appellieren, diesen Tendenzen keinen Raum zu geben und sie politisch zu bekämpfen.

Die Europäische Gemeinschaft ist ein gutes Beispiel einer erfolgreichen Integrationspolitik zur Überwindung traditioneller Feindschaften, nationaler und wirtschaftlicher Rivalitäten. Vieles ist auf diesem Weg in die Europäische Gemeinschaft erreicht worden. In vielen Punkten bestehen aber auch noch Defizite. Deshalb verfolgen wir die Debatte über Europa, über die europäische Integration, die zur Zeit in fast allen europäischen Ländern stattfindet, mit großer Aufmerksamkeit. Mit Sympathie beobachten wir vor allem, daß die nordischen Länder und die Staaten Mitteleuropas so großes Interesse an der Europäischen Gemeinschaft zeigen.

Auslöser für diese Debatte sind zwei Entwicklungen, die unsere Zeit entscheidend prägen und uns einmalige Chancen eröffnen, Europas politische und wirtschaftliche Architektur neu zugestalten. Zum einen die endgültige Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, zum anderen die sich beschleunigende Dynamik des europäischen Integrationsprozesses. Heute sind wir in Europa in der historisch einmaligen Lage, daß alle maßgebenden politischen Kräfte die gleichen politischen

Grundwerte teilen: parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte, soziale Marktwirtschaft. Diese Situation gilt es zu nutzen; dazu ist die Bundesregierung entschlossen.

In Maastricht ist der Grundstein für die Vollendung der Europäischen Union gelegt worden. Das Vertragswerk von Maastricht ist gleichzeitig Basis für die weitergehende Integration wie auch für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Die Vision eines "Vereinten Europas" nimmt zunehmend Gestalt an. Es kommt jetzt darauf an, Europa nicht zu einem exklusiven Kreis der Zwölf zu machen. Wir wollen ein Europa, in dem alle Länder - unabhängig von ihrer Größe, Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft oder militärischen Stärke - gleichberechtigte Partner sind.

Dabei dürfen wir nicht die Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa vergessen, die die kommunistische Herrschaft abgeschüttelt haben und jetzt mit großen Erwartungen auf die reiche Europäische Gemeinschaft blicken. Unsere Aufgabe ist es, diesen Staaten beim Umbau ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung zu helfen und ihnen längerfristig eine europäische Perspektive zu eröffnen.

Die Ausgangslage und der Stand der Reformen sind von Land zu Land sehr unterschiedlich. Dabei ist in den baltischen Staaten die starke wirtschaftliche Abhängigkeit von der früheren Sowjetunion sicherlich ein besonderes Problem. Aber es gibt keine Alternative zur entschlossenen Fortsetzung des Reformkurses. Die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas selbst tragen, und das will ich betonen, natürlich die Hauptverantwortung für den Erfolg der Reformen. Sie müssen die Voraussetzungen schaffen, daß zum Beispiel für privates Kapital attraktive und verlässliche Investitionsbedingungen gegeben sind. Wer aber heute nicht bereit ist, in die Entwicklung der ehemals kommunistischen Länder zu investieren, dort Hilfe zu leisten, gefährdet auf Dauer die friedliche und demokratische Entwicklung Europas.

Da würde es sich lohnen, einmal die Bilanz der vergangenen Monate aufzumachen und sich die Schwierigkeiten einer gerechten Lastenverteilung genau anzusehen. Die westlichen Industrieländer und besonders die Bundesrepublik Deutschland haben den Reformprozeß bisher massiv unterstützt. Die globalen Hilfsleistungen und -zusagen betragen bis heute 52 Milliarden US-Dollar, davon allein 38 Milliarden Dollar aus der Gruppe der G 24. Ich will nicht verhehlen, daß wir damit als Bundesrepublik an einer Obergrenze angelangt sind. Diese Lastenverteilung kann in Zukunft nicht so einseitig gelagert sein, sondern hier muß ein echtes burden sharing stattfinden. Das ist Gegenstand vieler Konferenzen in diesen Tagen und wird auch mit den G 7 auf dem nächsten Wirtschaftsgipfel in München besprochen, wobei der Präsident Rußlands in diesen Dialog mit einbezogen wird. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, die partnerschaftliche Zusammenarbeit weiter fortzusetzen und sich verstärkt auf Hilfe zur Selbsthilfe zu konzentrieren.

Nur die doppelte Strategie: Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft - dies ist ein wichtiger Prozeß - und gleichzeitig Hilfe bei der Heranführung der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder an die Gemeinschaft kann das verhängnisvolle Wiederaufflammen von Nationalismus und Chauvinismus, kriegerischen Auseinandersetzungen und Kleinstaaterei verhindern.

Wir verstehen, daß die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder auf ihre nationale Eigenständigkeit besinnen. Unser Ziel muß es aber sein, den Aufbruch dieser Länder nicht mit neuem Nationalismus, sondern für immer mit der Idee der Freiheit, der Demokratie und Menschen- und Minderheitsrechte zu verbinden. Diesem Ziel wird und muß unsere Politik dienen.

Wir müssen aber auch den nationalen Empfindungen der Völker Raum lassen. Europa darf nicht ein Europa der Zentralisierung und der übermächtigen Bürokratie werden. Auch hier müssen wir gemeinsam für ein Europa der Bürger arbeiten. Delors hat vor kurzem noch einmal auf diesen Punkt hingewiesen, der es vielen Bürgern so schwer macht, sich mit Europa anzufreunden. Die europäische Integration muß auf dem Grundsatz der Subsidiarität und des Föderalismus aufbauen. Nur ein Europa der dezentralen Entscheidungen und der demokratischen Kontrolle kann ein friedliches Zusammenleben der Völker in Wohlstand garantieren.

Das vereinte Europa darf und wird kein Schmelztiegel sein. Es wird die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Volkes wahren und fördern. Der institutionelle Ausbau Europas wird Hand in Hand gehen mit der Stärkung der föderalen Ausrichtung. Den Westen und Osten Europas können wir nur dann zusammenführen, wenn wir die erfolgreiche Europäische Gemeinschaft vertiefen. Ich bin überzeugt, daß nur eine starke Europäische Union die zukünftigen Aufgaben, die Risiken und Unwägbarkeiten, die sich aus der Auflösung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung im Osten Europas ergeben, bewältigen kann. Den Menschen in den ehemals kommunistischen Ländern Europas muß eine europäische Perspektive für die Zukunft gegeben werden.

KSZE, Nordatlantischer Kooperationsrat und Europarat sind Foren, die schon heute einen geeigneten Rahmen bilden können, um die Desintegration einzufangen und den Sicherheitsbedürfnissen unserer Partner im Osten zu genügen. Wir müssen diese Foren stärken und handlungsfähiger machen, damit sie der Pfeiler einer neuen europäischen Sicherheitsordnung werden, die allen Staaten das Gefühl und die Garantie ihrer Unabhängigkeit und Sicherheit gibt. Wir müssen hier aber auch gegebenenfalls neue Wege gehen und neue Institutionen aufbauen.

Erste Schritte sind getan, weitere werden folgen. Mit einigen mittel- und osteuropäischen Ländern hat die Europäische Gemeinschaft bereits Assoziierungsverträge geschlossen, um sie näher an die Gemeinschaft heranzuführen. Diese Assoziationen der CSFR, Ungarns und Polens sind wichtige wirtschaftliche Schritte, aber auch bedeutende politische Zeichen für den Willen der Gemeinschaft, diese Länder später in die Europäische Union einzubeziehen.

Ähnliche Abkommen wird die Europäische Gemeinschaft in absehbarer Zeit auch mit den übrigen mittel- und südosteuropäischen Staaten schließen, die der EG zur Zeit über Kooperationsabkommen verbunden sind. Dazu zählen natürlich auch die baltischen Staaten, die sich dem westlichen Europa verbunden fühlen und beim Aufbau funktionierender staatlicher und wirtschaftlicher Strukturen dringend unserer Unterstützung bedürfen.

Wichtig ist zugleich, die Entwicklung des Handels in den Staaten dieser Regionen untereinander mit Vorrang zu betreiben. Der Wegfall des wirtschaftlichen Zwangssystems des COMECON darf nicht auf Dauer das Ende der bisherigen Handelsströme bedeuten. Auf marktwirtschaftlicher Basis müssen neue Kooperationen, neuer Waren- und Dienstleistungsaustausch in den Gebieten, die früher wirtschaftlich eng verflochten waren, aufgebaut werden.

Die Europäische Gemeinschaft hat mit der Bereitschaft zur Öffnung ihrer Märkte für die Produkte aus diesen Staaten, unter anderem im Rahmen von Assoziierungsabkommen, eine wichtige Voraussetzung geschaffen, damit der Wirtschaftsaustausch auch mit dem westlichen Europa zunimmt. Dies ist eine Grundlage für den erfolgreichen Umbau der ehemals zentral verwalteten Wirtschaftssysteme. Eine volle Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft wird für die Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa aber erst möglich und sinnvoll, wenn die entsprechenden politischen und ökonomischen Voraussetzungen geschaffen sind. Für die Übergangszeit bis hin zur vollen Mitgliedschaft ist unsere Phantasie gefordert. Ich frage mich, ob es nicht möglich und sinnvoll wäre, für diese Länder neue Strukturen in ihrem Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft zu entwickeln, die über Assoziationen im herkömmlichen Rahmen hinausgehen.

Ich darf hier auch auf die interessanten Ideen unter anderem von EG-Kommissionspräsident Delors hinweisen, eine "gesamteuropäische Konferenz" ins Leben zu rufen. Sie würde in regelmäßigen Abständen auf Außenminister- oder gar auf Regierungschefebene tagen und die jeweils aktuellen politischen Fragen von gemeinsamem Interesse diskutieren. Und warum sollte nicht - in Analogie zum gerade unterzeichneten Abkommen EG/EFTA über den Europäischen Wirtschaftsraum - über die Möglichkeit eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes gesprochen werden.

Das sind Fragen, die noch auf Antworten warten. Ich meine, wir müssen neue Wege finden. Die Integration der früheren Ostblockstaaten in die Europäische Gemeinschaft ist eine neue Herausforderung, die auch neue Strategien verlangt. Lassen Sie mich zum Abschluß noch einmal betonen: Je enger wir uns in Europa zusammenschließen, desto wirksamer schützen wir uns alle vor Rückfällen in nationalstaatliche oder gar nationalistische Rivalitäten. Das Europa, das wir anstreben, ist eine Solidargemeinschaft gleichberechtigter Partner, deren vielfältige Verflechtung sie so aneinander bindet, daß niemand bei der Austragung von Rivalitäten gewinnen kann.

### **Krenzler**

1992 ist, wie Sie wissen, das vielbeschworene und symbolträchtige Jahr, das zum Abbau der Schranken im europäischen Binnenmarkt führen wird. Dieser Vorgang steht beispielhaft für die Methode der Integration einer Gemeinschaft, wie sie schon von Jean Monet beschrieben wurde. Zunächst wurde -1985 - ein visionäres Ziel gesetzt; dazu ein Terminkalender festgelegt und die Methoden vereinbart, um das Ziel praktisch erreichen zu können.

1992 ist auch das Jahr, so hoffen wir, der Ratifikation der Verträge von Maastricht mit ihren Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungsunion und über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit der auf mittlere Sicht vorgesehenen Verteidigungspolitik und Verteidigung. Dazu gehört auch das viel diskutierte europäische Korps.

Mit Maastricht hat der europäische Integrationsprozeß einen neuen Schub bekommen, der sich auch auf das weitere Europa auswirken wird. Ich erwarte jedenfalls, daß der Binnenmarkt, der der



Integrationsentwicklung circa sieben Jahre lang als Motor gedient hat, durch die gemeinsame Währung und die Verteidigung abgelöst werden wird, in denen ich die beiden zukünftigen Motoren der europäischen Integration sehe.

Läßt sich aus dieser Überlegung der Schluß ziehen, daß die Integrationsentwicklung in Westeuropa völlig unangefochten ist? War die EG nicht doch, wie hier angedeutet wurde, mehr oder weniger ein Kind des Kalten Krieges, gewissermaßen die Antwort Westeuropas gegenüber der Bedrohung aus dem Osten? Zweifellos hat die damalige konkrete politische Konstellation stark zur Gründung der EG beigetragen. Ich meine aber, daß diese Motivation inzwischen abgelöst wurde durch innenbestimmte Entwicklungen, die in den vorgenannten Sachverhalten, nämlich gemeinsamer Binnenmarkt und Maastricht, ihren Ausdruck finden.

Es geht bei dieser Integration um bestimmte gemeinsame Interessen und die Antwort auf S achzwänge, denen sich nicht nur die Westeuropäer, sondern ganz Europa gegenübersehen, und die national nicht mehr gelöst werden können. Das ist die positive Motivation, um diesen Prozeß weiterzuführen.

Wir haben in Westeuropa erstmals in unserer Geschichte eine Methode zum Aufbau einer civic society gefunden, die einen hohen Wert für die Staaten der Gemeinschaft und für die Bürger, die in ihnen leben, darstellt. Frau Vollmer hat dies ja sehr anschaulich ausgeführt. Diese civic society zeichnet sich aus durch die Verfolgung gemeinsamer Interessen, durch Teilung der Souveränität, durch bestimmte Methoden der Zielverfolgung und nicht zuletzt durch starke Institutionen. Dies sind die wesentlichen Vorzüge dieses Integrationsmodells, das nach meinem Eindruck nichts von seiner Zugkraft verloren hat, im Gegenteil, durch die Entwicklung um uns herum attraktiver geworden ist denn je zuvor. Die Europäische Gemeinschaft übt deshalb auf alle unsere Nachbarn eine ausgesprochene Faszination aus.

Was tut die EG für Osteuropa und für die GUS? Herr Körber hat eingangs etwas provozierend festgestellt, daß Westeuropa sich vorzugsweise mit sich selbst beschäftigt und keine Antwort auf die Entwicklung im Osten gefunden habe. Dem möchte ich entgegenhalten, daß die EG-Kommission die Aktivitäten der 24 westlichen Industriestaaten, die Gruppe der 24 einschließlich der USA, organisiert und koordiniert. Diese Aufgabe wurde ihr von dem G-7-Gipfel in Paris übertragen. Das heißt, die Gemeinschaft versucht, die Kräfte zu bündeln, und bemüht sich gemeinsam mit anderen um eine konstruktive Antwort auf die neue Herausforderung.

Unsere Bemühungen umfassen humanitäre Hilfe, technischen Beistand sowie makroökonomische Stabilisierung. Dafür hat die G 24 in der von der EG koordinierten Aktion immerhin ein Finanzvolumen von insgesamt 40 Milliarden ECU oder 52 Milliarden US-Dollar aufgebracht - alles zusammengenommen: Lebensmittelhilfe, Kredite und Kreditgarantien, technische Hilfe und Schuldentilgung. Von diesen 40 Milliarden ECU entfallen drei Viertel auf die Europäische Gemeinschaft, der Rest auf die übrigen Industriestaaten, die sich an dieser Aktion beteiligt haben.

Ich will mit diesen Zahlen zeigen, daß sich die EG nicht nur mit sich selbst beschäftigt. Die 30 Milliarden ECU, die die EG übernommen hat, sind eine Antwort auf die osteuropäische Herausforderung, was in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt ist und die durchaus vergleichbar ist mit der innergemeinschaftlichen Solidarität, die den benachteiligten Gebieten innerhalb der EG mit Hilfe des Strukturfonds zukommt.

Herr Stürmer fragte, auf wen wir setzen, auf Rußland oder auch auf die übrigen Nachfolgestaaten der GUS. Mein Eindruck ist, daß das Schwergewicht der von den G 7 und anderen geplanten internationalen Hilfsanstrengungen noch auf Rußland ausgerichtet ist. Typisches Beispiel ist das 24-Milliarden-Dollar-Unterstützungspaket für Rußland. Camdessus, der Managing Director des Internationalen Währungsfonds, hat dazu gesagt, dies Paket reiche für die makroökonomische Stabilisierung Rußlands vielleicht für dieses Jahr. Es würden aber noch einmal etwa 20 Milliarden Dollar notwendig sein für die makroökonomische Stabilisierung der übrigen GUS-Staaten. Und ich vermag nicht zu erkennen, wie man eigentlich den Rubel stabilisieren will, wenn es nach wie vor eine Rubelzone gibt, die weit über Rußland hinausgeht, ohne daß man die anderen Staaten in die Stabilisierungsmaßnahmen mit einbezieht.

Hier kommt eine neue Herausforderung auf uns zu, die in ihrem Ausmaß noch nicht überblickt wird. Die finanziellen Anstrengungen, die der Westen zu tragen hat, dürften jedenfalls wesentlich höher liegen, als bisher angenommen worden war. Ich meine aber, wir sollten diese Leistungen immer im Vergleich zu jenen finanziellen Opfern sehen, zu denen wir während des Kalten Krieges gezwungen waren.

Die Attraktivität der Europäischen Gemeinschaft zeigt sich nicht zuletzt in den Anträgen beitragswilliger Länder. Gegenwärtig liegen uns sieben Aufnahmeanträge vor. Aber auch die osteuropäischen Staaten bemühen sich um Aufnahme in die EG. Insgesamt liegen zwischen der Gemeinschaft und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion 24 Staaten - inklusive der EFTA;-, die alle ihr Interesse an einer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft in der einen oder anderen Weise kundgetan haben. Potentiell bewegen wir uns also auf eine Gemeinschaft von 36 Staaten zu. Natürlich muß dieser an sich begrüßenswerte Prozeß kontrolliert werden, wenn wir nicht eines Tages an unserer eigenen Größe zugrunde gehen wollen, ähnlich dem berühmten Dinosaurier der Vorzeit.

Schon eine erste Erweiterung, die sich mit dem Beitritt einer Gruppe von hochentwickelten Industriestaaten andeutet, wird erhebliche Fragen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Gemeinschaftsinstitutionen aufwerfen. Maastricht hat darauf keine Antwort gegeben. Aber diese Thematik stand dort auch nicht auf der Tagesordnung. In jedem Falle müssen wir sicherstellen, daß die Gemeinschaft ihren dynamischen Charakter nicht verliert.

Das bedeutet, der Erweiterungsprozeß muß parallel verlaufen mit einer weiteren Vertiefung der Gemeinschaft. Darüber sollte möglichst bald gesprochen werden und nicht erst 1996 auf einer neuen Regierungskonferenz, wie in Maastricht festgelegt. Jedenfalls wurde in Maastricht ausdrücklich vorgesehen, daß Erweiterungsverhandlungen nur auf der Grundlage der Maastrichter Verträge beginnen können, das heißt auf mittlere Sicht eine gemeinsame Verteidigungspolitik und Verteidigung mit einbeziehen. Die neuen Mitglieder werden somit der Europäischen Union beitreten, also einer ganz neuen Integrationsstufe. Das bedeutet für alle Bewerber eine weit größere Herausforderung als in der Vergangenheit ein Beitritt zur EG. Nur auf diese Weise kann aber sichergestellt werden, daß der europäische Prozeß dynamisch bleibt. Für die mittel- und osteuropäischen Staaten kommt es darauf an, den Übergang zu organisieren, bis der Beitritt möglich ist.

Ich sehe in diesem Zusammenhang zwei notwendige Beiträge, einen politischen, den Herr Schmidbauer verdeutlicht hat, und einen wirtschaftlichen, für den ich vier Elemente nennen will:

Erstens muß das Potential der bestehenden Assoziationsverträge sowie der noch abzuschließenden Abkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten voll ausgeschöpft werden.

Zweitens sollte eine allmähliche Multilateralisierung der bisher bilateralen Wirtschaftsbeziehungen angestrebt werden. So bestehen beispielsweise Freihandelsbeziehungen der EG mit der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, und parallel dazu strebt die EFTA eine Freihandelszone mit den gleichen Staaten an. Diese Beziehungen sollten untereinander verzahnt werden, so daß wir allmählich zu einer multilateralen paneuropäischen Wirtschaftszone gelangen.

Drittens müssen wir das Konzept einer transeuropäischen Infrastruktur entwickeln mit den Schwerpunkten Transport, Telekommunikation sowie Umwelt und Energie. Ich halte dies für außerordentlich wichtig, schon aufgrund der politisch-psychologischen Wirkungen. Früher endeten die Eisenbahnen an den jeweiligen Landesgrenzen, um im Kriegsfall schnell die Truppen heranzuführen. Die Infrastruktur von morgen dagegen muß transkontinental sein. Dazu können wir sicher viel beitragen.

Viertens sollte überlegt werden, wie west- und osteuropäische Staaten sich gemeinsam in bestimmten Sachgebieten der Gemeinschaftsentwicklung engagieren können, und zwar schon vor dem eigentlichen Beitritt. Dazu würden sich beispielsweise die vorgenannten Infrastrukturplanungen anbieten.

Eine kurze Schlußbemerkung. Jacques Delors hat vorgestern in Aachen vor der Ansteckung mit dem Virus des Nationalismus in Westeuropa gewarnt. Es gibt ja auch bei uns in Deutschland Stimmen, die den deutschen Gulliver aus den Netzen der europäischen Integration, die angeblich um ihn gewickelt werden, befreien wollen, um etwa eine eigenständige Außenpolitik beizubehalten. Ich meine, das wäre ein verhängnisvoller Weg, der uns direkt ins neunzehnte Jahrhundert zurückführen würde mit seiner Balance-of-power-Politik, wie sie ja auch von einigen Fossilien in der englischen Politik noch für richtig gehalten wird. Eine solche Entwicklung würde zwangsweise auch wieder zu Versuchen führen, Hegemonialpolitik zu betreiben, und wir würden erneut in den sattem bekannten Teufelskreis hineingeraten.

Als überzeugter Europäer sehe ich in dem westeuropäischen Integrationsmodell die Zukunft für ganz Europa. Allerdings wird gerade im Hinblick auf ein erweitertes Europa dem Subsidiaritätsbegriff immer größere Bedeutung zukommen. Der Aspekt "Einheit in der Vielfalt" wird sehr viel ernster genommen werden müssen. Hier müssen wir zu einem neuen Gleichgewicht kommen: auf der einen Seite die Rationalität der Interdependenz, die sich notwendig aus den Sachbezügen ergibt, auf der anderen

Seite die Gefühle der Bürger, die auf regionale und auch nationale Identität ausgerichtet sind. Beides muß zusammengebracht und darauf auch die Arbeit der Institutionen ausgerichtet werden.

### **Meyer-Landrut**

Ich halte gerade diesen letzten Punkt für wichtig, Herr Krenzler, daß wir die Verbindung von sachlich-politischen und emotionalen Momenten hinbekommen. Das ist für die gesamteuropäische Entwicklung von ungeheurer Bedeutung.

### **Jürgensen**

Herr Krenzler hat darauf hingewiesen, daß das Integrationsmodell eine sehr hohe Erwartungshaltung erzeugt. Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, ob es in angemessener Zeit überhaupt möglich ist, diese enorme Erwartungshaltung objektiv zu erfüllen. 45 Jahre hat es ausgereicht zu wissen, daß Demokratie und Marktwirtschaft besser waren als totalitäre Systeme mit Planwirtschaften. Diese Überlegenheit herzustellen, war nicht eben schwer, weil die sozialistischen Staaten miserabel wirtschafteten.

In den nächsten Jahren werden wir jedoch daran gemessen werden - das zeigt sich bereits sehr deutlich im Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland;-, ob Demokratie und Marktwirtschaft in der Lage sind, in angemessener Zeit und in den durch hohe Erwartungshaltung geprägten Umfang die Hinterlassenschaft der Planwirtschaft zu beseitigen. Denn die Mängel und Probleme, die sich im Systemübergang zeigen, werden ja nicht der Vergangenheit, sondern der mangelnden Problemlösungsfähigkeit der Marktwirtschaft angelastet, die natürlich keine Wunder vollbringen kann.

Meine Frage ist: Wieviel Zeit steht uns dafür eigentlich zur Verfügung? Gelingt es uns, schnell soviel Besserung zu erzeugen, daß die politischen Prozesse, die hier diskutiert werden, überhaupt ablaufen können?

Zunächst will ich noch einmal feststellen, daß wir keine ausgefeilte Theorie besitzen, wie man eine Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft verwandelt. Es gibt zwar reichlich Literatur darüber, wie sich die Marktwirtschaft verbessern läßt. Eine ganze Reihe westlicher Ökonomen haben auch seit Jahrzehnten darüber nachgedacht, wie man Planwirtschaften effizienter machen kann. Aber es gibt kein ausgereiftes Konzept für die Umwandlung einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft. Das läßt sich offenbar nur mit der Methode trial and error machen, und so gehen wir in den neuen Bundesländern wie in den ehemaligen Ostblockstaaten ja auch vor. Wenn wir die Erfahrung von 1990 gehabt hätten, wäre beispielsweise die Treuhand von Anfang an ganz anders konzipiert worden.

Das eigentliche Problem sehe ich darin - und darüber wird viel zu wenig diskutiert;-, daß der Weg zum Besseren zunächst die Lebensumstände für die Menschen in diesen Ländern nachhaltig verschlechtert, und das wohl für eine ziemlich lange Zeit. Es gibt also keinen direkten Weg von einer schlechten Ausgangslage heute in eine bessere marktwirtschaftliche Zukunft morgen. Vielmehr: Damit es besser werden kann, muß es auf vielen Gebieten zunächst einmal wesentlich schlechter werden.

Der Grund dafür ist ganz offenkundig: Die Planwirtschaft hat ja nicht nur aus ihrer Fehlkonstruktion heraus schwere Belastungen für die Ausgangslage hinterlassen, sondern viel schlimmer noch - sie hatte auch die Zukunft zugunsten der Gegenwart vorbelastet. Ich denke hierbei an die Kredite für ineffektive Verwendung, mit denen die heutige Ausgangslage belastet ist. Noch belastender ist die Umwelthinterlassenschaft und von katastrophaler Auswirkung die völlig marode Infrastruktur. Wenn Verkehrswege, Wohnungen und Energieerzeugung nicht laufend instandgehalten, erneuert und erweitert werden, dann gestattet sich die jeweilige Volkswirtschaft in der Gegenwart einen höheren Konsum, als sie ihn haben könnte, wenn Teile des Sozialprodukts der notwendigen Erneuerung der Infrastruktur vorbehalten werden.

Mit anderen Worten: Es wurde in diesen Ländern - teilweise seit Jahrzehnten wie vor allem im Wohnungsbereich - von der Substanz gelebt. Das geht auch eine Zeitlang gut, bis die Substanz so ausgezehrt ist, wie es jetzt in den ehemals kommunistischen Ländern deutlich wird. Nun geht es darum, die Substanz neu zu schaffen, was aber nur über Konsumverzicht möglich ist, da die Transferlösung in den neuen Bundesländern auf die übrigen ehemaligen Ostblockländer nicht übertragbar ist.

Selbst hohe Transfers in Form von westlichem Kapital würden bestenfalls bewirken, daß eine bescheidene Substanzmehrung und ein geringer Anstieg des Lebensstandards erreichbar werden. Die Menschen in diesen Ländern blicken aber auf das, was die anderen haben, und vergleichen damit ihre noch auf längere Zeit dürftigen Lebensumstände. Darin sehe ich ein großes Problem, und ich halte es für fraglich, ob dieser Prozeß friedlich ablaufen kann. Die rasche Verbesserung der eigenen

Leistungsfähigkeit durch mehr Transfer von Know-how könnte die kritisch werdende Situation 1992/95 entschärfen.

In gewissem Sinne geht es dabei auch um die Frage Integration versus nationale Unabhängigkeit. Wenn der Westen schnell und wirkungsvoll helfen soll, ist das mit einem gewissen Verlust an Unabhängigkeit in den hilfsbedürftigen Ländern verbunden. Ihre rasche Assoziierung in die Europäische Gemeinschaft und die Vollendung des Binnenmarktes für die bisherige Gemeinschaft könnte die anstehenden Probleme relativieren. Das Beispiel Ostdeutschland/Westdeutschland ist kein Modellfall für die Länder Osteuropas, schon von der Größenordnung der zur Verfügung gestellten Mittel her. Wohl aber sind viele dabei gewonnenen Erfahrungen mit Nutzen transferierbar.

Des Weiteren haben wir zu fragen: Welchen Entwicklungsstand müssen die osteuropäischen Länder erreichen, der es ihnen erlaubt, aus eigener Kraft voranzuschreiten? Diese Frage stellte sich seinerzeit ähnlich bei der Süderweiterung der EG mit Griechenland, Portugal und Spanien. Diesen Ländern ist der Anpassungsprozeß auch nur sehr unterschiedlich gelungen, wenn man etwa Griechenland und Spanien vergleicht, die zur gleichen Zeit der Europäischen Gemeinschaft beitraten, davon aber, auch aufgrund jeweils spezifischer Gegebenheiten und sehr differenzierter Bereitschaft zur Strukturanpassung, in sehr unterschiedlichem Ausmaße profitieren konnten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dies bei den osteuropäischen Ländern anders sein wird. Das heißt, sie werden von der gleichen Möglichkeit, ihre Situation objektiv zu verbessern, nur sehr unterschiedlichen Gebrauch machen. Die entsprechenden Ergebnisse werden aber in der Regel nicht den eigenen Unfähigkeiten und örtlichen Besonderheiten, sondern dem Konzept der Integration in die Marktwirtschaft angelastet werden.

Wir sollten auch nicht vergessen, daß wir in Deutschland bei der Eingliederung der neuen Bundesländer bei der Lastenverteilung außerordentlich glückliche Umstände angetroffen haben. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen, Tatsache ist, daß die westdeutsche Bevölkerung bisher nur relativ und nicht absolut "teilen" mußte. Der Konsumzuwachs in Westdeutschland in den drei Jahren von 1990 bis 1992 dürfte preisbereinigt 100 Milliarden D-Mark erreichen; für Ost- und Westdeutschland zusammen werden es 130 Milliarden D-Mark werden. Das entspricht für die Westdeutschen der durchschnittlichen Konsumzunahme in den besten Jahren, nämlich von 1986 bis 1989.

Um ein biblisches Beispiel zu zitieren: Der heilige Sankt Martin teilte, wie Sie wissen, mit dem Schwert seinen Mantel, um die Hälfte einem armen Bettler zu geben. Das ist sicher eine gutgemeinte Geste, ökonomisch gesehen ist die Handlung jedoch wenig hilfreich, weil anschließend der Mantel weder für den Bettler noch für den Ritter reicht. Das Problem, das wir lösen müssen, ist: Wie schaffe ich zwei Mäntel, wo bisher nur einer war? Wir Westdeutschen konnten es für die Ostdeutschen ohne realen Verzicht lösen, weil wir zwischen 1986 und 1990 in fünf Jahren insgesamt Leistungsbilanzüberschüsse von 435 Milliarden D-Mark akkumulierten. Durch Reduzierung 1990 und Umkehr 1991/92 der Leistungsbilanz standen in Ost- und Westdeutschland bis zu 100 Milliarden D-Mark Güter und Dienste jährlich mehr zur Verfügung als aus der eigenen Produktion bereitgestellt werden konnten.

Auch bei den Investitionen haben wir im Osten und Westen Deutschlands mehr als in den vergangenen 5 Jahren geleistet. Auch hier liegt die Lösung vermehrter Güterbereitstellung in der Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses. Es wäre ja auch nicht sinnvoll gewesen, wenn die alten Länder der Bundesrepublik im Vorfeld der europäischen Integration weniger investieren würden, damit in Ostdeutschland mehr investiert werden kann. Wir stehen doch nachher gemeinsam im Wettbewerb mit den anderen Integrationspartnern. Wenn man insgesamt schneller laufen muß, kann es nicht sinnvoll sein, daß wir im Westen eine Zeitlang stehen bleiben, damit unsere Landsleute im Osten schneller aufholen. Vielmehr müssen wir versuchen, dort die Entwicklung so zu beschleunigen, daß wir auf diese Weise gemeinsam den Anschluß an den europäischen Wettbewerb halten.

Ich möchte abschließend noch einige Pluspunkte in den Rahmenbedingungen der 90-er Jahre anführen, die auch die Probleme aus dem Nachholprozeß in den osteuropäischen Ländern relativieren. Die Staaten der hochentwickelten Welt, insbesondere aber die der EG, haben sich in der Wirtschaftspolitik stärker als vor zehn Jahren der Stabilität der Währung verpflichtet. Zu einem Zeitpunkt, wo in den alten EG-Ländern eine gemeinsame Währung vorbereitet wird, die 1997, 1998 oder 1999 eingeführt werden soll, kommen die Mitgliedsländer nicht umhin, zur Vorbereitung der Währungsunion zu desinflationieren und den Schuldenzuwachs zu vermindern. Ich formuliere das bewußt so; denn einen Schuldenabbau wird es nicht geben. Schulden als solche werden nie zurückgezahlt. Entweder ist der Schuldner gut, dann will der Gläubiger sein Geld nicht oder der Schuldner ist schlecht, dann bekommt der Gläubiger sein Geld nicht. Der Kehrwert der stark anwachsenden privaten Ersparnisse ist die Zunahme der Verschuldung. Das Problem ist die

Verminderung des staatlichen Schuldenzuwachses, die notwendig ist, um eine Desinflationierung zu erreichen.

Hilfreich dafür könnte in den 90er Jahren erstens die Abwesenheit von Ölpreiskrisen sein. Wir sollten nicht vergessen, daß wir sowohl eingangs der 70er wie auch der 80er Jahre in den westlichen Industrieländern zwei Ölpreiskrisen gemeistert haben, die jeweils innerhalb von wenigen Jahren Hunderte von Milliarden Dollar umverteilten. Das war zunächst Entzug von Kaufkraft für Investitionen und Konsum; daraus folgend dann jahrelange Wachstumsverluste. Bei stetigem Wachstum und ohne wirkliche Rezessionen in den 90er Jahren könnten die westlichen Länder stärker helfen, ohne selbst weniger zu haben. Wir geben sozusagen etwas, was bei anderen Rahmenbedingungen gar nicht entstanden wäre, vergleichbar mit der Sonderkonjunktur in Westdeutschland als Folge der Wiedervereinigung.

Zweitens sehe ich ab 1995 eine gewisse Entlastung durch die Abrüstung. Zunächst bewirkt das Abrüsten wegen der Umstrukturierung und Freisetzung ja eher Kostenerhöhungen als Einsparungen, die man anders verteilen kann.

Drittens sehe ich - anders als das seinerzeit bei Spanien und Griechenland der Fall war bei einigen ehemaligen Ostblockstaaten eine rasche Möglichkeit, Ressourcen in Kapital zu transformieren. So geschah das bei den Golfstaaten, die innerhalb kürzester Zeit Infrastrukturen aufgebaut haben, ohne dafür Konsumverzichte leisten zu müssen. Öl, aber auch andere Bodenschätze lassen sich relativ rasch und notfalls ohne eigenes Zutun in Kapital verwandeln. Zumindest in Rußland sollte es ebenfalls möglich sein, reiche Ressourcen in Kapital zu verwandeln, ohne daß in einer Größenordnung gespart werden muß, wie das etwa in China notwendig war, um die notwendigen Ressourcen zu beschaffen. Das erleichtert das Problem; denn man kann die Menschen etwas zufriedener halten in diesem äußerst schwierigen Umstellungsprozeß.

Viertens sehe ich speziell in Rußland die Möglichkeit zu einer schneller als bisher erwarteten Effizienzsteigerung. Es ist ein großer Unterschied, ob man, wie in Afrika, zuerst Bewässerung schaffen muß, um wieder Ernten zu haben, oder, wie in Rußland, eine vorhandene Ernte, die auf den Feldern verrottet, heil in die Scheuern zu bringen. Das heißt, der Aufwand, um überhaupt erst eine Ernte zu ermöglichen, ist ungleich größer, als eine vorhandene Ernte vor der Vernichtung zu bewahren.

Fünftens. Rußland exportiert weiterhin Naturressourcen: Zwar weniger Erdöl, aber fast unverändert Erdgas, während die Importe radikal reduziert worden sind. Gelingt eine höhere Inlandsproduktion - vor allem bei Nahrungsmitteln durch die Preisreform;-, könnte der Rubel stabilisiert und die Kreditfähigkeit zurückgewonnen werden. Ähnlich hat das seinerzeit Rumänien vorexerziert.

Ungeachtet dieser teilweise günstigen Rahmenbedingungen müssen wir uns fragen, wieviel Zeit wir eigentlich für die ökonomischen Veränderungen zur Verfügung haben. Wir wissen nicht, wie lange die Menschen bereit sind abzuwarten, daß sich ihre Situation verbessert.

### **Meyer-Landrut**

Herr Jürgensen hat uns hier ein großes ökonomisches Gemälde präsentiert. Ich selber wäre geneigt, ein wenig Wasser in den Wein am Schluß Ihrer Darlegungen zu gießen, insbesondere, was die Notwendigkeit von Investitionen im Rohstoff bereich in der ehemaligen Sowjetunion anbetrifft. Denn die Rohstoffproduktion ist ja dramatisch zurückgegangen.

### **Jürgensen**

Das ist mir natürlich bekannt. Sie könnten aber jederzeit Auslandskapital bekommen, wenn sie bereit sind, die Löcher zum Bohren freizugeben.

### **Meyer-Landrut**

Das ist wahrscheinlich richtig.

### **Marsh**

Estland hat in meiner Phantasie nach Schuljungenart immer ein wenig die Stelle zwischen Atlantis und Ruritania eingenommen. Es ist mir deshalb eine besondere Freude, aufgrund der Initiative von Herrn Körber hier zu sein und zu erleben, daß Estland lebendig ist und daß es - zumindest an den Tischen, an denen wir sitzen - keine Lebensmittelknappheit gibt.

Worin ich ein besonderes Merkmal für Estlands Rückkehr nach Europa sehe, ist die bevorstehende Währungsreform, die so schnell wie möglich vonstatten gehen müßte, wengleich sich alle darüber im klaren sein sollten, daß eine harte Währung nicht nur Freude, sondern auch Kummer mit sich bringt. Ich denke indes, daß die Währungsreform für Estland die gleichen Wirkungen haben wird, wie sie das für Deutschland im Jahre 1948 hatte.

Ich sehe darin jedenfalls ein positives Signal für die Welt und für dieses multi-polare, vielschichtige Europa, in dem wir leben, wenn die Krone als Währung wiederkommt, die 1940 durch den Rubel ersetzt wurde und dann drei Jahre Teil der Reichsmarkzone war. Nach 52 Jahren wird sie jetzt wieder eingeführt, und zwar zu einem Wechselkurs, der in etwa dem des österreichischen Schillings entspricht. Der Kurs wird eventuell durch Kredite des Internationalen Währungsfonds und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gestützt.

Die Krone wird an die D-Mark gebunden und gedeckt durch das Gold, das die britischen und schwedischen Behörden seinerzeit von Estland konfisziert hatten und das jetzt wieder seinem rechtmäßigen Besitzer zurückerstattet wird. Die Banknoten, habe ich mir sagen lassen, sind in Großbritannien gedruckt worden ein Zeichen dafür, daß Großbritannien auf manchen Gebieten doch noch mithalten kann.

Eine kleine Fußnote: Die Bundesbank ist in dieser Angelegenheit konsultiert worden; sie ist sehr erfreut, daß die estnischen Behörden sich entschlossen haben, die Krone an die D-Mark und nicht an den ECU zu binden. Ich wage anzumerken, daß dieser kleine Punkt in künftigen Erklärungen der Bundesbank diskret dazu benutzt werden wird, wiederum als ein kleines Beispiel für ein unabhängiges Europa zu dienen, in dem wir leben. Dies könnte als ein Zeichen dafür gewertet werden, daß die D-Mark noch für einige Jahre weiterbestehen wird - zumindest aus Sicht der Bundesbank.

### **Kaestner**

Nachdem schon mehrfach aus der Bibel zitiert wurde, möchte ich mich ebenfalls mit einem Bibelwort anschließen: "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein."

Wenn wir aus ökonomischer Sicht fragen: "Wieviel Zeit haben wir noch?", dann geht es dabei auch um die geistige, die psychologische Dimension - nicht zuletzt auch um die Frage der Akzeptanz. Denn die gegenwärtigen Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa haben nur dann eine Chance, wenn sie für die Menschen mit der Aussicht auf baldigen Erfolg verbunden sind und deshalb von ihnen mitgetragen werden.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß die gegenwärtige Misere auch das Ergebnis eines gescheiterten Menschenbildes ist, nämlich des sowjetisch-kommunistischen: Der Mensch, beliebig verpflanzbar, präpariert mit einer Ideologie und daraus abgeleitetem einseitigem Geschichtsbild, bar jeder ethnischen und kulturellen Bindung. Die Frage ist indes, ob wir das neue Europa oder, wenn Sie so wollen, die neue Weltordnung schaffen, indem wir jetzt wieder auf Menschenbilder aus der Zeit vorher zurückgreifen.

Frau Vollmer hat gewissermaßen als Gegenbild das Ideal einer Gesellschaft gezeichnet, deren Bürger politisch verantwortlich, wirtschaftlich vernünftig, sicher auch umweltschonend und unter demokratischer Kontrolle handeln. Daneben klangen aber auch die Gefährdungen an, wenn Herr Lopatin etwa von der Gefahr einer "braunen Entwicklung" sprach. Bosnien-Herzegowina liefert gerade grauenhaften Anschauungsunterricht im Hinblick auf rassistische Reinigungen. Herr Lendvai sprach von kommunistischen Wendehälsen, die jetzt in Nationalismus machen. Und Herr Reiter hob hervor, wie sehr offizielle Politik und Bürgerwille auseinanderfallen können.

Tatsache ist: Die Befreiung vom kommunistischen System geschah in Mittel-, Ost- und Südosteuropa nicht zuletzt unter der Flagge des Nationalismus, der sich gegen politische Bevormundung, wirtschaftliche Ausbeutung, kulturelle Verarmung und auch militärische Dominanz in besetzten Ländern wandte. Die große Frage, die sich in sämtlichen Reformstaaten stellt, ist indes, ob eine Politik der nationalen Eigenständigkeit das richtige Banner ist, um den Weg in die Zukunft zu finden. Wenn das nicht der Fall ist - und ich bezweifle sehr stark, daß dies ausreicht, um mit schwierigen Sachfragen fertig zu werden, die auf der Tagesordnung stehen;- , dann sehe ich eine entscheidende Aufgabe für die neuen Eliten, ein Konzept für die Zukunft aufzuzeigen. Herr Reiter hat zu Recht gesagt, es könne auch nötig sein, Völker vor sich selbst zu schützen.

Im Nachkriegsdeutschland haben wir mit unserer Verfassung gute Erfahrungen gemacht, die ja ein grundlegendes Bekenntnis zu den Grundrechten enthält. Dieser Kernbereich der Verfassung ist selbst gegen die Demokratie geschützt. Das heißt, auch das demokratisch gewählte Parlament kann diese Grundrechte nicht aufheben.

Ein weiterer Eckpfeiler unserer Politik war und ist die Westbindung und europäische Integration der Bundesrepublik, die durch Verträge und Institutionen, aber auch durch eine gewachsene Interessenverflechtung im Grunde unaufhebbar geworden ist. Ich meine, gerade der Weg zur deutschen Einheit hat bewiesen, wie tragfähig dieses Fundament ist.

Staatliche Souveränität im Sinne des 19. Jahrhunderts ist sicher überholt, und wir tun gut daran, nicht auf jene zu hören, die die europäische Entwicklung wieder zurückdrehen möchten in die Zeit des Machtgleichgewichts und der wechselnden Allianzen.

Kurzum: Wenn wir dem optimistischen Menschenbild von Frau Vollmer ein gutes Maß an Pessimismus aufgrund unserer eigenen geschichtlichen Erfahrungen hinzufügen, kann daraus ein tragfähiges Konzept für die Zukunft aller Europäer entstehen, und zwar in dem Dreiklang, den Herr Körber eingangs ansprach: Liebe zur eigenen Heimat, Loyalität zur eigenen Nation und Bekenntnis zu einer europäischen Vision.

## **Below**

Herr Stürmer hat gefragt: Wo liegen die Grenzen Europas? Aus der Sicht Rußlands dürfte es heute schwierig sein, geographische, politische, soziale und ähnliche Grenzen für Europa zu bestimmen. Und es ist sicher richtig, daß es den Völkern auf unserem Kontinent gut tun würde, wenn sie neben einem nationalen auch ein europäisches Selbstbewußtsein entwickelten. Vielleicht sollte man auch weniger von den Völkern als von den Bürgern sprechen, die in verschiedenen Staaten leben.

Auf der anderen Seite ist so etwas wie eine europäische Mentalität schwer greifbar und kaum zu definieren. Es ist offenbar mehr ein Gefühl, wenn man als Europäer die Vereinigten Staaten, die Türkei, Asien oder andere Kontinente besucht, daß einem dann plötzlich bewußt wird, was uns von anderen unterscheidet und warum wir Europäer zusammengehören.

Aus dieser Sicht hat sich Rußland stets als ein Teil Europas verstanden, unabhängig von geographischen Grenzen. Sicher, geographisch endet Europa am Ural, und dahinter beginnt Asien. Aber im asiatischen Teil, in Sibirien, leben die gleichen Russen, die ebenfalls europäische Mentalität besitzen und die sich auch als Europäer verstehen wollen.

Rußland: Siebzig Jahre lang befanden wir uns in einer Sackgasse der Geschichte, abseits der Hauptstraße der europäischen Zivilisation. In den letzten 40 Jahren haben wir die anderen osteuropäischen Völker mit in diese Sackgasse hineingezwungen. Und ich möchte deutlich sagen: Rußland als Nachfolgestaat der Sowjetunion ist für das Schicksal der mittel- und osteuropäischen Völker, einschließlich der baltischen Völker mitverantwortlich. Wir tragen die historische Verantwortung für diese Tragödie, die ihnen wie auch dem russischen Volk -widerfahren ist. Wir bitten die Europäer um Verständnis für die Altlasten, an denen wir zu tragen haben, und wie schwierig für uns der Weg zurück nach Europa ist.

Außenpolitisch gesehen gehen unsere Wege jetzt durch die Ukraine und Weißrußland, die für uns Ausland geworden sind und selbständige Staaten darstellen. Unser Ziel ist es, mit diesen neuen Ländern eigene Modelle der europäischen Zusammenarbeit zu entwickeln, die sich sicher von denen unterscheiden werden, die wir mit Mittel- und Osteuropa und schließlich mit Westeuropa anstreben, die aber alle das Ziel haben, uns nach Europa zu führen und an der europäischen Identität teilhaben zu lassen.

Was konkrete Projekte in dieser Hinsicht angeht, stimme ich Herrn Krenzler und anderen zu, daß dem Ausbau der europäischen Verkehrs- und Kommunikationsnetze hohe Priorität zukommt, wenn es um ein gemeinsames Europa geht. Ich stelle immer wieder fest - auch am Rande dieser Tagung;- , wie wenig wir eigentlich voneinander wissen und wie sehr wir immer noch propagandistischen Feindbildern aufsitzen, die uns in der Vergangenheit oktroyiert wurden.

Ein besonderes Thema für Rußland sind die Transportwege. Die Spurbreite unserer Eisenbahnen beträgt 1524 mm, sie ist damit einige Dutzend Millimeter breiter als die europäischen Gleise. Das war Anfang dieses Jahrhunderts eine militärisch begründete Entscheidung. Man wollte auf diese Weise verhindern, daß feindliche Panzerzüge direkt nach Rußland rollen konnten. Dies stellt heute jedoch ein ernsthaftes Hindernis für unsere Verkehrsanbindung zum Westen dar.

Wie sehr Rußland zu Europa gehört, zeigt sich beispielsweise an der europäischen Energiecharta, die unter der Verantwortung des holländischen Ministerpräsidenten Lubbers ausgearbeitet wurde. Danach zählt ein Teil von Sibirien auf jeden Fall zu Europa, wenngleich Sachalin oder Wladiwostok weit mehr Asien als Europa angehören. Des weiteren sehe ich, daß sich Rußland verschiedenen anderen europäischen Programmen anschließt, die in der Entwicklung sind. Ich denke etwa an PHARE.

Kulturelle und politische Zusammenarbeit geschieht über den Europarat, dessen Mitglied wir geworden sind.

Noch ein paar Worte über die Europäische Gemeinschaft. Nach den Vereinbarungen von Maastricht ist klar - bei allen Modifizierungen und teilweise Sonderwegen einzelner Länder;- daß Europa das gesteckte Ziel, die politische, wirtschaftliche und Währungsunion, erreichen wird. Die EFTA-Länder bewegen sich auf dieses gemeinsame Europa zu, und mit anderer Geschwindigkeit kommen Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei nach Europa. Ich nehme an, daß Jacques-Delors das gemeint hat, als er von den konzentrischen Kreisen sprach. Zweifellos können einige Länder bei der größeren Geschwindigkeit noch nicht mithalten; wichtig ist aber, daß sie sich in die richtige Richtung bewegen. Das gilt besonders für Rußland und die europäischen GUS-Staaten, die am langsamsten vorankommen werden. Sich er trifft das auch für die baltischen Staaten zu.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang eine Idee ansprechen, wie die baltischen Länder mit Rußland zusammen nach Europa kommen könnten. Ich meine die Möglichkeit, in Kaliningrad/Königsberg, das ja zu Rußland gehört, ein freies Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Die russische Regierung hat gerade ihre Bereitschaft dazu bekundet und einige gute Anregungen gegeben und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Vielleicht könnte diese Region in Zukunft zu einer Art europäischen Hongkongs werden. Durch entsprechende weitgehende gesetzliche Regelungen könnten Anreize für ausländisches Investitionskapital geschaffen werden - nicht nur für das nostalgische deutsche Kapital, sondern auch andere Länder könnten dafür interessiert werden. Ich komme gerade von einer internationalen Konferenz in Königsberg und habe in diesem Gebiet die riesigen Militärbasen gesehen, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges gesperrt waren. Hier tun sich Möglichkeiten der Konversion auf, zumal dort eine Vielzahl hochqualifizierter russischer Offiziere aus Ostdeutschland, Litauen und Polen angesiedelt wurden, die jetzt teilweise aus der Armee entlassen werden und als Techniker gute Arbeit leisten könnten.

Königsberg könnte also, auch aufgrund entstehender Verkehrsmöglichkeiten - eine Autobahn Berlin-Königsberg wird mit Hilfe von Polen und Schweden bereits gebaut zu einem Kommunikations- und Gravitationszentrum für die ganze Region werden und Kapital auch für Litauen, Lettland und Estland oder Polen anziehen. Ich meine, die baltischen Völker sollten keine Befürchtung hegen, wenn in Königsberg ein hochentwickelter Wirtschaftsraum entsteht - übrigens auch mit Hilfe von Rußlanddeutschen, die aber nicht als Deutsche, sondern als Bürger Rußlands dorthin kommen und eine Form europäischer Zusammenarbeit praktizieren.

Vielleicht könnte aus einem solchen Gravitationsfeld eine Art hansische Region wiedererstehen, wie sie einst dort geblüht hat. Auch wenn Königsberg weiterhin zu Rußland gehört, wird es faktisch Teil eines künftigen Europas sein, in dem auch die Staatsangehörigkeit nur noch eine untergeordnete Rolle spielen wird. Ich würde mir jedenfalls wünschen, daß, wenn ich nach Deutschland, nach Polen, nach Königsberg und in die baltischen Staaten als Gast komme, ich dort nicht als Ausländer empfunden werde, sondern das Recht habe zu sagen: Ich bin ein Europäer.

### **Marsh**

Ich möchte Herrn Schmidbauer drei Fragen stellen.

Erstens: Wenn Sie die Delorssche Idee einer gesamteuropäischen Konferenz befürworten, warum werden dann nicht Vertreter der Tschechoslowakei, Ungarns, Polens zu der bevorstehenden Gipfelkonferenz Ende Juni nach Lissabon eingeladen, sozusagen als Geste, daß man es mit den Beitrittsgesuchen dieser Länder ernst meint?

Zweitens frage ich im Hinblick auf den scheinbaren oder tatsächlichen Gegensatz von Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft: Wird man in den kommenden Jahren nicht doch die Erweiterung vorrangig betreiben müssen - ich denke etwa an den Beitritt der EFTA-Länder bis 1996;-, bevor eine Vertiefung stattfinden kann?

Drittens: Wenn eines Tages eine einheitliche europäische Währung kommen sollte, wird diese dann ECU, D-Mark oder Pfund heißen?

### **Schmidbauer**

Herr Krenzler hat auf die Leistungen der westlichen Industriestaaten gegenüber der GUS mit über 50 Milliarden US-Dollar hingewiesen, wobei allein aus dem Bereich der G 24 zwischen 30 und 35 Milliarden kommen. Dem gegenüber erwähne ich nur die Transferleistungen der Bundesrepublik Deutschland in die neuen Bundesländer von 140 Milliarden D-Mark im Jahr. Daran wird deutlich, welche ungeheuren Leistungen von uns erwartet werden, die durch multilaterale Hilfe über einen



beträchtlichen Zeitraum aufzubringen sind. Damit ist in besonderer Weise eine Stabilitätspolitik gefordert, die die Verschuldung in Grenzen hält und die inflationären Tendenzen eindämmt. Das heißt, die Frage der Finanzierbarkeit bestimmt ganz wesentlich den politischen Rahmen und sollte die Euphorie dämpfen, die mitunter die Diskussion um die finanziellen Hilfen für unsere östlichen Nachbarn bestimmt.

David Marsh fragt nach Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Ich meine, wir können beide Prozesse nicht mit der gleichen Intensität ablaufen lassen. Vertiefung bedeutet ja, daß alle Mitglieder auf bestimmte Standards angehoben werden müssen; ich denke etwa an den Strukturfonds und ähnliche Instrumente. Da kämen Belastungen auf uns zu, die die Hauptzahler in dieser Gemeinschaft sicher überfordern würden. Deshalb braucht es für diesen Prozeß eines größeren Zeitrahmens.

Das ist auch aus nationalen, innenpolitischen Gründen zu empfehlen. Denn bei den ungeheuer komplexen Zusammenhängen ist es außerordentlich schwer, dem Bürger die eigene Politik verständlich zu machen, was aber unumgänglich ist, um die notwendige Akzeptanz zu erreichen. Nationalistische Tendenzen lassen sich eben viel leichter verkaufen. Deshalb greift überall in Europa der Populismus um sich, um mit primitiven Losungen Wählerstimmen einzufangen. Das erleben wir jetzt überall in Europa, nicht nur in der Bundesrepublik und in Großbritannien, sondern vor allem auch in Frankreich oder in Italien. Mit "Deutschland den Deutschen", "Das Boot ist voll" und ähnlichen Sprüchen werden leichter Stimmen gewonnen als mit der Darstellung der Vorzüge, die eine Europäische Union für alle bieten kann. Die in diesem Prozeß liegenden Chancen werden nicht gesehen, da mögen wir noch so positive Analysen abgeben.

Es ist ja bezeichnend, Herr Krenzler hat das ebenfalls betont, daß wir die Attraktivität der Europäischen Union damit zu beweisen suchen, daß so viele Länder in diese Europäische Gemeinschaft drängen. Warum will denn die Schweiz unbedingt beitreten? Es gelingt uns offenbar nicht, die Attraktivität der Gemeinschaft aus sich selbst heraus zu begründen. Statt dessen behelfen wir uns mit Argumentationen wie der Beitrittswilligkeit vieler Länder.

Ich meine in der Tat, daß die Europäische Gemeinschaft etwa durch den Beitritt der nordischen Länder, Finnlands, Schwedens oder Österreichs und der Schweiz außerordentlich bereichert und in ihrem föderativen Aufbau gestärkt wird. Diese Länder brauchen wir nicht erst über Strukturfonds an das Gemeinschaftsniveau heranzuführen; denn sie sind zum Teil wesentlich weiter entwickelt als einige der zwölf Mitgliedsstaaten.

Problematisch wird es dann allerdings bei den konzentrischen Kreisen, wie wir dies in eine Ordnung einfügen und die Institutionen entsprechend aufbauen. Ich bin sicher schon allein unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit;-, daß vordem Jahre 2000 keine weiteren Beitritte möglich sind, die den Bedingungen von Maastricht entsprechen. Dies würde an der Realität vorbeigehen, wenn wir das Ziel einer politischen Union nicht aus dem Auge verlieren wollen. Das enthebt uns nicht der Notwendigkeit, gleichzeitig einen Prozeß einzuleiten, der diesen zweiten Kreis von beitragswilligen Ländern an die Gemeinschaft heranführt und die Übergänge bis zur Vollmitgliedschaft erleichtern hilft. Die Beitrittsverhandlungen werden zeigen, daß sich schon dies bei dem einen oder anderen Land relativ schwierig gestalten wird.

Auf der anderen Seite können politische Gegebenheiten den einen oder anderen Partner vor die Frage stellen, inwieweit er diesen Prozeß eigentlich mitmachen kann. Ich sehe zumindest bei den Ratifikationsverfahren einige Hürden auf uns zukommen und wage den Ausgang von bestimmten Volksbefragungen nicht mit Sicherheit vorherzusagen. Das hängt auch mit dem vorerwähnten Populismus zusammen und den Schwierigkeiten einer materiellen Bilanzierung.

Dafür ist der Prozeß der deutschen Einheit ein gutes Beispiel. Und hier sage ich auch ein Wort zu den wissenschaftlichen Analysen, die uns Politikern an die Hand gegeben wurden. Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde das volkswirtschaftliche Vermögen der ehemaligen DDR auf 1,4 Billionen Ostmark beziffert. Sie wissen selbst, was von dieser Schätzung übriggeblieben ist: ein Minuswert, also kein Vermögen, sondern nur Lasten. Das hat unsere Finanzierungsstrategie natürlich völlig über den Haufen geworfen. Lesen Sie einmal nach, was uns vor drei, vier Jahren von Ökonomen so alles dargelegt wurde. Es wäre für uns vieles leichter, wenn dieses volkswirtschaftliche Vermögen tatsächlich vorhanden wäre und wir jetzt nicht den abrupten Wechsel leisten müßten, für den es, wie Herr Jürgensen sagte, überhaupt kein Modell gibt. Es ist klar, daß das zu vielen Verunsicherungen führen muß.

Herr Marsh fragte dann nach der europäischen Währung. Ich will Ihnen sagen: Der Name ist mir im Grunde völlig gleichgültig; das kann der europäische Gulden oder der europäische Franken sein -

sicher nicht ECU. Entscheidend ist aus meiner Sicht, daß wir eine unabhängige Europäische Zentralbank bekommen, die für Stabilität dieser europäischen Währung Sorge trägt.

Schließlich die Frage nach einer gesamteuropäischen Konferenz. Ich habe schon gesagt, daß viele Dinge parallel anlaufen müssen, wobei die verschiedenen Institutionen KSZE und andere Gremien - alle eine Rolle spielen. Gerade auch der Beitrag von Herrn Below über die Kooperation der Ostsee-Anrainerstaaten in der Region Königsberg ist ein wichtiges Thema, wo wir wirksam werden können, ohne zuvor all die komplexen Fragen zu lösen, die mit dem Beitritt zur EG zusammenhängen. Hier sind vielfältige Modelle der bilateralen und multilateralen Kooperation gefragt.

## **Elbe**

Was die künftige Architektur Europas angeht, halte ich den Regionalismus im Sinne eines Zusammenwachsens in grenzüberschreitenden Regionen für ein ganz wichtiges Element, weil damit eine Zusammenarbeit gefordert wird, die geographische Nachbarschaften nutzen und an frühere Vernetzungen anknüpfen kann. Es liegt auf der Hand, daß aus der regionalen Zusammenarbeit eine wechselseitige Abhängigkeit erwächst. Was aber viel wichtiger ist: Aus dem Sachzwang zur Zusammenarbeit kann auch ein Abbau von Konflikten erfolgen. Das heißt, der Regionalismus kann auch zu einer Komponente der Sicherheit werden und nationale wie ethnische Konflikte überwinden helfen.

Bezogen auf die baltische Region ist die Kooperation der Ostsee-Anrainerstaaten sicher ein guter Einstieg, weil man hier an alte Beziehungen anknüpfen und frühere Identitäten neu begründen kann. Königsberg, das Herr Below erwähnte, wäre zweifellos ein sehr geeignetes Projekt, dessen Entwicklung Gegenstand regionaler Zusammenarbeit werden könnte.

Herr Krenzler ist dann ausführlicher auf die transnationalen Infrastrukturen eingegangen. Entwicklung ohne leistungsfähige Infrastrukturen ist heute nicht mehr möglich, und Investitionen scheitern zum Teil an fehlenden Telekommunikationsmöglichkeiten. Aus diesem Grund ist der Aufbau eines gesamteuropäischen Infrastrukturnetzes erforderlich, das zumindest die Bereiche Telekommunikation, Energie und Verkehr umfaßt.

Was die Energie angeht, nur ein Beispiel: Sollten in Nordrhein-Westfalen einmal die Elektrizitätswerke ausfallen, würde das kaum jemand bemerken, weil wir aufgrund des vorhandenen Verbundsystems unseren Strom dann eben woandersher; beziehen, während beispielsweise in der Tschechoslowakei die Lichter ausgehen, wenn ein Kernkraftwerk in der Ukraine ausfällt. Der Bau einer Autobahntrasse, die Lübeck mit St. Petersburg verknüpft, würde zweifellos wesentlich zur Entwicklung der Ostseeregionen beitragen; man sollte also mit einem solchen Projekt nicht in Königsberg enden.

Schließlich noch ein Wort zum europäischen Föderalismus. Sicher müssen wir darauf hinwirken, den Bürgern die Angst vor einer hypertrophen Verwaltung Europas zu nehmen. Was wir für das zukünftige Europa brauchen, ist fraglos eine vertikale Gewaltenteilung - neben der horizontalen in Judikative, Legislative und Exekutive - mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und auch politischen Verantwortungen auf verschiedenen Ebenen, nämlich von der kommunalen Selbstverwaltung über die Regionen, dann die nationale Ebene, bis hin zu einer multilateralen europäischen Ebene.

## **Väyrynen**

Hier war verschiedentlich die Rede von einem "Kerneuropa". Das ist insofern interessant, als man von einem Kern nicht ohne eine Peripherie sprechen kann. Insofern möchte ich einige Beobachtungen über die Zentren und Peripherien in Europa und die wechselseitige Dynamik zwischen diesen zwei Kategorien von Nationen beisteuern.

Ökonomisch gesehen können wir zwischen der Verteilung wirtschaftlicher Macht und wirtschaftlicher Effizienz unterscheiden. Was die Verteilung der wirtschaftlichen Macht angeht, so gibt es natürlich ein Zentrum in Europa, das ist die Europäische Gemeinschaft, in welcher Deutschland eine Schlüsselrolle spielt. Doch hinsichtlich der wirtschaftlichen Effizienz gilt das nicht mehr so selbstverständlich. Für eine gewisse Zeit war die wirtschaftliche Effizienz der EFTA-Länder tatsächlich größer als die der EG-Länder, etwa hinsichtlich Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsniveau und anderem mehr.

Das hat sich jetzt wieder in einem gewissen Maße geändert. Die OECD verzeichnete im letzten Jahr einen Rückgang des Bruttosozialprodukts in acht Mitgliedsländern, die sich fast genau in zwei Kategorien teilten, nämlich fünf angelsächsische Länder: Neuseeland, Australien, Kanada, die USA und Großbritannien, und drei neutrale europäische Länder: Schweden, Schweiz und Finnland. Außer Großbritannien befand sich keines der EG-Länder in der Rezessions-Liga, wenn ich so sagen darf. Mit

anderen Worten: Die wirtschaftliche Effizienz der EG hat sich gegenüber den EFTA-Ländern verbessert.

Ohne jetzt weiter auf die ökonomische Analyse einzugehen, möchte ich nur noch auf einen Tatbestand hinweisen, der geradezu auf der Hand liegt. Die solide wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der europäischen Kernländer innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, vor allem in Deutschland, ist entscheidend für den strategischen Wettbewerb mit anderen Zentren der Weltwirtschaft, wie vor allem mit Japan und Nordamerika. Ich halte es für undenkbar, daß die wirtschaftlichen Probleme, mit denen sich die Länder der europäischen Peripherie herumschlagen, gelöst werden können, ohne eine solide Wirtschaftskraft Kerneuropas - und das ist Westeuropa. Dies mag selbstverständlich sein, aber ich wollte es noch einmal unterstreichen.

Auf militärischem Gebiet zeigt sich die Kern-Peripherie-Problematik ganz anders. Zweifellos bleiben die USA ein militärischer Kern, und Rußland wird mit seinem Arsenal an Atomwaffen und konventionellen Streitkräften eine ähnliche Rolle spielen. Doch habe ich den Eindruck, daß die beiden traditionellen Großmächte in gewisser Weise kaum brauchbare militärische Instrumente im Hinblick auf die neue politische Lage zur Verfügung haben. Im gewissen Sinne findet eine Rückkehr zur Politik der massiven Vergeltung der 50er Jahre statt. Die Situation und die Erfordernisse in Europa bezüglich der militärischen Macht sehen völlig anders aus. Wie wir an der Entwicklung der NATO gesehen haben, besteht die Tendenz zu flexibleren und mobileren militärischen Einsatzmöglichkeiten. Mit anderen Worten: Die Entwicklung geht hin zu einer flexibleren militärischen Strategie.

Ich möchte auch hier nicht weiter ins Detail gehen, sondern in diesem Zusammenhang nur eine Bemerkung machen, die das Verhältnis von NATO und KSZE betrifft im Hinblick auf friedenserhaltende Einsätze bei europäischen Konflikten. Vermutlich wird in der kommenden Woche eine Entscheidung beim NATO-Treffen der Verteidigungsministerin Oslo getroffen, die die NATO-Logistik und andere Einsätze im Rahmen friedenserhaltender Aufgaben der KSZE angeht.

Ich bin indes der Meinung, die KSZE sollte in dieser Hinsicht nicht zu sehr von der NATO abhängig werden. Es gibt zweifellos einen Spielraum für Koordination und Zusammenarbeit. Wichtig scheint mir, daß auch andere Organisationen, wie zum Beispiel die WEU und einzelne europäische Länder, zu den multinationalen Streitkräften beitragen könnten. Das könnte für Krisenmanagement und friedenserhaltende Maßnahmen vor allem in Zonen der Instabilität in Europa, etwa in der Peripherie Europas, nötig sein.

Selbst wenn das Angebot der NATO gemacht und akzeptiert werden sollte, bleiben noch andere Fragen offen. So besteht ein Bedarf, für europäische Verhältnisse einen Entscheidungsmechanismus zu entwickeln, wie die friedenserhaltenden Streitkräfte rekrutiert werden sollten und wie über ihren Einsatz zu entscheiden wäre.

Natürlich gibt es dann noch das Problem der Finanzierung, das sich bislang in den Vereinten Nationen als unlösbar erwiesen hat. Es ist im europäischen Kontext überraschenderweise wenig diskutiert worden, wie die multinationalen friedenserhaltenden Streitkräfte finanziert werden sollen.

Noch ein Wort zum kulturellen Kern. Dabei zögere ich etwas, weil ich nicht ganz sicher bin, ob man im Falle Europas wirklich von einem kulturellen Kern sprechen kann. Es gibt offenkundig Einheit in der Vielfalt. Aber noch ist Europa so heterogen, daß es mißverständlich wäre, von einer Art kultureller Einheit im Sinne eines kulturellen europäischen Kerns zu sprechen.

Die kulturelle Identität Europas sieht sich zwei kritischen Prüfungen ausgesetzt. Das eine ist die möglicherweise ständig wachsende Bedrohung der Demokratie in Europa. In diesem Zusammenhang stellt sich für mich die Frage, ob die vermeintliche kulturelle Identität das Aufkommen undemokratischer Kräfte einzudämmen vermag. Mit anderen Worten: Sind die demokratischen Grundlagen der europäischen Kultur stark genug, um das Entstehen eines extremen Nationalismus und undemokratischer Kräfte bremsen zu können?

Der zweite kritische Maßstab wird sein, wie sich die europäische Kultur und Identität gegenüber anderen Kulturen verhält. Dabei denke ich natürlich insbesondere an das Verhältnis von Christentum und Islam.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Motive einiger EFTA-Länder eingehen, einen Aufnahmeantrag an die EG zu stellen. Gewiß gab es wirtschaftliche Argumente und Motive, etwa die Stabilisierung ihrer Währungen durch das Europäische Währungssystem. Es gab auch einige Sicherheitsüberlegungen im Zusammenhang mit einer möglichen Instabilität in Rußland und auch in den GUS-Staaten.

Aber es gab vor allem zwei andere wichtige Gründe, die dafür sprachen. Zumindest auf finnischer Seite hat die EG-Mitgliedschaft den Aspekt, eine Marginalisierung im künftigen Europa zu vermeiden.

Verzeihen Sie, wenn ich das in diesem Land so offen sage: Finnland wollte vor allem nicht zu einem weiteren baltischen Land werden.

Auch dies hat mit der Unterscheidung Kern/Peripherie zu tun. Schweden beispielsweise charakterisiert bekanntlich die eigene Außenpolitik offiziell mit europäischer Identität, verbunden mit jener kulturellen Anziehungskraft europäischer Werte, selbst wenn so etwas wie ein kultureller Kern in Europa nicht existiert.

Abschließend möchte ich sagen, daß die Frage der EG-Mitgliedschaft in den EFTA-Ländern - dabei könnte man verallgemeinernd auch die ost- und mitteleuropäischen Staaten wie die baltischen Länder einschließen - nicht nur ein wirtschaftliches, politisches und Sicherheitsproblem ist, sondern es handelt sich hier um tiefgehende Gemeinsamkeiten der europäischen Kultur und des Standorts einzelner Länder und Nationen in ganz Europa.

### **Stürmer**

Ich komme zurück auf die Referate von Herrn Schmidbauer und Herrn Krenzler und stelle die Frage nach der politischen Führung in Europa, die gegenwärtig durch EG-Präsident Jacques Delors, weit über sein Mandat hinaus, ausgeübt wird. Wir Deutschen sollten ihm dafür dankbar sein, weil uns das bei der Wiedervereinigung geholfen hat. Denn als Franzose, der in Frankreich großes Vertrauen genießt, hat er sich zugleich immer um ein gutes Verhältnis zu Bonn bemüht. Dennoch ist er seiner Stellung nach kein gewählter politischer Führer, sondern übt im Grunde die Funktion eines leitenden politischen Beamten aus.

Nun steht die EG, wie wir gehört haben, nicht nur vor einer enormen Erweiterung - Herr Krenzler nannte die Zahl von 24 beitrittswilligen Ländern; -, sondern der Gemeinschaft kommt in dieser welthistorischen Krisensituation eine Weltverantwortung zu, die ihr gemeinsam mit den USA und Japan auferlegt wird. Wenn diese erweiterte EG darüber hinaus die Politische Union und eine gemeinsame Sicherheitspolitik anstrebt, dann setzt das in jedem Falle politische Handlungsfähigkeit voraus, die wiederum die Frage nach der Führungsfähigkeit stellt.

Um diese Konsequenz drückt man sich bisher herum. Man spricht von einer "defence identity", auf die man wohl schwerlich einen Eid leisten können. Mit anderen Worten: Was wir brauchen, ist eine erkennbare politische Persönlichkeit, eine Institution mithin, mit der sich die Wähler identifizieren können. So etwas -vergleichbar etwa dem französischen Präsidenten - fehlt zur Zeit noch in Europa. Woran sollen sich die Menschen orientieren, wenn es um Europa geht? Das ist besonders in Krisenzeiten eine entscheidende Frage.

Herr Krenzler hat zu Recht die Währungs- und die Verteidigungsfragen hervorgehoben, die uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen werden. In beiden Bereichen geht es nicht zuletzt um politische Führung und Verantwortung. Da reicht es nicht aus zu meinen, es bedürfe nur einer Europäischen Zentralbank nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank, und alles gehe seinen Gang. Das ist eine Buchstabengläubigkeit, die mit der politischen Realität, so wie sie zwischen 12,19 oder 22 Nationen stattfindet, wenig gemein hat. Denken Sie nur daran, welchen Angriffen sich die deutsche Politik insgesamt ausgesetzt sah, als die Deutsche Bundesbank den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt heraufsetzte. Derartige Entscheidungen haben immer direkte europäische Wirkungen.

Deshalb muß in Zukunft die Führungsfrage in Europa anders als bisher geregelt werden. Wenn das nicht geschieht, wird die europäische Politik keine Zustimmung in den Bevölkerungen finden. Dafür bedarf es indes noch entschiedener konzeptioneller Vorarbeiten, sowohl seitens der politischen Planungsstäbe als auch von der Wissenschaft.

Für all diese Aufgaben haben wir aber nicht sehr viel Zeit; sicherlich nicht bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Was alles hat allein in den vergangenen drei Jahren an dramatischen Veränderungen stattgefunden! Wer will sagen, was uns in den kommenden drei Jahren bevorsteht?

Die Frage nach der politischen Führungsfähigkeit ist also keine technokratische Frage, sondern betrifft im Kern die Funktions- und Gestaltungsmöglichkeiten politischer Gemeinwesen. Aber gegenwärtig haben die meisten Staaten in Westeuropa - Italien, Frankreich, Deutschland - erhebliche Probleme mit sich selbst, insbesondere was das mangelnde Vertrauen der Bürger in die politischen Parteien angeht.

### **Blech**

Herr Jürgensen hat von der Schwierigkeit und Konzeptionslosigkeit gesprochen, eine sozialistische Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft zu überführen. Dabei geht es ja nicht um die unterschiedlichen

Modellvorstellungen von Plan- und Marktwirtschaft, sondern um die konkreten Gegebenheiten in dem betreffenden Land. Die Planwirtschaft in Rußland als Teil der ehemaligen Sowjetunion war, wie Herr Lopatin zu Recht ausgeführt hat, durch die Dominanz des militärisch-industriellen Komplexes charakterisiert. Daß jede Änderung dieses Komplexes erhebliche politische und psychologische Gefahren birgt, ist sicher richtig. Das ist nicht nur eine Frage des guten Willens von ein paar Generalen, gewissermaßen der Selbstauflösung des Komplexes zuzustimmen, sondern da geht es um die Veränderung einer ganzen sozialen Landschaft.

Herr Lopatin nannte die Zahl von 20 Millionen Menschen, die mit dem militärisch-industriellen Komplex direkt oder indirekt zu tun haben. Es gibt sogar noch höhere Schätzungen, je nach den Kriterien, die man dafür anlegt. Allein viereinhalb Millionen Arbeitskräfte unterstanden direkt dem Verteidigungsministerium; 60 Prozent der gesamten sowjetischen Elektroindustrie waren militärisch ausgerichtet. Diese Zahlen sagen indes noch nichts über die ihnen zugrundeliegenden Wirtschafts- und Sozialstrukturen aus, die für uns schwer faßbar sind. Da gibt es ganze Städte, die nahezu ausschließlich von der Rüstungsindustrie abhängen. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür ist die Udmurtische Autonome Republik, deren Industrie fast nur der Rüstung dient -eine ganze Republik! Es ist sicher völlig illusorisch zu glauben, mit solchen strukturellen Problemen könne der Markt fertig werden, wenn nur die makroökonomischen Bedingungen stimmten. Ein Vizepräsident der Weltbank hat kürzlich gemeint, im Grunde müsse man die gesamte russische Industrie sozusagen auf der grünen Wiese völlig neu aufbauen und das Alte total verschrotten. Sicher kein ernstgemeinter Lösungsvorschlag, aber als Gedankenspiel eine eindrucksvolle Illustration des Problems.

Wir reden immer wieder von Konversion und haben ja auch jahrelang die naive Vorstellung geteilt, es müsse einem nur das Richtige einfallen, was man statt der Rüstungsgüter in den bisherigen Rüstungswerken produzieren könne. Aber so viele Kühlschränke oder Lastwagen würden überhaupt nicht benötigt, wie theoretisch in diesen Betrieben hergestellt werden könnten. Dabei darf man auch nicht die enormen Investitionen vergessen, die notwendig wären, diese Industrien umzubauen. Und man darf nicht vergessen, was an Investitionen verloren gehen könnte. Wir müssen es ernst nehmen, daß Rußland das Know-how und die Ausrüstungen, die bisher unglücklicherweise so gut wie ausschließlich dem militärischen Bereich auf Kosten des Volkswohlstandes zugute kamen, nicht einfach verlieren will, sondern nach Wegen sucht, sich dieses Potential zu erhalten und es in den Dienst der allgemein wirtschaftlichen Entwicklung zu stellen. Aber wie, wenn es wirtschaftlich sinnvoll und sozial verkraftbar sein soll? Stellen Sie sich vor, was es bedeutet, eine Kanonenfabrik zu diversifizieren, an der eine Stadt mit 60.000 Einwohnern hängt. Rußland versucht jetzt, seine Waffen zu verkaufen, um die Fabriken nicht von heute auf morgen stilllegen zu müssen. Denn eine Stadt mit 60.000 Einwohnern kann nicht einfach geschlossen in die Arbeitslosigkeit gehen - und wer soll die sozialen Kosten tragen, die damit verbunden wären?

Ich kann hier nur das Problem aufzeigen, ohne eine Lösung parat zu haben. Für ein Problem dieser Größenordnung gibt es auch keine Präzedenzfälle. Alle Erfahrungen mit Privatisierung, die wir aus der DDR einbringen können, sind nur beschränkt auf Rußland übertragbar und versagen angesichts der dortigen Größenordnungen. Das ist, wie gesagt, auch nicht eine Frage des guten Willens der Generale oder der Kombinatleiter, ungeachtet der Machtpositionen, die dabei natürlich auch eine Rolle spielen.

Eines scheint mir jedenfalls klar zu sein: die 24 Milliarden an westlicher makroökonomischer Rahmenhilfe werden unter diesen Vorzeichen kaum ausreichen, die Wirtschaft Rußlands zu stabilisieren.

Diese Konstellation birgt zweifellos eine ungeheure politische Gefahr. Wenn es nicht gelingt, dieses Problem unter Kontrolle zu bekommen, werden soziale Verwerfungen die Folge sein, die dann nicht nur sehr viel Geld, sondern auch Blut kosten könnten. Das ist jederzeit möglich. Bei einem wirklich radikalen Sparkurs der Regierung gehen die Prognosen dahin, daß bis zum Ende 1992 mit bis zu 15 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden muß. Und das in einem Lande, das über kein ausgereiftes System der Arbeitslosenunterstützung verfügt. Denn Arbeitslose waren bisher ja unbekannt, weil die Betriebe alle eingestellt und bezahlt haben, auch wenn es für sie keine Beschäftigung gab - was im übrigen auch noch die Arbeitsmoral verdorben hat, worunter das Land ebenfalls leidet.

Dazu kommen die psychologischen Hemmnisse als Folge der jahrzehntelangen Abschließung. Man möchte fremdes Kapital ins Land holen, und wenn es dann tatsächlich kommt - verständlicherweise herzlich wenig angesichts der gegenwärtigen Umstände;- , wird sofort Überfremdung und Ausverkauf beklagt, was schlichtweg auch mit der Unkenntnis ökonomischer Zusammenhänge zu tun hat. Man weiß nicht, was internationale wirtschaftliche Verflechtung bedeutet und wie weit man um der eigenen Interessen willen dabei gehen kann ja muß, ohne gleich das eigene Land und die eigene Seele zu

verkaufen. Dabei sind viele der russischen Manager durchaus fähige Leute, die bei entsprechender Neuorientierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einiges Positive bewirken könnten.

Herr Below meinte im Zusammenhang mit seinem Vorschlag, Königsberg zu einer modernen europäischen Wirtschaftsregion aufzubauen, dafür könne man auch technisch qualifizierte ehemalige Offiziere der Roten Armee einsetzen. Ich bin da ein wenig skeptisch. Es gibt ein historisches Beispiel in dieser Hinsicht. Der japanische Reform-Kaiser in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts zwang seine Samurais (seine Nomenklatur) zu arbeiten, statt zu kämpfen. Das führte zu einem regelrechten Bürgerkrieg in Japan - ohne daß ich den Vergleich mit der jetzigen Situation in Rußland überstrapaziere. Es zeigt nur, wie schwierig soziale Prozesse sind. Da stehen uns zweifellos noch schwerwiegende Konvulsionen bevor.

Noch ein kleines Beispiel für die Weltferne ja Weltfremdheit im russischen Denken. Ich wurde vor kurzem von zwei bedeutenden Vertretern der russischen Wirtschaft, der eine aus dem staatlichen, der andere aus dem privaten Sektor, gefragt, ob es für sie möglich sei, bei uns im Westen zu investieren. Ich war gelinde gesagt etwas verblüfft. Ja, hieß es, wir würden uns gern an bestimmten Firmen in der ehemaligen DDR beteiligen, die auch für uns liefern. Nun gut, ich sagte, mir seien keine rechtlichen Vorbehalte bekannt, weshalb, sagen wir, ein Venezolaner bei uns investieren darf, ein Russe aber nicht. Was mich indes interessierte, war, woher denn das Geld für die Investitionen kommen sollte. Darauf die Antwort: Darüber solle ich mir keine Sorge machen; da könne man auf die schätzungsweise 20 Milliarden US-Dollar zurückgreifen, die vorwiegend in Europa liegen und von denen niemand genau weiß, wem sie eigentlich gehören. Diese Gelder sind offenbar verfügbar. Es hieß, man wolle sie lieber in der ehemaligen DDR einsetzen als im eigenen Lande.

Ich bin prinzipiell gar nicht dagegen. Denn dadurch würde die wirtschaftliche Verflechtung intensiviert, was ich durchaus positiv sehe. Aber es ist mit Sicherheit der falsche Weg, wenn die Russen jetzt bei uns investieren, während in ihrem eigenen Lande gar nichts läuft.

Abschließend eine kleine Bemerkung zur Frage der Rubelstabilisierung, die Herr Jürgensen angesprochen hat. Vor einigen Wochen stellt sich in Moskau plötzlich heraus, daß der Rubel zunehmend stärker wurde. Der Grund dafürsteht in keinem Lehrbuch: Es hatte nicht etwa eine plötzliche Gesundung der Wirtschaft stattgefunden, sondern die Rubel waren knapp geworden, weil das Papier fehlte, neue zu drucken.

## **Vulfsons**

Die Kontrapunkte dieser Diskussion: Integration oder nationale Eigenständigkeit sind von großer Aktualität in Lettland. Historisch gesehen ist dies zweifellos ein allergisches Thema, weil es mit den Erinnerungen an eine 50-jährige gewaltsame Integration in das Sowjetimperium verbunden ist. Dabei vergessen viele bei uns, daß die Gorbatschow-Ära zu Beginn, als es um Glasnost und Perestroika ging, zwar die gleiche Hebamme für Rußland und Lettland war, doch wie verschieden sind die Kinder.

Die lettländische nationaldemokratische Volksfront stellte sich als oberstes Ziel die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands. In Rußland dagegen ging es primär um die Liquidierung des alten kommunistischen Regimes. Auch das hat einen hohen Preis gefordert, nämlich das Ende der Sowjetunion. Während in Lettland die Unabhängigkeit in hartem Ringen erkämpft wurde, fiel in Rußland die reife Frucht durch das Fiasko eines operettenartigen Staatsstreichs mit nur drei Menschenopfern gleichsam vom Himmel.

Was bedeutet diese Vergangenheit für die Zukunft? Lettland sieht es als seine Hauptaufgabe an, die formelle Unabhängigkeit, die weltweit anerkannt ist, die aber real noch äußerst begrenzt ist, in eine uneingeschränkte Eigenständigkeit zu verwandeln. Die Letten, die durch illegale Immigration und harte Russifizierung während eines halben Jahrhunderts auf 52 Prozent der Bevölkerung reduziert wurden, müssen alle Relikte dieser Epoche liquidieren: Sie müssen Herren im eigenen Lande werden, das heißt, den Abzug der 58.000 Mann starken russischen Okkupationsarmee so schnell wie möglich durchsetzen. Gleichzeitig kommt es darauf an, die Ostgrenze mit einem eigenen Grenzschutz zu sichern. Ich nenne als weitere Maßnahmen: Durchführung ökonomischer Reformen, Einführung einer nationalen Währung, Agrarreform, Etablierung der lettischen Sprache als Staatssprache.

Obwohl also die nationale Eigenständigkeit unser Hauptziel ist, sehen wir als wichtigstes Mittel auf dem Wege zu seiner Realisierung die konsequente Einbindung Lettlands, des Kernlandes des Baltikums, in alle westlichen Strukturen, und zwar auf bilateralen und multilateralen Wegen. Das heißt, wirtschaftliche, kulturelle, politische, ökologische Zusammenarbeit, investitionsfreundliche Gesetze, Austausch von Vertretern aller Professionen einschließlich militärischer Experten. Das reicht vom IMF bis zur UNO - alles mit dem Ziel: Eigenständigkeit durch Integration zu schaffen. Denn nur die

Integration kann uns vor der aufkommenden Gefahr einer Restauration der Vergangenheit schützen, die in besorgniserregenderweise mit der gegenwärtigen innenpolitischen Entwicklung in Rußland verbunden ist.

In Riga befürchten wir, daß der Westen nach der bisherigen Gorbomanie nunmehr in eine Jelzinmanie verfallen kann oder schon verfallen ist. Jedenfalls haben wir den Eindruck, daß der Westen weit eher bereit ist, dem großen Rußland Aufmerksamkeit zu gewähren und Hilfe zu leisten, als den kleinen baltischen Ländern, den drei tragischen Opfern der sowjetischen Aggression und Gewaltherrschaft. Bestenfalls werden wir Rußland gleichgestellt und mitunter vom politischen Standpunkt gleichgeschaltet, was uns in keiner Weise gefällt.

Ich möchte auch klar zum Ausdruck bringen: Der einzige Staat in Europa, der an Macht verloren hat und nicht verhehlt, daß hernach einer Wiederherstellung alter Machtpositionen strebt, ist Rußland. Rußland beansprucht das militärisch-politische Erbe der gewesenen Sowjetunion. Das zeigt nicht zuletzt die Verhärtung der russischen Position gegenüber der Ukraine, Moldawien und insbesondere gegenüber dem Baltikum, die ständigen Versuche, Serbien zu verteidigen, die spöttischen Aussagen über die Hilfslosigkeit und Unentschlossenheit Europas in Bosnien und Herzegowina. Außerdem wird wiederholt betont, daß Rußland seiner Großmachtstellung entsprechend kampfbereite Elitetruppen haben müsse. In fünf bis sieben Jahren wird Rußland die kleinen Kriege in den Anrainerstaaten als Motivation benutzen, um in Europa wieder zur militärischen Großmacht zu werden und auf diese Weise das alte Verhältnis zu den USA, wie es zur Zeit von Gorbatschow/Reagan bestand, wiederherzustellen.

Ich vermag auch noch keine ernst zu nehmende Entwicklung der Demokratie im europäischen Sinne in Rußland zu erkennen. Populismus dient als Trampolin für ein autoritäres Regime, das sich als Schutzherr für zwanzig bis fünfundzwanzig Millionen Russen außerhalb der Russischen Föderation auführt. Die Alternative indes, die auch denkbar ist, ist ein weiterer Zerfall in der Form, wie es Gorbatschow erlebt hat. Dafür sprechen ernste Gegensätze im slawischen Bereich. Solschenizyns Traum war eine Illusion. Aber ich fürchte, es ist auch Illusion zu glauben, daß es gelingen kann, Rußland in ein zivilisiert-demokratisches Land zu transformieren. Die Potemkinschen Dörfer, die Schönfärberei wird noch lange Zeit vorherrschen, in Versprechen, Gesetzen, Ukassen. Dafür spricht auch der latente, zähe Widerstand jener Kreise, die Herr Lopatin erwähnt hat.

Wir Balten erleben die Wiederkehr des imperialen Denkens in Rußland sehr hautnah. Kürzlich meinte der russische Botschafter in Riga in einem Gespräch mit mir, es gäbe in Rußland keine Partei, keine Schicht, die sich mit dem Verlust des Baltikums abgefunden habe. Das baltische Fenster nach Europa bekomme für Rußland eine noch größere Bedeutung, nachdem die Ukraine und Weißrußland teilweise oder ganz abgefallen seien.

Aus russischer Sicht gibt es eine ganze Kette von Faktoren, die ich als psychologische Basis für eine russische Revanchepolitik in bezug auf das Baltikum einschätze. So wird das Baltikum nach wie vor als russische Einflußzone angesehen, die zudem ökonomisch vollkommen von Rußland abhängig ist. Des weiteren vertritt man russischerseits die Ansicht, der größte Teil der russischen Bevölkerung werde auf Dauer im Baltikum bleiben. Schließlich weise ich auf einen Punkt hin: Die vorhandenen freien Geldmittel, die Voraussetzung für eine Privatisierung sind, konzentrieren sich heute in Lettland im Verhältnis acht zu eins in russischen Händen. Vergessen sollte man auch nicht die Behauptung, die von Rußland dauernd wiederholt wird: das Baltikum, zumindest Lettland, habe nicht nur fünfzig Jahre zur Sowjetunion gehört, sondern davor zwei Jahrhunderte zu Rußland.

Diese Kette von Argumenten, mit denen die russische Seite heute operiert, ist nur ein ideologischer Überbau, eine ideologische Bergspitze, die sich auf die sehr reale Machtposition stützt. So stehen heute nach wie vor 58.000 Mann russische Truppen in Lettland, davon 17.800 Offiziere, größtenteils mit ihren Familien, 25.000 pensionierte Offiziere plus Familien, 20.000 Familienangehörige gestorbener pensionierter Offiziere. In Riga, der Hauptstadt Lettlands, macht diese Gruppe 200.000 Personen von 950.000 Einwohnern aus. Außerdem haben wir es mit ungefähr 1500 russischen Intelligence-Angehörigen im militärischen Bereich zu tun.

Diese russische Okkupationsarmee - obgleich ich den einzelnen Vertreter dieser Armee nicht unbedingt als Okkupanten bezeichnen würde - ist gegenwärtig die größte Armee, die, bezogen auf die Einwohnerzahl, in irgendeinem Lande steht. Ein ähnlich hoher Anteil für Deutschland würde bei 1,8 Millionen Mann ausländischer Truppen liegen. Diese Armee in Lettland ist weder freundschaftlich noch legal. Es wird immer wieder gesagt, man brauche viel Zeit, um diese 58.000 Soldaten aus Lettland herauszubringen. Nun, am 17. Juni 1940 reichten 24 Stunden, um 120.000 Mann nach Lettland hineinzubringen. Die russische Armee war am Januar-Putsch und am August-Putsch beteiligt. Sie stößt überall auf Mißtrauen, ja, auf den Haß der lettischen Bevölkerung. Sie unterliegt keiner Kontrolle,

benimmt sich herausfordernd und stützt sich auf die Behauptung Rußlands, das Gelände, auf dem die Kasernen stehen, die Übungspolygone und so weiter, seien nach wie vor russisches Eigentum. Da die Ostgrenze noch immer durchlässig ist, können die Russen wie bisher auf Land-, See- und Luftwegen ungehindert neue Rekruten einführen. Das hat vor kurzem zu einem schweren Zwischenfall in der Gegend von Döbele geführt, als unsere Soldaten eine Kontrolle ausüben wollten und daraufhin sofort russische Truppen herangeführt wurden. Die Stadt ist jetzt von den Russen besetzt, und die beiden Truppenkontingente stehen sich dort konfrontativ gegenüber.

Neben dem militärischen Machtfaktor spielt die ethnische Situation eine wichtige Rolle. In Lettland leben eine Million Russen; das sind 38 Prozent der Bevölkerung gegenüber 11 Prozent Russen im Jahre 1940. Zusammen mit Ukrainern und Weißrussen sind es 44 Prozent der Bevölkerung. In Riga macht die russische Bevölkerung 63 Prozent, in Dünaburg, der zweitgrößten Stadt Lettlands, 82 Prozent aus. Vor 15 Monaten, am 3. März 1991, stimmten 28 Prozent der Russen für ein unabhängiges Lettland, 72 Prozent waren dagegen. Bisher gibt es kein Wahlgesetz, und die Frage der Staatszugehörigkeit ist ebenfalls ungeklärt. Und dies alles angesichts einer Besatzungsarmee, über die jetzt von einer Moskauer Regierungsdelegation mitgeteilt wurde, daß die Truppen bis zum Ende dieses Jahrhunderts, also bis zum Jahre 1999 in Lettland bleiben werden.

Dazu ist heute in der Zeitung auf der ersten Seite zu lesen, daß die russische Armee die Erlaubnis erhalten hat, das Feuer zu eröffnen, wenn sie in eine kritische Lage gerät, wobei es einen spezifischen Hinweis auf Lettland gab. Der Befehl wurde vom Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Pawel Gratschow, gegeben und vom Oberkommandierenden der Nord-West-Region, Valéry Mironow, bestätigt, der gegen unsere Republik die Anwendung besonderer Mittel androht.

Sie sehen also, in welcher komplizierten Situation wir uns befinden, wenn die russischen Truppen bis 1999 bleiben sollen und Schießbefehl gegeben ist. Diese Truppen verunsichern im übrigen auch die russische Bevölkerung. Denn diejenigen Russen, die die lettische Volksfront unterstützen und für die Unabhängigkeit Lettlands votiert haben, wissen nicht, wie es weitergeht und wie sie sich gegenüber der neuen Republik verhalten sollen.

Auch ökonomisch haben die Russen eine ausgesprochene Machtposition inne. Besonders die Großindustrie und die Landwirtschaft Lettlands sind weitgehend von russischen Energieträgern abhängig. Das gilt für Benzin, Dieselöl, Heizöl, Erdgas, Kohle; lediglich Elektrizität stammt mehr aus Estland. Auch bei Rohstoffen, Metallen und Baumwolle ist Rußland die einzige Versorgungsquelle. Zwar ist Rußland auf einigen Gebieten auch von uns abhängig. So gibt es in Lettland Monopolbetriebe, die Elektrozubehör für das Moskauer Lada-Automobilwerk herstellen. Das ist aber wenig im Vergleich zu dem, womit uns Moskau unter Druck setzt. Wenn die Blockade, die am 1. November 1991 begonnen hat, fortgesetzt und weiterhin die Einfuhr von Energie und Rohstoffen verhindert wird, kann dies zu schweren sozialen Spannungen führen, die angesichts der russischen Armee besonders gefährlich sind.

Herr Below hat vorhin gesagt, Rußland übernehme die historische Verantwortung für das, was im Baltikum passiert ist. Sie irren sich. Die russische Regierung hat uns gerade mitgeteilt, daß sie nicht bereit ist, die politische Verantwortung für die Okkupation Lettlands zu tragen. Sie betrachte das Regime, das im Baltikum 1940 nach dem Einmarsch der Roten Armee entstanden ist, als legal zustande gekommen. In dem Falle befindet sich natürlich auch die russische Armee als Befreiungsarmee von Sowjet-Lettland legal in Lettland. Ich halte das für einen unglaublichen Vorgang. Wir erinnern uns sehr wohl daran, daß in dem Jahr, als 60.000 Menschen aus Lettland deportiert wurden, angeblich 99 Prozent der lettischen Bevölkerung für das kommunistische Regime gestimmt haben. So steht es um die Wahrhaftigkeit von Wahlen, die in Gegenwart einer Okkupationsarmee abgehalten werden.

Ich habe kürzlich dem russischen Botschafter offen gesagt, die neue Haltung Rußlands bedeute nichts anderes als eine "Wait-and-see-Politik". Man wartet ab, wie die Dinge sich weiterentwickeln werden, um dann einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Das beunruhigt uns, sagte ich zu ihm; er antwortete, er könne das gut verstehen.

Warum hebe ich all diese Probleme, die mit Rußland verbunden sind, so hervor? Ich meine, nur eine ganz harte Politik des Westens kann uns vor der Gefahr retten, noch einmal von den Russen überrannt zu werden. Wir haben nicht mehr viel Zeit. Die Russen betreiben im Baltikum eine geschickte Machtpolitik. Wir brauchen dringend die Unterstützung des Westens verbunden mit einer direkten Warnung an Rußland, um die Spannungen bei uns abzubauen. Es bedarf einer Erklärung, daß die Ostgrenze der baltischen Staaten, obgleich sie keine Mitglieder der NATO sind, genauso unantastbar ist wie die Grenzen der NATO-Staaten. Eine solche Erklärung könnte für uns sowohl innenpolitisch als auch im Hinblick auf die lettisch-russischen Beziehungen sehr hilfreich sein. Sie



würde auch den radikalen lettischen Fundamentalismus, der mit dem Slogan auftritt: "Lettland nur für die Letten", der ebenfalls eine Gefahr darstellt, zurückdrängen.

Auch für unsere junge und noch wenig gefestigte Demokratie wäre das von großer Bedeutung. Denn eine Unabhängigkeit ohne Demokratie würde die Rückkehr nach Europa sehr problematisch werden lassen. Wir brauchen heute Verständnis, Rat und Hilfe, damit die Integration Lettlands und auch der übrigen baltischen Staaten in die westlichen Strukturen rechtzeitig gelingt. Der Westen sollte vor Risiken nicht zurückschrecken. Denn das Baltikum darf nicht zum ersten Opfer und zu einer Ouvertüre eines neuen Revanchismus werden.

## Lieven

Herr Vulfsons hat zu Recht zwischen der Präsenz der sowjetischen - oder wie es jetzt heißt: der russischen - Truppen in Lettland und der Stellung der russischen Bevölkerungsminorität dort eine Verbindung hergestellt. Er hat uns jedoch nicht gesagt, wie die Frage der Staatsangehörigkeit für diesen Bevölkerungsteil in Lettland beziehungsweise für spezifische, aber sehr wichtige Teile dieser Bevölkerungsgruppe, etwa die russischen Veteranen, gelöst werden soll.

Daraus leitet sich folgende Fragestellung ab: Wenn Europa die baltischen Staaten militärisch integrieren und beispielsweise eine Sicherheitsgarantie für sie abgeben soll, dann ist zugleich zu fragen: Sind die baltischen Staaten bereit, westlichen Rat oder sogar westliche Weisungen in Fragen wie denen der Bürgerrechte anzunehmen?

Ein anderer Punkt, bei dem Herr Vulfsons den Kern der Sache getroffen hat, ist die Frage der Grenzen. Wir haben heute viel über europäische Grenzen und wo sie liegen gesprochen. Wir alle wissen, was eine Grenze ist: etwas, für das man kämpft, um es zu verteidigen. In den vielen Jahren des Kalten Krieges haben wir ganz praktisch erfahren, wo die tatsächlichen Grenzen Europas lagen, nämlich dort, wo das NATO-Gebiet aufhörte, weil das die Linie war, die nicht überquert werden konnte, ohne daß es zum Krieg hätte führen können. Das war moralisch, historisch und kulturell absolut ungerecht, aber es war ein Faktum. Sind wir jetzt darauf vorbereitet, diese Grenzen nach Osten zu erweitern? Herr Blech sprach von einer Linie irgendwo zwischen Minsk und Smolensk. Ich halte es für ein wenig leichtfertig, sich hier auf die Grenze von Weißrußland zu beziehen, die in Zukunft durchaus wieder problematisch werden kann.

Die letzte Bemerkung von Herrn Blech hat mich indes sehr gefreut, weil er uns damit wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgebracht hat hinsichtlich der immensen Probleme, mit denen es dieser Teil der Welt zu tun hat. Eine der Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, ist das Verhältnis von wirtschaftlicher Erneuerung und Demokratie, die keineswegs gleichzusetzen sind, wie es hier in einem Beitrag anklang. Ich will nicht auf die Diskussion über das autoritäre ostasiatische Entwicklungsmodell eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß hier ein echtes Problem liegt.

Über dieses Problem gibt es in der Tat eine äußerst lebendige Diskussion, nicht nur in Rußland, sondern sogar in den baltischen Staaten. Europa sollte in dieser Hinsicht seine künftige Haltung ganz nüchtern überdenken. Denn angesichts der von Herrn Blech skizzierten wirtschaftlichen Probleme und auch aufgrund meiner eigenen Beobachtungen, wie die parlamentarische Demokratie in vielen Teilen des früheren kommunistischen Machtbereichs funktioniert, bin ich äußerst skeptisch, daß eine parlamentarisch gewählte Regierung tatsächlich den wirtschaftlichen Aufschwung zustande bringen kann.

Europa sollte beispielsweise über den Unterschied zwischen autoritären und faschistischen Regimen nachdenken. Es muß sich darüber klarwerden, welche Art von Regimen man zu unterstützen oder zu billigen bereit ist und welche nicht. Im gewissen Sinne, ohne daß dies bislang in der Öffentlichkeit hochgespielt wurde, haben wir bereits einen Schritt in diese Richtung getan, indem wir Georgien diplomatisch anerkannt haben, als Herr Schewardnadse dort an die Macht gekommen war. Diesen Vorgang wird man nach herkömmlichen Maßstäben kaum als demokratisch beschreiben können. Da Herr Schewardnadse jedoch aus pragmatischen Gründen für besser gehalten wird als sein demokratisch gewählter Vorgänger, nämlich als jemand, der wahrscheinlich eher den inneren und äußeren Frieden in Georgien gewährleistet. Da er im Westen sehr bekannt ist, haben wir im Grunde etwas anerkannt, was in Wahrheit ein undemokratisches Regime ist. Es heißt, es sollen dort demnächst Wahlen abgehalten werden. Ob das nun zutrifft oder nicht, wir sollten uns jedenfalls über unser Verhalten in dieser Angelegenheit im klaren sein.

Die Schwäche der Demokratie in Rußland ist bereits erwähnt worden. Der Mangel an einer demokratischen Kultur ist im Falle Rußlands besonders offenkundig, steht dort aber keineswegs allein, wenn man die Probleme betrachtet, denen sich die parlamentarischen Regierungen in Polen oder in

den baltischen Staaten, etwa in Litauen, gegenübersehen. Der politische Konflikt, der sich zur Zeit in Litauen zwischen den Befürwortern einer Präsidialverfassung und denen einer parlamentarischen Verfassung abspielt, läßt schwer erkennen, wie eine Lösung auf demokratische Weise gefunden werden kann. Zur Zeit gibt es in Litauen jedenfalls keine Verfassung, es sei denn die zusammengebrochene sowjetischer Prägung. Um ehrlich zu sein, die demokratische Kultur ist dort erst sehr schwach entwickelt; ich denke nur an den Sprachgebrauch auf beiden Seiten des Parlaments, vor allem bei der Regierung, wo jeder Opponent als Verräter an der nationalen Sache gebrandmarkt wird.

In Gesprächen mit führenden Repräsentanten der litauischen amerikanischen Emigration mußte ich zu meiner Überraschung feststellen, daß man auf liberaler Seite ausnahmslos äußerst pessimistisch über die litauische Demokratie in den nächsten Jahren denkt. Deshalb betone ich noch einmal: Wir müssen uns in Europa darüber klarwerden, welche Regierungsform tatsächlich Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung zustande bringen kann.

Zur Zeit reagiert man in der westlichen Presse allergisch auf Persönlichkeiten wie Jelzin in Rußland oder Walesa in Polen, weil man in ihnen von Haus aus autokratische Persönlichkeiten sieht, die zumindest in einer autokratischen Tradition stehen. Ich fürchte, daß die Länder, um die es hier geht, tatsächlich keine große Wahl haben und daß der ungeheure Umbruch, von dem Herr Blech sprach, mit leichter Hand, wie er sich ausdrückte, nicht gemeistert werden kann. Ich überlasse es Ihnen, daraus Ihre eigenen Schlüsse zu ziehen.

### Lopatin

Hier wurde wiederholt die Frage nach den Grenzen Europas gestellt. Auch ich möchte darauf eingehen, weil ich der Meinung bin, daß nicht nur Rußland Europa, sondern Europa auch Rußland braucht, schon aufgrund der Komplexität, Widersprüchlichkeit und Bedeutung der Probleme, über die wir sprechen. Natürlich läßt sich das Problem der Konversion nicht innerhalb eines Tages, ja nicht einmal innerhalb eines Jahres lösen. Das enthebt uns aber nicht der Notwendigkeit, endlich zu beginnen, an einer Lösung ernsthaft zu arbeiten. Wir reden seit fünf Jahren über die Schwierigkeiten in diesem Bereich, sind aber bisher keinen Schritt weitergekommen.

Europa braucht Rußland nicht nur bei der Lösung dieser Aufgabe, sondern vor allem auch, um die Problematik der Atomwaffen in den Griff zu bekommen, was angesichts der innenpolitischen Instabilität in Rußland sicher vorrangig ist. Rußland ist der Nachfolgestaat der Sowjetunion hinsichtlich der atomaren Sicherheit. Damit ist Rußland auch Mitglied im Sicherheitsrat der UNO geworden.

Europa braucht Rußland aber auch angesichts der Größe des Landes und seines Wirtschaftspotentials. Die Funktionsfähigkeit der russischen Wirtschaft wieder herzustellen, ist eine unabdingbare Aufgabe. Wenn man heute durch Rußland fährt, kann man überall erste Anzeichen russischen Unternehmergeistes und wachsender wirtschaftlicher Selbständigkeit sehen. Das gilt insbesondere für die russische Landwirtschaft.

Des weiteren kommt Rußland eine Mittlerrolle zwischen Europa und Asien zu - gegenüber einem Asien, zu dem auch China gehört mit seiner 50 Millionen Mitglieder starken kommunistischen Partei und seiner Armee von dreieinhalb Millionen Soldaten und seinen Atomwaffen, deren Zahl ständig wächst. Das beweist der letzte Atomwaffenversuch, dessen Sprengkraft bei zwei Megatonnen lag.

Schließlich wird Rußland für die geistige Wiedergeburt Europas, ja sogar der ganzen Welt gebraucht. Darüber wird in letzter Zeit viel gesprochen. Vor kurzem hörte ich auf einer internationalen Konferenz in den USA einen amerikanischen Professor sagen, die USA und Rußland hätten aufgrund unterschiedlicher Gegebenheiten ein bestürzend niedriges geistiges Niveau erreicht. Die einen habe der Reichtum träge gemacht, die anderen seien durch ihre Armut und den weitgehenden Mangel an Kultur und Geistesleben dahin gelangt. Eine geistige Erneuerung sei für alle notwendig.

Und er fügte ein interessantes Detail hinzu: Während Amerika seine Probleme traditionell auf Kosten anderer gelöst habe, sei das in Rußland nicht der Fall. Den geistigen Reichtum, dessen sich Rußland immer gerühmt hat und der keineswegs verschwunden ist, kann man nicht einfach über Bord werfen. Er wird in jedem Falle eine Renaissance erleben, weil er unverzichtbar ist. Dies ist auch ein Beitrag zur europäischen Integration.

Schließlich braucht Europa Rußland, um der Bedrohung durch das Wiederaufflammen des Nationalismus und des Gegeneinanders verschiedener Nationalismen zu begegnen.

Ich fürchte mich nicht vor vielen Dingen, aber wenn ich Losungen höre wie: "Lettland den Letten!", "Tatarstan den Tataren!" oder "Rußland den Russen!" überkommt mich doch Angst. All das gab es

schon einmal in der Geschichte, und wir alle wissen, wie es endete. Diese Emotionen, selbst wenn sie mitunter ihre Berechtigung haben, dürfen den gesunden Menschenverstand nicht überwältigen. Hier sind die einzelnen Staaten gefordert. Wenn diese aber schweigen, werden sie selbst durch die Bestie des Nationalismus bedroht. Insofern stimme ich der Bemerkung zu, daß es Situationen gibt, in denen man die Völker vor sich selber schützen muß.

Wenn der einzelne Staat tatenlos zusieht, dann muß eben die Staatengemeinschaft ihre Stimme erheben, zum Beispiel Europa. Das ist auch ein Grund für die Notwendigkeit, ein gemeinsames Europa auf geistigem Gebiet zu schaffen. Bei dem, was Herr Vulfsons als eine mögliche Entwicklung in Lettland andeutet, hege ich die größten Befürchtungen für die junge Demokratie in diesem Land.

### **Meyer-Landrut**

Herr Vulfsons hat dies ebenfalls als Gefahr dargestellt.

### **Lopatin**

Ich habe mich in Rußland viel mit Fragen der Autonomie beschäftigt und bereise seit anderthalb Jahren die autonomen Gebiete. Ich kenne politische Führer, die solche Äußerungen machen, zum Beispiel in Tatarstan, wo Parteiführer Bajramov fordert, daß Tatarstan den Tataren gehört, obwohl nur 26 Prozent der Bevölkerung Tataren sind. Das würde zu einer Massenmigration führen und damit zu steigender Instabilität, was schließlich in einem Bürgerkrieg enden kann, den wir unter allen Umständen vermeiden müssen.

Was Herr Vulfsons zum Abzug der russischen Truppen aus Lettland gesagt hat, kann ich nicht kommentarlos hinnehmen. Manchmal berücksichtigt man nur das, was der eigenen Auffassung dient. In den Verhandlungen zwischen Lettland und Rußland wurde festgestellt, daß ein Truppenabzug unumgänglich ist. Das entspricht auch der Beschlußfassung von Präsident Jelzin, die dieser in entsprechenden Dekreten verfügt hat.

In den Verhandlungen wurde vereinbart, daß der Abzug der russischen Truppen unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen durchgeführt wird. Das Interesse Rußlands besteht darin, daß man diese Menschen nicht ohne ein Dach über dem Kopf auf freiem Feld kampieren lassen kann. Das würde einen weiteren Spannungsherd ergeben, zusätzlich zu den 200.000 obdachlosen Offizieren, die es jetzt schon in Rußland gibt. Die Situation ist in dieser Hinsicht in den einzelnen baltischen Staaten sehr unterschiedlich.

In Litauen besitzen zum Beispiel 7600 von insgesamt 10.000 der dort stationierten Offiziere eigene Wohnungen. Litauen hat jetzt die notwendigen Beschlüsse gefaßt, um eine Privatisierung dieser Wohnungen zu ermöglichen. Es ist sogar die Ausgabe von Aktien für diese Wohnungen im Gespräch. Der Erlös aus den Aktien soll litauischen Baugesellschaften zugute kommen, die mit diesem Geld auf russischem Territorium Wohnungen für die Offiziere bauen. Ein solcher Ansatz verkürzt die Zeit des Truppenabzugs erheblich.

Verstehen Sie mich bitte richtig: Niemand bestreitet diese Problematik, und es ist die offizielle Politik Rußlands, daß die Truppen abgezogen werden. Die Frage ist nur, in welchem Zeitraum. Man muß die realen Möglichkeiten bedenken, um den Menschen, die abgezogen werden, soziale Garantien zu geben, ohne die die Truppen ins Nichts geführt würden, was weder im Interesse Rußlands noch im Interesse Lettlands sein kann. Das wäre aber der Fall, wenn die lettische Regierung den Truppenabzug noch in diesem Jahr fordert. So bringt ein Extrem das andere hervor.

Es gibt also genügend Gründe, um Rußland künftig als ein Zentrum der internationalen Politik zu sehen. Dabei ist Rußland nicht identisch mit der ehemaligen UdSSR; das muß man auf internationaler politischer Bühne immer wiederholen.

Die UdSSR hat durch Überrüstung und übersteigerte Aggressivität die internationale Politik deformiert. Um dies in Zukunft zu verhindern, sollten wir uns vor extremen politischen Standpunkten hüten.

### **Reiter**

Die Problematik der russischen Empfindlichkeit und der anderer Länder, die vormals dem Ostblock angehörten, ist sicher ein abendfüllendes Thema. Die Schwierigkeit zwischen Opfer und Täter zu unterscheiden, ist uns auch in Polen nicht unbekannt. Und wir kennen auch das Problem des Abzugs der sowjetischen Truppen, das in Polen allerdings noch in diesem Jahr gelöst wird.

Herr Blech hat die enormen Schwierigkeiten angesprochen, die mit der Umrüstung des militärisch-industriellen Komplexes verbunden sind. Das ist sicher nicht nur ein Problem für Rußland, sondern gilt

gleichermaßen für die anderen Länder des früheren Ostblocks, wenn auch nicht in solchen Dimensionen wie in Rußland. Das Problem gibt es auch in der Tschechoslowakei und in Polen. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber deutlich machen, daß die Rückkehr nach Europa, wie es immer so schön heißt, die Teilhabe an den europäischen Grundwerten, auch uns einen Preis abverlangt. Dabei geht es nicht nur um ideelle Dinge, sondern ganz konkret zum Beispiel darum, Waffen nicht in Länder und Regionen zu liefern, für die internationale Boykottmaßnahmen beschlossen wurden. Das gefährdet möglicherweise Tausende von Arbeitsplätzen, wie das in Polen der Fall ist.

Ähnlich sind die Perspektiven für die Landwirtschaft. Auch die Bauern zahlen einen Preis für die Integration. Es ist also nicht so, daß der reiche Westen nur zahlt und der arme Osten nur nimmt. Die Integration ist nicht eine Pumpe, die Geld nur vom Westen in den Osten schafft. Auch für unsere Wirtschaft sind damit vielfältige Opfer verbunden.

Als Herr Below seinen Vorschlag zu Königsberg vortrug, hat mich Herr Schmidbauer erwartungsvoll angesehen, offenbar in der Annahme, beim Stichwort Königsberg müsse jeder Pole sofort aufspringen und laut zu schreien beginnen. So verhält es sich aber nicht. Herr Below hat mir vorhin gesagt, gegenwärtig seien in Königsberg polnische Firmen am aktivsten, weit stärker als deutsche Unternehmen. Zum ersten Mal wird nicht vor einer deutschen Gefahr, vor einer neuen Einkesselung, vor einem Korridor gewarnt, sondern man bemüht sich, als erster vor Ort zu sein. Für mich ist Königsberg ein interessanter Testfall, auch für die russische Politik. Wenn das so gehandhabt wird, wie Herr Below es hier angedeutet hat, dann kann sich daraus durchaus etwas Positives entwickeln. Etwas anderes wäre es, wenn Königsberg jetzt als Siedlungsgebiet für die Wolgadeutschen vorgesehen würde. Das würde zweifellos die Nachbarvölker stark verunsichern. Ich sehe diese Gefahr nicht. Aber wir wären gut beraten, wenn wir uns dieses Themas heute annehmen, um für morgen einen Mißbrauch zu verhindern.

Noch ein paar skeptische Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Kaestner: Es wäre schön, wenn Sie recht hätten, aber ich fürchte, so harmonisch wird es möglicherweise nicht ablaufen, wie Sie es dargestellt haben. Zum einen ist in der Bundesrepublik selbst die Einstellung zur Integration heute nicht mehr so über alle Zweifel erhaben wie noch vor einiger Zeit. Ich zweifle nicht daran, daß die Bundesregierung nach wie vor den Willen dazu hat und sich bemüht, sozusagen vollendete Tatsachen zu schaffen, um den Integrationsprozeß irreversibel zu machen. Ich wünschte sehr, auch in unserem Interesse, daß Sie damit Erfolg haben. Aber so einfach wird das nach der Vereinigung und in der jetzigen schwierigen innenpolitischen Lage Deutschlands wohl nicht abgehen. Dadurch dürfte auch die deutsche Außenpolitik schwieriger geworden sein. Hinzu kommt, daß Deutschland die Kritik seiner Nachbarn, auch aus dem Westen, weitgehend als unberechtigt empfindet. Dadurch werden ebenfalls Zweifel am Sinn der Integration und am guten Willen der anderen genährt. Falsche Vorwürfe können also in Deutschland die Skepsis an der Integration erhöhen.

Ich sehe noch ein anderes Problem. Wir haben es heute in einem Teil Osteuropas mit Konflikten zu tun, zu deren Lösung die bisherigen Instrumente der westlichen Integrationspolitik nicht geeignet sind. Ich denke vor allem an den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Hier muß Europa auch Macht haben; Prinzipien allein reichen nicht. Es geht eben darum, eine Rückkehr der alten Machtpolitik zu verhindern. Was sich im ehemaligen Jugoslawien abspielt, darf die westeuropäische Integrationspolitik nicht in Frage stellen. Sie darf nicht ohnmächtig erscheinen; denn das würde ihre Autorität untergraben. Im übrigen: Gerade weil wir in Europa auch eine Macht brauchen, um Konflikte zu verhindern, halte ich die amerikanische Präsenz für so wichtig. Das ist sicher nicht der einzige, aber einer der wichtigsten Gründe.

### **Meyer-Landrut**

Gerade, was Ihre letzte Bemerkung angeht, Herr Reiter, stimme ich Ihnen voll zu. Aber es dürfte auch im amerikanischen Interesse selbst liegen, sich nicht aus Europa zurückzuziehen.

Damit möchte ich jetzt gewissermaßen die letzte Runde einläuten und Herrn Meri und Herrn Örn bitten, die Thematik: Wie findet Europa zusammen? aus skandinavischer beziehungsweise baltischer Sicht kurz einzuleiten.

### **Meri**

Lassen Sie mich damit beginnen zu sagen, daß ich den Argumenten, die mein lettischer Kollege, Herr Vulfsons, hier vorgetragen hat, voll zustimme, ohne mich seiner dramatischen Tonlage anzupassen. Rußland ist immer Rußland gewesen - ein Gegensatz zu Europa. Ein wesentlicher Unterschied liegt wohl in der Tatsache, daß sich in Europa schon im frühen Mittelalter gewissermaßen ein

Zweiparteiensystem entwickelt hat, mit einem geistigen Machtzentrum in Rom und einem weltlichen Machtzentrum in der jeweiligen Hauptstadt des Kaisers. Rußland dagegen war in dieser Hinsicht immer ein Einparteienstaat, in dem die geistliche und die weltliche Macht in Moskau - früher in den Händen des Zaren, später in denen des Politbüros und des zentralen Planungskomitees - konzentriert war und in anderer Form vielleicht auch heute noch ist.

Die Tragik von Gorbatschow war, und die Tragik von Jelzin ist, daß sie beide dem ideologischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kollaps der Sowjetunion vorbeugen wollten und sich dabei Europa zum Vorbild nahmen, ohne im geringsten zu verstehen, was das Phänomen Europa eigentlich ausmacht. Für Gorbatschow und für Jelzin ist Europa im Grunde eine Art Sowjetunion, bei der das zentrale Planungsbüro in Brüssel lediglich besser funktioniert und die Arbeitskraft - sowjetisch ausgedrückt dort intensiver genutzt wird, weil die Mitarbeiter nicht während der Arbeitszeit nach Brot, Wodka und Wurst anstehen müssen.

Marktwirtschaft, Privatisierung, internationales Recht, die Menschenrechte und die Rolle des Individuums sind auch heute noch kabbalistische Zauberworte, die man in Rußland zwar hersagen kann und sich geradezu hypnotisch zuflüstert, die aber so wenig Inhalt haben wie vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten.

Um ganz konkret zu werden: Herr Vulfsons hat in dramatischer Weise die Probleme Lettlands geschildert, insbesondere die Schwierigkeiten aufgezeigt, die illegal in Estland, Lettland und Litauen stationierten sowjetischen Streitkräfte loszuwerden. Das ist leider nicht nur ein logistisches Problem. Es berührt auch in keiner Weise die sogenannten legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion. Denn in dem Falle müßte ich fragen: Wer sollte der Angreifer sein? Doch nicht etwa Dänemark?

Das Problem ist vielmehr ganz einfach: Die russische Seite betrachtet Estland, Lettland und Litauen als Minderjährige, mit denen man geduldig, aber nicht ernsthaft reden muß, wenn man nicht gleich zu Prügel und Peitsche greifen will.

Gestern abend, als wir im Katharinental den herrlichen nördlichen Sonnenuntergang miterlebten, hat das zentrale russische Fernsehen folgende Nachricht ausgestrahlt: In Kaliningrad/Königsberg hat Herr Chasbulatow, der Vorsitzende des russischen Parlaments, in einer Ansprache an die dort stationierten Offiziere der Marine behauptet, die drei baltischen Länder seien junge, selbständige Staaten, die nicht die geringste Ahnung hätten, was es bedeutet, selbständig zu sein; die keine Kenntnis vom internationalen Recht hätten und überhaupt nicht wüßten, wie zwischenstaatliche Beziehungen aufgebaut werden müssen. Das zeige sich nicht zuletzt in den baltischen Forderungen nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus dem baltischen Raum (Dies ist eine in etwa wörtliche Mitschrift der Fernsehnachrichten). Das ist die heutige Realität, mit der wir im Baltikum konfrontiert sind.

Herr Meyer-Landrut hat zu Beginn gesagt, Rußland habe zur Zeit keine Europapolitik. Aus baltischer Sicht hat die russische Diplomatie - die sich auf ein Erbe und eine Tradition von 400 Jahren stützt - nur ein Ziel: Die Wiederherstellung der imperialen Großmacht. Allein diesem Ziel dient die Modernisierung der Wirtschaft. Es ist sicher kein Zufall, daß Präsident Jelzin vor drei Tagen in Burjätien von einem gemeinsamen Aufbau der Strategie Defense Initiative (SDI) zusammen mit den USA gesprochen hat. Selbstverständlich entbehrt so etwas jeglicher Realität. Aber das russische Denken zielt darauf ab, von Westeuropa die Lösung der wirtschaftlichen Probleme einzufordern, damit im Ergebnis die Welt noch einmal zwischen zwei Supermächten, diesmal Rußland und den USA, geteilt wird. Von Vancouver bis Wladiwostok. Der Knüppel im Sack ist die Erpressung mit atomaren Waffen.

Herr Blech hat die realistische Frage gestellt, ob eine historische Krise dieser Größenordnung überhaupt beherrschbar sei. Und er hat in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen, daß der Zerfall der UdSSR einen möglichen Zerfall der westlichen Strukturen, also der NATO, der KSZE, nach sich ziehen könnte. Das ist das Kernproblem, zumindest aus baltischer Sicht. Es geht dabei für uns weniger um die Integration Europas, sondern um die Zukunft eines Europas, das wir Balten nicht in erster Linie als einen Wirtschaftsraum ansehen, sondern als jenen Ort, dem die Welt ihre moralischen Grundlagen zu verdanken hat, die Menschenrechte, Montesquieu und Jefferson, liberté, égalité, fraternité, die allein eine gesicherte, vielleicht sogar eine friedliche Zukunft garantieren können.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang ein weiteres Zitat. Anfang Mai 1767 - in Europa lebten wir damals schon im Zeitalter Jean-Jacques Rousseaus - schrieb Katharina II. aus Kasan an Voltaire die folgenden Zeilen: "Und wie verschieden hier das Klima, die Leute, die Gewohnheiten, sogar die Denkweise sind. Jetzt bin ich in Asien. Ich wollte Asien selbst erleben. In dieser Stadt leben 20 verschiedene Völker, die sich überhaupt nicht ähneln, also muß man ihnen Kleider schneiden, die

allen passen müssen. Vielleicht könnte man allgemeine Prinzipien finden, aber die Details - und was für Details! Ich würde sagen, hier ist fast eine Welt zu schaffen." (C'est presque un monde à créer.)

Die Zeilen könnten von einem Mitglied des Politbüros stammen. Ist es irgendwie bezeichnend, daß sie von einer Deutschen geschrieben wurden?

Was ich betonen möchte, ist die Forderung, die Grenzen Europas zu bestimmen. Kasan war eine Zeitlang Rußlands asiatische Hauptstadt. Heute ist dies aktueller als vor zehn Jahren. Es gibt zumindest vier Gebiete in der heutigen Russischen Föderation, die eine ausgeprägte Identität aufweisen und in deren Grenzen auch eine nationale Mehrheit lebt, nämlich Nordkaukasien, Tatarstan, Tuwa und Burjatmongolien.

Herr Reiter sprach davon, man müsse Völker gelegentlich vor sich selber schützen. Eines dieser Völker ist das russische Volk, das im imperialen Reich seine Identität, seine Kultur, seine Literatur, jetzt sogar seine Grenzen verloren hat. Turgenew, Tschechow, Tschaikowski, Dostojewski gehören gewiß zur europäischen Kultur. Deshalb käme es darauf an, ein europäisches Rußland zu schaffen mit klaren Grenzen und einer eigenen Identität, die eine russische und nicht eine impériale ist. Das wäre eine der positiven Lösungen, um Rußland in Europa zu integrieren, um Rußland vor Rußland zu retten, wenn Sie so wollen. Leider wird das dauern, und die baltischen Völker haben nicht so viel Zeit.

Was könnte Europa für die baltischen Staaten tun? Etwa das gleiche, was die baltischen Staaten für Europa tun. Denn Europa ist unteilbar. Und politische Prozesse, ob negativ oder positiv, haben nur Richtungen, Tendenzen, aber keine Schlußpunkte. Das Baltikum ist zu einem Prüfstein für Europa und zugleich für Rußland geworden.

Über die baltischen Staaten muß Europa in zwei verschiedenen Sprachen mit Rußland sprechen. Mit dem demokratischen Rußland in einer freundlichen Sprache, um zu zeigen, daß drei freundliche Nachbarn an der Westgrenze Rußlands nicht nur den Interessen Europas, sondern auch denen Rußlands dienen würden. Mit dem imperialen Rußland muß dagegen in einer imperativen Sprache geredet werden, um deutlich zu machen, daß die gegen die baltischen Staaten gerichteten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Erpressungsmethoden negative Folgen für die Zukunft Rußlands selbst haben werden. Wenn man in diesen zwei Sprachen spricht, gibt es auch für Europa eine Hoffnung.

## Örn

Nationalismus und Integration in Europa - es gibt heutzutage kaum eine drängendere Frage für Europa, insbesondere was die kleinen und mittleren Länder betrifft.

Ich will Ihnen dazu die Situation meines eigenen Landes, Schweden, darlegen. Wir sind durch die Geschichte derart verwöhnt, daß wir nicht einmal einen Unabhängigkeitstag, ja kaum einen richtigen Nationalfeiertag haben. Wir sind immer dagewesen und haben das als selbstverständlich hingenommen.

Im Kampf um die Herrschaft über die Ostsee - *Dominium Maris Baltici* - erfreuten auch wir uns für kurze Zeit kriegerischen Ruhms. Ich denke dabei nicht an die Wikinger, sondern an Gustav Adolf und seine schwedische Armee, die sowohl in Estland als auch in Deutschland zum Zuge kam. Ich sollte eigentlich von einer schwedisch-finnischen Armee sprechen; denn wir waren damals ein Land. Im letzten Monat war unser König hierin Estland, um ein neues Denkmal von Gustav Adolf in Tartu zu enthüllen, wo dieser im Jahre 1632 die zweite schwedische Universität nach Uppsala gegründet hatte. Das Gründungsdekret der Universität wurde in Nürnberg ausgefertigt, wo sich der König damals im Heerlager befand.

Doch dies ist lange her. Nach einem Jahrhundert militärischer Niederlagen, hauptsächlich gegen Rußland, gaben wir unsere letzten Vorposten auf dem Kontinent - Greifswald, Stralsund und Rügen - auf dem Wiener Kongreß 1815 auf und zogen uns aus dem "großen Spiel" der europäischen Politik zurück; zunächst noch in Union mit Norwegen, das 1905 dann seine völlige Unabhängigkeit erklärte.

Für alle nordischen Länder gilt, daß wir immer den kulturellen und wirtschaftlichen Einflüssen vom Osten, das heißt von Rußland, vom Süden, hauptsächlich von Deutschland, und vom Westen in seinen verschiedenen Formen - Frankreich, Großbritannien oder Amerika - ausgesetzt waren. Doch nach 1815 hat sich Schweden zu einer Politik der militärischen Neutralität bekannt. Diese Politik haben wir glücklicherweise auch während des Ersten Weltkrieges mit Erfolg beibehalten, und zwar zusammen mit Dänemark, Norwegen, den Niederlanden und der Schweiz; während des Zweiten Weltkrieges nur noch zusammen mit der Schweiz.

Diese Politik der Neutralität wurde mehr oder weniger automatisch während des nachfolgenden Kalten Krieges durchgehalten. Dabei schlossen sich uns und der Schweiz schließlich die Finnen und die Österreicher an. In der KSZE gehörten dazu auch die Jugoslawen und andere in der Gruppe der neutralen und blockfreien Staaten (N+N-group), denen eine gewisse brückenbildende Funktion zukam.

Im großen und ganzen kamen wir über die Jahre zu dem Ergebnis, daß unsere Neutralitätspolitik eine gute Sache ist, nicht nur für uns, sondern auch für andere. Wir trugen auf diese Weise dazu bei, den Norden Europas als ein "spannungsarmes" Gebiet zu stabilisieren; wir erleichterten damit den Ost-West-Konsens in Europa und wirkten in den Vereinten Nationen als Vermittler und Friedensbewahrer.

Aber plötzlich war der Kalte Krieg zu Ende. Deutschland war wieder vereinigt; diesmal ohne "Blut und Eisen". Estland, Lettland und Litauen erlangten ihre Unabhängigkeit zurück. COMECON und Warschauer Pakt wurden aufgelöst, und ihre Mitgliedsstaaten bewarben sich um einen Sitz im Europarat, der Zitadelle der europäischen parlamentarischen Demokratie und der Menschenrechte, und versuchten, sich mit der Europäischen Gemeinschaft zu einigen, sobald die Umstellung auf Marktwirtschaft das erlaubt.

So wurde eine gänzlich neue Landkarte Europas vor unseren Augen entrollt. Was sollte unsere Rolle sein? Neutralität war aus unserer Sicht lange Zeit nahezu gleichbedeutend mit nationaler Unabhängigkeit gewesen - welches höhere Ziel konnten wir jetzt anstreben?

In Wahrheit hatten jedoch Unabhängigkeit und Souveränität in den letzten Jahrzehnten viel von ihrer Bedeutung verloren. Welche nationale Grenze konnte vor den Folgen von Tschernobyl schützen? Welcher TV-Satellit achtet die Souveränität eines Landes?

Wie lange kann jemand unabhängig bleiben angesichts einer Entscheidung der Deutschen Bundesbank, den Diskontsatz oder den Wechselkurs der D-Mark zu ändern? Im Höchstfall vielleicht 20 Minuten?

Welches Land kann von sich sagen, wahrhaft souverän und unabhängig in dieser Welt zu sein, so wie man diese Begriffe vor dem Ersten und selbst noch vor dem Zweiten Weltkrieg verstanden hat? Die Vereinigten Staaten hinter den Ozeanen? China hinter seiner Mauer? Im viel kleineren europäischen Rahmen gewiß niemand. Selbst ein Isolationismus im Stil Albaniens als eine Form der Unabhängigkeit ist nicht länger lebensfähig, wenn er es jemals war.

Die meisten europäischen Länder sind heutzutage zu klein, um die modernen technologischen Produkte und Systeme allein herzustellen. Um auf mein eigenes Land zurückzukommen: Ein Volvo ist heute oft zu nicht mehr als 60 Prozent schwedisch. Unser neues Kampfflugzeug, der "Gripen", hat ein amerikanisches Triebwerk und wird mit ausländischen Waffensystemen bestückt. Viele Probleme sind einfach zu groß, als daß einzelne Staaten sie allein bewältigen könnten. Das gilt insbesondere für Umweltfragen, aber auch für die legalen und illegalen Migrationsbewegungen.

Es ist auch für junge Leute in Europa immer alltäglicher geworden - Stichwort: Euro-Trailer;- , in dem einen Land geboren zu sein, in einem anderen zu studieren, im dritten zu heiraten, in einem vierten zu arbeiten und die Ferien in einem fünften Land zu verbringen. Das mag etwas übertrieben klingen. Tatsächlich betrachten sie aber Europa als eine Einheit und verteilen ihre Gefühle auf viele traditionelle Länder. Sie verlangen nicht nur Bewegungsfreiheit, sondern eine Neuordnung des Heimatrechts und der Staatsbürgerschaft, die eine größere europäische Identität widerspiegeln sollen.

Tatsache ist, daß die Europäische Gemeinschaft jetzt die Maßstäbe für Europa als Ganzes festlegt, ob einem das nun gefällt oder nicht. Nur durch aktive Teilnahme an diesem Werk können wir in Zukunft das ausüben, was man als souveräne Rechte bezeichnen könnte. Wir müssen unsere Souveränität mit jener der anderen Europäer vereinigen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Länder, die es vorziehen, außerhalb dieser Integration zu bleiben, werden nicht unabhängiger sein als die anderen. Im Gegenteil, sie werden das verlieren, was auch immer sie für ihre Unabhängigkeit gehalten haben. Ohne Stimme in Brüssel oder Straßburg werden sie fast alles akzeptieren müssen, was dort entschieden wird. Früher nannte man solche Länder reichsabhängige oder Protektorate. In dieser Welt, in der nicht nur die Interdependenzen zunehmen, sondern auch die Integration wächst, erscheint Neutralität mehr und mehr als eine Art Zwangsjacke.

Vor diesem Hintergrund kamen wir zu der Schlußfolgerung, daß auch wir der Europäischen Gemeinschaft beitreten sollten, daß die Zeit dafür nun reif wäre. Der Kalte Krieg war vorüber, und Neutralität in ihrer bisherigen Form war nicht mehr gefragt.

Die Zeit ist gekommen, nicht nur die Ressourcen, sondern auch die Souveränität gemeinsam einzusetzen, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Die schwedische Regierung spricht jetzt von "Europäischer Identität", wenn sie ihre Außenpolitik definieren will.

Doch werden wir dadurch nicht unsere nationale oder kulturelle Identität verlieren? Werden die Schweden nicht zu einem "Minnesota" der Vereinigten Staaten von Europa werden? Nein; denn trotz aller Migrationsbewegungen wird Europa gewiß nicht zu einem Schmelztiegel im amerikanischen Sinne werden. "E pluribus unum" liegt nicht im europäischen Ehrgeiz. Pluralismus wird weiter ein Signum sein. Es wird in diesem Sinne das "Europa der Vaterländer" bleiben, "l'Europe des patries", wie es General de Gaulle vorschwebte. Was auch immer mit dem Pfund geschehen mag, es wird immer eine englische Krone geben, wenn ich es so ausdrücken darf.

In Deutschland, wo ich jetzt als Botschafter tätig bin, habe ich einige Leute sagen hören, der ECU sei eine Art Esperanto-Geld. Nun, die Europäer werden nicht in Esperanto oder irgendeiner anderen Eurosprache miteinander reden, aber sie werden gegenseitig die Landessprache lernen müssen. Königin Beatrix der Niederlande - und die Holländer sind, wie wir alle wissen, Altmeister, wenn es um europäische Sprachen geht - sagte einmal, Europäer zu sein bedeute, zwei oder möglicherweise drei europäische Sprachen zusätzlich zu der eigenen sprechen zu können. Das Europa der Bürger könne kein Europa sein, das vornehmlich von Dolmetschern und Übersetzern bevölkert werde. Genau das ist es.

Hat jemand bemerkt, daß sich der holländische National Charakter verändert hätte, seitdem Holland der Europäischen Gemeinschaft beigetreten ist? Oder der Nationalcharakter der Dänen? Ich nicht. Nein, die Stärke Europas liegt, wie es immer der Fall gewesen ist, in seiner Pluralität. Europa ohne die Deutschen, die Franzosen, die Briten, die Italiener wäre nicht Europa. Aber wir brauchen auch die kleineren - die Holländer, die Iren, die Portugiesen und so weiter.

Falls die größeren Länder das jemals vergessen und eine Politik der Vorherrschaft anstreben sollten, würde die Gemeinschaft sofort aufhören, ein Instrument der freiwilligen Gemeinsamkeit für Ressourcen und Souveränität zu sein, und es würde riskieren, zu einer zweiten Sowjetunion oder zu einem Jugoslawien zu werden. Die kleineren Mitgliedsstaaten würden dann alle wie die Esten oder die Slowenen reagieren.

Die Europäische Gemeinschaft, um deren Mitgliedschaft wir uns jetzt bewerben, darf niemals zu einem Gefängnis für ihre eigenen Völker werden oder ein Imperium gegenüber den anderen, sondern sie muß ein Hort des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands sein. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen einer freiwilligen Union, die sich auf Vernunft, Verständnis und Toleranz gründet, und einer Zwangsverbindung.

Wir haben diesen Unterschied begriffen, nicht zuletzt wegen unserer unglückseligen Union mit Norwegen im letzten Jahrhundert. Wir freuen uns auf eine neue Partnerschaft nicht nur mit unseren nordischen Nachbarn, sondern mit allen Europäern.

"Europa der Regionen", das ist ein Schlagwort mit großer Anziehungskraft. Unsere Region ist der Ostseeraum - nennen wir ihn eine neue "Hanse"-, in dem die Beziehungen für alle Formen des Handels und der Zusammenarbeit auf lange Sicht sehr vielversprechend sind, nicht zuletzt mit dem Land, in dem wir uns heute befinden. Wir begrüßen die deutsch-dänische Initiative vom letzten Jahr, die in diese Richtung weist.

Aber eine Region besteht nicht nur für sich allein, und Europa ist keine Welt für sich. Wenn die europäischen Werte, das Erbe von Jerusalem, Athen und Rom, Früchte tragen sollen, wie wir es alle hoffen, dann darf sich Europa nicht in eine "Festung" verwandeln, sondern muß offenbleiben sowohl zum Westen, insbesondere nach Amerika hin, als auch zum Osten, also gegenüber Japan, und zum Süden, das heißt zu dem Teil der Erde, den wir die Dritte Welt zu nennen pflegen.

Sie werden mir sicher zustimmen, daß dies eine höchst anregende Herausforderung für uns alle bedeutet.

### **Meyer-Landrut**

Fast möchte ich nach den beiden Referaten sagen: glückliches Schweden, geschlagenes Baltikum!

### **Varga**

Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte Jean-Paul Sartre einen Essay mit dem Titel: "Ist der Existentialismus ein Humanismus?" Darin setzte er sich mit der Frage auseinander: Wie sollen wir uns verhalten, wenn wir vor eine Herausforderung gestellt sind und uns entscheiden



müssen, so oder so zu handeln? Sartres Antwort lautet, daß wir die Lösung nur in uns selber finden können und unser eigenes Gewissen befragen müssen. Seine Botschaft ist: Jede Entscheidung muß von uns selbst getroffen und verantwortet werden und kann auf niemand anderen abgewälzt werden.

Das liegt auf der Linie dessen, was Herr Jürgensen im Hinblick auf die europäischen Beziehungen gesagt hat: In den Regionen, die vormals zum alten Europa gehörten und die jetzt wieder zu Europa zurückkehren, müssen einige wegweisende Entscheidungen getroffen werden, für die uns kein theoretisches und praktisches Konzept zur Verfügung steht, das uns zeigt, wie die Transformation von einer zentralistischen Planwirtschaft in eine freie Marktwirtschaft zu bewerkstelligen wäre.

Dazu zwei Überlegungen. Erstens: Es kommt darauf an, für die mitteleuropäischen Länder individuelle, eigenständige, kreative Methoden und Strategien auszuarbeiten.

Zweitens: Keines der westlichen Länder, auch nicht von den Mitgliedsländern der EG, war bisher in der Lage, uns dafür brauchbare Hilfen anzubieten. Aufgrund ihrer zentralen Lage in Europa und ihrer historischen Bindungen zu Mitteleuropa, nicht zuletzt aufgrund des Versuchs, in den neuen Bundesländern der ehemaligen DDR einen erfolversprechenden Weg einzuschlagen, haben sich die Deutschen mit diesen Fragen zweifellos am intensivsten auseinandersetzen müssen.

Ich meine, in einer außergewöhnlichen Situation oder unter ungewöhnlichen Bedingungen ist eine ganz neue Denkweise erforderlich. Als geschichtliches Beispiel könnte man hierfür vielleicht die Weimarer Republik anführen, deren Niedergang für Deutschland zweifellos eine Tragödie war. Zugleich entstand in dieser Zeit aber auch ein neues Verfassungsverständnis in ganz Europa. Es ist sicher kein Zufall, daß Carl Schmitt mit seiner Verfassungslehre, gewissermaßen eine Fallstudie zum Dritten Reich, eine solche Berühmtheit erlangte, weil es einmal mehr darum ging, wie die Menschheit sich unter solch außergewöhnlichen Umständen verhalten muß, um überleben zu können.

Die besonderen Bedingungen in einer außergewöhnlichen historischen Situation setzen also eine von Grund auf neue Denkweise voraus und eine völlige Neuorientierung der bisherigen Denktraditionen. Für Deutschland hat sich diese intellektuelle Herausforderung und die Notwendigkeit eines Neubeginns angesichts von grundlegenden Veränderungen gleich zweimal gezeigt. Zum einen nach der totalen Niederlage von 1945, als die Siegermächte Deutschland gewissermaßen ein neues Regime von außen auferlegten. Zum anderen für die Bundesrepublik in bezug auf das, was sich DDR nannte. Es waren also keineswegs nur demokratische Prozesse, die von innen heraus zu einer Neugestaltung führten, sondern es gab so etwas wie eine höhere Autorität von oben, die dazu beitrug und sich so als hilfreich erwies.

Ich erwähne dieses Beispiel deshalb, weil die Länder Mitteleuropas zweifellos mit einem Wiederaufbau konfrontiert sind, der einen völligen Neubeginn unter sehr schwierigen Bedingungen bedeutet. Diese Notwendigkeit eines generellen gesellschaftlichen Umbaus wirft die Frage nach den Mitteln auf, wie dies am besten zu bewältigen ist.

Was für diese Länder notwendig ist und wahrscheinlich auch stattfinden wird, ist nicht eine bloße Übertragung westlicher Ideen, die in den meisten Fällen unter ausgewogenen sozialen Verhältnissen entstanden sind, die wir bei uns nicht antreffen. Vielmehr bedarf es eines ganz neuen, eigenständigen Denkansatzes. Natürlich orientiere ich mich persönlich an den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie und Verfassung, die den Rahmen für die Umstrukturierung abgeben müssen. Wir wollen also durchaus auf die westlichen Ideen, die wir für den Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft dringend benötigen, nicht verzichten. Wir müssen sie aber insoweit modifizieren, daß sie den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Gesellschaften gerecht werden.

## Hoagland

Wir bewegen uns auf eine Situation zu, wie hier verschiedentlich deutlich wurde, wo auf der einen Seite keine der Supermächte mehr einsatzfähige Streitkräfte in Europa hat, es aber auf der anderen Seite im Interesse der Amerikaner liegen müßte, ihre militärische Präsenz in Europa aufrechtzuerhalten. So verstehe ich auch den Ruf nach einer fortdauernden amerikanischen Präsenz in Europa. Ich stimme dem intellektuell und emotional voll zu. Aber es besteht kein Zweifel, daß die öffentliche Meinung in Amerika dies immer mehr in Frage stellt, weil man sich nur sehr schwer eine Situation in Europa vorstellen kann, in der amerikanische Truppen tatsächlich gebraucht würden.

Sie wissen, daß die Amerikaner nicht einmal den Einsatz von amerikanischen UN-Beobachtern in Jugoslawien für möglich halten. Ich bezweifle in der Tat ernsthaft, daß die öffentliche Meinung in Amerika den Einsatz von amerikanischen Truppen in Jugoslawien, in welcher Form auch immer, unterstützen würde. Die einzige mögliche Ausnahme könnte eine Verstärkung des Ölembargos und anderer Sanktionen von außerhalb sein.

Wir kommen mehr und mehr dahin, daß die amerikanischen Truppen in Europa nur noch die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses finden für Aufgaben außerhalb Europas, am wahrscheinlichsten wiederum im Nahen Osten. Hoffen wir, daß das nicht nötig sein wird, aber nur dort vermag ich mir in der nächsten Zeit einen Einsatz vorzustellen.

Das Problem ist, wie der europäischen und der amerikanischen Öffentlichkeit und damit auch unserem Parlament klarzumachen ist, warum die amerikanische Präsenz in Europa künftig überhaupt nötig sein wird. Ich sage ganz offen, daß ich dazu in diesem Jahr noch nicht sehr viele überzeugende Antworten gehört habe.

Ich meine, wir müssen über diesen widersprüchlichen Tatbestand noch eingehender nachdenken, wie man beispielsweise der deutschen Öffentlichkeit erklärt, daß amerikanische Truppen in Deutschland stationiert sind, um im Nahen Osten eingesetzt zu werden. Wenn wir dies nicht offen legen wollen, dann müssen wir uns überlegen, was wir sagen, das für die Deutschen überzeugend und glaubwürdig ist und zugleich auch der amerikanischen öffentlichen Meinung gesagt werden kann.

### **Meyer-Landrut**

Dazu nur eine Bemerkung. So wie sich Verteidigung und militärische Möglichkeiten im Zeitalter der Atomwaffen entwickelt haben, muß es zumindest ein globales System geben, um diese Waffen zu kontrollieren. Und wie sollen die Amerikaner dabei eine entscheidende Rolle spielen, wenn sie nicht in Europa sind?

Die Nahostproblematik kommt natürlich hinzu. Aber es ist nicht nur eine Frage des Nahen Ostens. Die geographische Situation in Europa insgesamt verlangt Engagement und Präsenz der Amerikaner. Dies den Europäern verständlich zu machen, dürfte nicht allzu schwierig sein. Es sollte auch möglich sein, das der amerikanischen Öffentlichkeit und dem Kongreß zu vermitteln. Die Drehscheibenfunktion des Frankfurter Flughafens während des amerikanischen Einsatzes in Kuwait ist doch ein höchst eindrückliches Beispiel.

### **Butenschön**

Daß das Baltikum ein magischer Ort ist, davon haben wir uns gestern abend beim Sonnenuntergang von Pirita mit eigenen Augen überzeugen können. Vor 50 Jahren hat dieser Raum einen Amerikaner fasziniert, den Sie alle kennen: George F. Kennan, der in Tallinn und Riga seine diplomatische Karriere begann und hier Russisch und das Handwerk eines Kremlexperten erlernte.

Das Baltikum war gegen Ende der 20er und zu Beginn der 50er Jahre eine Art Vorposten. Die Amerikaner unterhielten bis zu Beginn der 30er Jahre keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. George Kennan war hier, um aus der Nähe zu beobachten, was in der Sowjetunion vor sich geht. Das Baltikum hat seither seine Bedeutung als Vorposten nicht verloren. Am Rande des Imperiums wußten die kleinen Völker mit ihrem weiteren Horizont immer sehr viel besser als Politiker und Journalisten in Bonn, Paris, London oder Washington, wohin die Sowjetunion treibt. Dazu zwei Beispiele.

Auf dem Ersten Volksdeputiertenkongreß in Moskau im Juni 1989 haben 50 Volksdeputierte aus dem Baltikum einen Antrag eingebracht, den damals niemand beachtete, der aber im nachhinein als historisch zu bezeichnen ist. Sie verlangten nämlich von dem neuen Vorparlament der ehemaligen UdSSR, die Rolle der Streitkräfte auf reine Verteidigungsfunktionen zu beschränken. Auch solle das Recht des Innenministers beschnitten werden, seine Truppen überallhin zu schicken - von denen einige später als "Schwarze Barette" berühmt-berüchtigt wurden;- und es möge auch das Recht des Präsidiums des Obersten Sowjets eingeschränkt werden, überall im Lande den Ausnahmezustand zu verhängen.

Der Volksdeputierte, der den Antrag damals begründete, war Professor Landsbergis aus Litauen. Dabei äußerte er die Befürchtung, wenn dies nicht geschehe, bestehe in der Sowjetunion die Gefahr eines Putsches à la Pinochet in Chile. Es könne sogar geschehen, daß das Präsidium des Obersten Sowjets Gorbatschow gefangensetze und sich selbst zur regierenden Junta erkläre. Diese Prophezeiung von 1989 ist fast zwei Jahre später Realität geworden.

Wenige Wochen später kam Marju Lauristin nach Hamburg. Wir saßen zusammen in der Chefredaktion des Norddeutschen Rundfunks, und Frau Lauristin entwickelte die gleiche Vision. Ihre Gedanken hat sie damals in einem Artikel für "Die Zeit" zusammengefaßt unter dem Titel "Der Status quo ist gefährlicher als radikale Veränderungen". "Die Zeit" hat diesen Artikel nicht gedruckt, was mir bis heute ein Rätsel ist.

Schon 1989 hatte die singende Revolution im Baltikum ihre intellektuelle Kapazität bewiesen. Die besten Reformideen zur Umgestaltung der ehemaligen Sowjetunion kamen aus dem Baltikum. Der Unionsvertrag, von dem im letzten Jahr so viel die Rede war, war eine estnische Idee von 1987. Damals schrie die Moskauer Zentrale Zeter und Mordio;, sprach von Separatismus, Nationalismus und Extremismus. 1991 hat Michail Gorbatschow dann selbst verzweifelt versucht, die Sowjetunion mit Hilfe eines Unionsvertrages zu retten.

Ich möchte behaupten, daß das demokratische Rußland bei den baltischen Völkern in die politische Schule gegangen ist. Ich habe in den dramatischen Januar-Tagen des Jahres 1991 hier und in Riga erlebt, wie diese Völker Barrikaden bauten. Und ich denke, es ist kein Zufall, daß die demokratischen Russen im August 1991 ebenfalls Barrikaden bauten, mit ihrer Flagge aufzogen und Tag und Nacht Wache hielten vor ihrem eigenen frei gewählten Parlament wie im Januar die Balten.

Vielleicht weiß der eine oder andere unter Ihnen, daß französische Wissenschaftler im Jahre 1989 Europa neu vermessen haben. Dabei haben die Franzosen festgestellt, daß die europäische Mitte 25 km nördlich von Vilnius liegt. Also nicht nur am Rande des sowjetischen Imperiums, sondern auch aus der Mitte Europas hatte - und hat man eine klarere und sensiblere Sicht vom ganz großen Nachbarn im Osten: von Rußland.

Die russische Frage hat mich gestern angesichts der großartigen europäischen Visionen, die hier entwickelt wurden, umgetrieben. Geographisch gehört Rußland natürlich /u Europa. Wenn wir davon ausgehen, daß die Mitte Europas in Litauen liegt, reicht Europa bis zum Ural. Doch über die Frage, ob Rußland politisch-historisch zu Europa gehört, sind, wie Sie wissen, ganze Bibliotheken geschrieben worden. Natürlich, die Kiewer Rus war ein europäisches Land. Drei Kiewer Prinzessinnen haben europäische Könige geheiratet; und ein französischer König hat seinen Krönungseid auf eine alt-slawische Bibel geschworen. Der Einfall der Tataren hat diese europäische Blüte beendet. Danach begann das Sammeln der russischen Erde unter den Großfürsten von Moskau, die in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts - während des livländischen Krieges - zum ersten Mal im Baltikum erschienen.

Nach Ivan IV., dem "Schrecklichen", erreichte Peter der Große, der im Nordischen Krieg den Schweden ihre Ostseeprovinzen wieder weggenommen hat, das große Ziel. Dazu schrieben die Historiker: Zar Peter habe seinem Reich ein Fenster nach Europa geöffnet. Rußland besaß dieses Fenster fast 200 Jahre lang.

Dann hat Rußland sich in 70 Jahren Sowjetmacht aus Europa verabschiedet und sich selbst ruiniert. Es kommt heute mit ungeheuren ökonomischen, sozialen, politischen und nationalen Problemen zurück nach Europa. Die Frage, ob sich Rußland in Europa integrieren läßt oder nicht, können wir aber erst dann stellen, wenn wir wissen, mit was für einem Rußland wir es überhaupt zu tun haben. Haben wir es mit einem demokratischen Rußland zu tun oder mit einem imperialen? Diese Frage hat sich mir erneut gestellt, nachdem ich die Ausführungen von Herrn Lopatin und Herrn Meri gehört habe.

Wir Europäer sind nicht einmal in der Lage, den Krieg in Jugoslawien zu beenden und wollen Rußland integrieren, das mit vielen potentiellen Jugoslawiens nach Europa zurückkommt. Wir wollen Rußland integrieren, das selbst noch nicht weiß, was es will. In Rußland standen und stehen sich immer zwei Lager gegenüber, die in der Geschichte die Westler und die Slawophilen hießen. Einflußreiche konservativ-nationale Kreise in Rußland fürchten heute einen Ausverkauf durch die Jelzin-Führung, wie Herr Blech andeutet.

Wir haben es also mit einem gespaltenen Rußland zu tun, das überdies sein Fenster nach Europa verloren hat. Ich meine, Rußland ist nicht zu integrieren, solange es sich nicht zu einer civic society entwickelt hat. Bis dahin kann man mit Rußland nur kooperieren. Deshalb sollten wir bei der Integration mit den kleinen Völkern, mit den kleinen Regionen, insbesondere mit dem baltischen Raum beginnen, der in der Geschichte stets die Funktion einer Brücke zwischen Ost und West erfüllt hat. Wenn die Integration hier gelingt, kann sie auch in Rußland gelingen.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, noch einmal auf die besondere Rolle hinzuweisen, die die baltischen Völker beim Zerfall des sowjetischen Knebelimperiums gespielt haben. Vielleicht hören wir in Zukunft doch etwas genauer auf das, was sie zu sagen haben.

### **Oksaar**

Europa, so heißt es hier, müsse neu gestaltet werden; die alten Menschenbilder seien nicht mehr zu gebrauchen. Neue Gedanken und Vorstellungen müssen aber verbalisiert werden.

Nun kann kein Gedanke exakter sein als die Sprache, in der die Gedanken ausgedrückt werden. Und die Sprache ist bekanntlich früher da als die neuen Gedanken. Die Folge ist, daß bei gesellschaftlichen Veränderungen zwar neue Schlüsselwörter verwendet werden, ihr Inhalt aber häufig verschwommen bleibt.

So war hier des öfteren von europäischer Mentalität und der kulturellen Identität Europas die Rede. Mentalität ist eine sozialpsychologische Größe, die schwer zu bestimmen ist. Ich meine, wir sollten das Wort europäische Mentalität vermeiden, solange wir nicht einmal zureichend von einer deutschen, schwedischen oder estnischen Mentalität sprechen können.

Ähnlich verhält es sich mit der kulturellen Identität Europas. Der Ausdruck ist in meinen Augen ein semantischer Reduktionismus, der uns nicht viel bringt. Kennen wir die deutsche kulturelle Identität? Haben ein Münchener und ein Hamburger die gleiche Identität? Sicher nicht.

Es gab in den letzten Jahren eine viel verwendete, aber nicht ungefährliche Metapher: das europäische Haus, ursprünglich auch von de Gaulle gebraucht, die Gorbatschow später lebhaft aufgegriffen hat. Das Bild ruft aber auch unbequeme Fragen hervor: Wer wohnt im Souterrain? Wer wohnt im Penthouse? Wer zur lauten Straße? Wer baut sich im Garten noch eine Datscha? Glücklicherweise ist dieses Bild seit einiger Zeit wieder in der Versenkung verschwunden.

Es wäre ratsam, mit Begriffen und Bildern wie europäische Mentalität oder Identität, europäisches Haus äußerst vorsichtig umzugehen, weil sie eine Homogenität vorspiegeln, die nicht existiert.

### **Meyer-Landrut**

Ich halte diesen Hinweis für sehr wichtig, Frau Oksaar, daß wir auf unsere Sprache und die von uns verwendeten Begriffe achten sollten, mit denen wir unsere Wirklichkeit zu beschreiben versuchen.

### **Lendvai**

Wenn von westlicher Hilfe für Osteuropa gesprochen wird, dann ist viel - vielleicht zu viel - von Krediten, Know-how-Transfer und ähnlichem die Rede und weniger von einer anderen sehr wichtigen Komponente, die aber für den reichen Westen offenbar recht problematisch ist: der Zugang zu unseren Märkten. Ich erinnere nur an den Aufstand der Franzosen im vergangenen Jahr, als sie wegen 500 oder 600 Tonnen Rindfleisch den Ungarn, Polen und Tschechoslowaken den Zugang zur EG erschwert haben. Es ist offensichtlich leichter, allgemeine rhetorische Vorschläge über einen Marshallplan für Osteuropa zu machen, als die westlichen Märkte zu öffnen.

Es ist sicher richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland den weitaus größten Anteil an Finanzkrediten und materiellen Hilfen für den Osten aufbringt im Vergleich zu den anderen westlichen Staaten. Aber man sollte auch hinzufügen, daß Deutschland die Einheit sozusagen auf einem silbernen Tablett gereicht bekam und jetzt auch den Preis für den Rückzug der russischen Truppen zahlt.

Frau Oksaar hat zu Recht die Metapher vom sogenannten europäischen Haus kritisiert, übrigens ein Begriff, der zuerst von Adolf Hitler verwendet wurde; ein unerträgliches Klischee. Angesichts der Millionen von Menschen, die aus Rußland nach Polen, aus Polen nach Österreich und so weiter gelangen wollen, erleben wir, daß dieses "europäische Haus" gleich mehrfach verriegelt ist. Bosnische Flüchtlinge werden teilweise schon in Kroatien und in Slowenien zurückgewiesen oder spätestens in Österreich, wo sie dann darauf warten, daß sie nach Deutschland Weiterreisen dürfen - und inzwischen reden wir über europäische Identität. Hier sollten wir offener und ohne Heuchelei sprechen.

Ich selber gehörte zu den Menschen, die 1956/57 Ungarn verlassen haben. Damals bewies der Westen, vor allem aber Österreich, wirkliche Hilfsbereitschaft. Doch ich will auch nicht vergessen, daß es heute um ganz andere Größenordnungen geht. Allein aus Bosnien befinden sich weit über eine Million Menschen auf der Flucht.

Mich hat die Feststellung von Herrn Below beeindruckt, der der erste russische Intellektuelle ist, den ich so offen von der Mitverantwortung Rußlands für das, was sich in Osteuropa vor und nach dem Zweiten Weltkrieg abgespielt hat, habe sprechen hören. Wie er würde auch ich vor Pauschalurteilen warnen.

Damit komme ich zum Baltikum, das in meinen Augen eine Art Laboratorium ist hinsichtlich der Problematik: Minderheiten und Mehrheiten. Litauen kämpft gegen die russische Vorherrschaft und zeigt gleichzeitig keinerlei Sensibilität für die Sorgen der Polen. Ich kann einfach nicht glauben, daß

die 300.000 Polen in Litauen alles sowjetische Agenten sind, nur weil sie ihre eigene Sprache sprechen wollen und die Vergangenheit nicht vergessen haben.

Ich habe auch sehr genau zugehört, als es hierum das Verhältnis von Letten und Russen, von Esten und Russen ging. Auch da besteht die Gefahr eines Antirussismus, von unqualifizierten, undifferenzierten antirussischen Vorurteilen. Diese Gefahr sollte man nicht unterschätzen. Wenn hier die Drohung einer militärischen Intervention Rußlands beschworen wird, dann könnte das sehr leicht zu einer self-fulfilling prophecy werden. Ich kann mir jedenfalls keine russische Regierung, auch keine demokratische, vorstellen, der das Schicksal der 20 oder 25 Millionen Russen außerhalb der Grenzen Rußlands gleichgültig wäre.

Wenn wir hier über ein multikulturelles und pluralistisches Europa sprechen, dann geht es nicht an, daß in diesem Laboratorium Baltikum die Uhren rückwärts gehen. Ich erkenne natürlich auch die Gefahren, die diesen kleinen Ländern drohen. Aber ich sehe auch andere Möglichkeiten, wie man besser miteinander umgehen kann, und die Dialogmöglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft. Das Beispiel Serbiens macht auf erschreckende Weise deutlich, was geschieht, wenn eine Mehrheit ohne Rücksicht auf die Minderheit ihre Hegemoniebestrebungen durchsetzt.

Meine Warnung gilt also der Gefahr von Abgrenzung, Ausgrenzung und von Kleinstaatens-Imperialismus. Ich warne auch vor Illusionen, daß die Amerikaner, die Briten, die Franzosen oder die Deutschen in einer Situation, in der russischer Druck auf Estland, Lettland oder Litauen ausgeübt würde, massiv eingreifen würden. Deshalb sind hier in erster Linie die Volksgruppen und ihre Vertreter, die sogenannte politische Klasse, gefragt, diese Probleme auf möglichst friedliche Weise zu lösen.

### **Meyer-Landrut**

Nur zwei Bemerkungen zu Herrn Lendvai. Was die gegenwärtige Fluchtbewegung, etwa aus dem zerfallenen Jugoslawien, angeht, so haben Sie selbst auf die Zahlen hingewiesen, um die es dabei geht. Damit hat dieses Problem eine Dimension angenommen, die einen verantwortlichen Politiker vor die ernsthafte Frage stellt, was ein Land leisten kann, wenn es seine Grenzen öffnet. Natürlich sollte dabei der humanitäre Aspekt im Vordergrund stehen.

Sie sprechen vom Laboratorium Baltikum. Dabei darf man sicher die sehr großen Empfindlichkeiten nicht übersehen, die hier zu Recht bestehen. Zu der Zeit, als ich in Estland lebte, gab es hier insgesamt sieben Prozent Ausländer. Heute sind es an die 40 Prozent, allein Russen. Natürlich müssen Möglichkeiten eines gedeihlichen Zusammenlebens gefunden werden. Aber dafür ist Sensibilität auch von der russischen Seite gefordert. Warum überläßt man nicht die bereits aufgelassenen Stützpunkte den Esten und den Letten? Sie werden heute noch als russisches Eigentum betrachtet. Warum ist es nicht möglich, kleinere Schritte in Richtung Truppenabzug zu unternehmen, die sich dann auch auf das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen positiv auswirken würden? Das würde Rußland nichts kosten.

Es besteht sicherlich die Gefahr, daß Völker, die bisher unter russischer Herrschaft standen, einen übersteigerten Nationalismus vorexerzieren und zur Doktrin machen. Aber es gehört auch zur Verantwortung eines großen Staates, daß er sich den kleinen gegenüber großzügig verhält.

### **Lieven**

Wie Frau Oksaar tue ich mich schwer mit der Vorstellung unwandelbarer nationaler Identitäten, im Falle Rußlands etwa mit dem Gedanken an einen unveränderlichen russischen Imperialismus. Ich erinnere mich an die Reisebeschreibungen eines englischen Offiziers, der um 1880 im russischen Zentralasien unterwegs war und Rußland als ein Land ansah, das gewissermaßen von Natur aus für den Imperialismus geschaffen wäre. Der gute Mann starb acht Jahre später im Sudan während einer britischen Expedition, die er selber gewiß nicht als Ausdruck des Imperialismus aufgefaßt hätte.

Großbritannien und auch andere westeuropäische Nationen haben sich ihrer Imperien mit einigem Erfolg entledigt. Ich halte es für möglich, daß Rußland, beziehungsweise große Teile der russischen Bevölkerung, heute des Imperiums in einem ähnlichen Grade müde sind wie die englische Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg oder die französische in den frühen 60er Jahren. Ich sehe jedenfalls in der ganzen russischen Bevölkerung zur Zeit kein angeborenes Verlangen, das Imperium zu bewahren.

Gleichwohl gibt es natürlich Kräfte in Rußland, die solchen Ehrgeiz haben. Und ebenso bestehen Unterschiede zwischen dem russischen Reich beziehungsweise dem russisch-sowjetischen Imperium und den europäischen Imperien. Das trifft insbesondere für die Landesgrenzen zu und für die

russische Bevölkerung, die außerhalb der russischen Grenzen lebt. Aber die Frage zurückgelassener Minoritäten oder derjenigen Minoritäten, die geschützt werden mußten, war auch für die westeuropäischen Imperien ein großes Problem. Wir alle wissen, daß dies auch heute ein enorm schwieriges Problem ist, das entweder mit der Zeit gelöst werden kann oder Gefahr läuft, auf äußerst blutige Weise bereinigt zu werden, wie es jetzt in Moldawien der Fall ist. Deshalb würde ich Westeuropa eine gewisse Zurückhaltung anraten, wenn es um die Beurteilung der postimperialen Probleme Rußlands geht.

Was die russische Bevölkerung in den baltischen Staaten angeht, so besteht sicher ein Zusammenhang zwischen ihren Bürgerrechten und der russischen Militärpräsenz, wie Herr Meyer-Landrut andeutete. Aber das ist nicht ein und dasselbe. Wir könnten sicher alle zustimmen, daß die russischen Truppen sobald wie möglich aus dem Baltikum abgezogen werden sollten. Aber es wäre gewiß gut, von den Repräsentanten der baltischen Staaten zu erfahren, wie sie sich auf lange Sicht die Integration der russischen Bevölkerung in die hiesigen baltischen Gesellschaften vorstellen. Denn da wird einiges zusammenphantasiert, wie wir gestern von Herrn Rützel gehört haben, daß beispielsweise große Teile der Russen im Baltikum ermutigt werden könnten, nach Rußland zurückzugehen und dort irgendwo Forst- oder Landwirtschaft zu betreiben. Ich glaube einfach nicht, daß dies geschehen wird, vor allem angesichts der ungeheuren Anzahl Arbeitsloser in Rußland selbst, die sicher genau das gleiche zu tun versuchen.

Deshalb halte ich es für wichtig, daß das Problem der russischen Minderheiten im Baltikum konkret angepackt wird. Die Frage der Staatsangehörigkeit ist nur ein Aspekt, vielleicht nicht einmal der wichtigste. Ein großes Problem besteht zum Beispiel in Lettland bei den Renten für die sowjetischen Veteranen, die dort bleiben wollen und die einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen.

Ich war kürzlich im Hafen von Liepaja (für die Deutschen: Liebau), der jetzt ein großer Kriegshafen ist und früher ein wichtiger Handelshafen war. Ich habe dort versucht, die Stimme des Volkes einzufangen, also mit dem Mann auf der Straße zu sprechen, um mir ein Bild von der öffentlichen Meinung zu machen. Der Anteil der russischen Bevölkerung in dieser Stadt beträgt 67 Prozent. Mein Eindruck war nicht, daß die Menschen von der Vorstellung eben sehr begeistert waren, die Marine dort zu behalten, weil sie sehr wohl erkannt hatten, daß die Übernahme des Hafens durch die Marine dem Wohlstand Liepajas ausgesprochen abträglich gewesen war. Was sie indes wirklich in Aufregung versetzte, war die Vorstellung, daß die Veteranen, die dort über ein Viertel der russischen Bevölkerung ausmachen, durch Pensionszahlungen in Rubel mit hoffnungslos schlechten Wechselkursen, überdies verbunden mit diversen Nachteilen etwa bei den Wohnverhältnissen, in erniedrigendes Elend gestoßen werden könnten.

Dies sind konkrete soziale Probleme, die sehr ernste Folgen für die innere Stabilität der baltischen Staaten und ihre Beziehungen zu Rußland haben könnten. Diese Probleme müssen konkret angepackt werden. Sie eignen sich nicht für weitschweifige Diskussionen über russischen "Imperialismus" oder russische Militärpräsenz.

Ich möchte abschließen mit einem Gedanken von George F. Kennan. Zufällig habe ich vor kurzem seine Memoiren gelesen. Er kommt darin unter anderem auf Riga zu sprechen. Frau Butenschön erwähnte den Charme der baltischen Staaten, den auch ich sehr stark empfinde. Kennan schreibt, viel von dem Charme Rigas sei zerstört worden durch den, wie er sagt, lettischen Sprach-Chauvinismus, der sich gegen die verschiedenen nationalen Minoritäten jener Zeit richtete.

## Lauristin

Zunächst eine Bemerkung zum "Europäertum" beziehungsweise zum Begriff der europäischen Mentalität.

Wir kennen aus der Soziologie die Methode, die Funktionen eines Faktors dadurch herauszufinden, daß man Situationen untersucht, in denen dieser Faktor fehlt. In dieser Hinsicht gibt es zum Beispiel wichtige Forschungen über die Funktion von Tageszeitungen. Dies ließe sich auf die baltischen Bevölkerungen - die Letten, Litauer und Esten - übertragen, weil man an ihnen sehr gut feststellen kann, was "europäisch" bedeutet, allein aufgrund der Tatsache, daß wir Balten so lange von Europa getrennt waren.

Mag sein, daß wir eine Art "Europa-Nostalgie" entwickelt haben. Aber mir ist vor kurzem wieder klargeworden - während eines Aufenthaltes beim Europarat in Straßburg im wiederbelebten Kontakt mit der Realität der europäischen Strukturen und des europäischen Lebens;- , daß ein sehr großer Teil unserer sogenannten "nationalen Bewegungen" und "nationalen Bestrebungen" darin begründet war, für unsere europäische Identität zu kämpfen, um "europäisch" zu bleiben.

Für uns ist dieser Tatbestand von erheblicher praktischer Bedeutung, der in unserer Geschichte tief verwurzelt ist. Deshalb bin ich Frau Butenschön auch sehr dankbar, daß sie die historische Bedeutung unserer Situation herausgestrichen hat, ohne daß ich dieses Thema jetzt weiter ausführen kann.

Ich weise nur daraufhin, daß der "europäische Faktor" aus unserer Sicht stets gefährdet ist, weil dem europäischen Geist immer auch ein Hang zur "Selbsterstörung" innewohnt. Diese Neigung zur Selbsterstörung beruht nicht zuletzt auf dem Widerspruch zwischen dem verallgemeinernden, abstrakten Denken und der konkreten, heterogenen Wirklichkeit. Dafür scheint mir das Konzept einer neuen zentralisierten "europäischen Architektur" mit seinem Kern in Brüssel durchaus ein Beispiel zu sein. Aber das ist eine andere Frage, und ich will mich hier nicht mit den ökonomischen und kulturellen Implikationen befassen.

Was ich deutlich machen möchte, ist, daß wir für Europa einiges an Erfahrungen einbringen können. Der Club of Rome hat ein sehr gutes Buch über Erziehung und Lernen herausgebracht, dessen Hauptgedanke ist, daß Menschen - leider - vor allem durch Schockerfahrungen lernen. Die Europäer haben dadurch zweifellos sehr viel gelernt. In diesem Sinne war der Zweite Weltkrieg sicher der entscheidende Lernprozeß für die Europäer. Im Baltikum haben wir diesen Schock durch die sowjetische Besatzung schon ein wenig früher als etwa Ungarn oder die Tschechoslowakei erlebt. Wenn West- und Osteuropäer sich jetzt überhaupt gegenseitig verstehen wollen, müssen wir einsehen, daß unsere Lernerfahrungen, auch wenn wir sie durch sehr unterschiedliche Schocks gewonnen haben, dennoch eine gemeinsame Wurzel haben, nämlich in jener Neigung des europäischen Geistes zum Totalitarismus begründet sind.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die Russen im Baltikum. Ich bin mit dieser Frage sehr direkt konfrontiert, weil ich den Vorsitz der amtlichen Kommission des estländischen Hohen Rates inne habe, die Verhandlungen mit Narva und einigen anderen Regionen führt, in denen überwiegend russische Bevölkerung lebt. Wir befassen uns mit verschiedenen konkreten Problemen, die gelöst werden müssen. Dabei handelt es sich etwa um Wohnprobleme, Fragen der Privatisierung, medizinische Versorgung, kulturelle Fragen und so weiter. Damit sind wir aber nur auf geringe Bereitschaft von russischer Seite gestoßen. Keiner unserer konkreten Gesetzesvorschläge ist auf unseren Zusammenkünften diskutiert worden, weil unsere Gesprächspartner sich weigerten, darüber zu sprechen. Zur Begründung hieß es, sie würden zuvor vom estnischen Parlament verlangen, das Gesetz über die Staatsbürgerschaft zu ändern. Falls dies nicht geschehe, würden sie in Moskau vorstellig werden, um von dort Druck ausüben zu lassen.

Selbst als wir konkrete Beweise vorlegten, daß es zum Beispiel keine Verknüpfung von Staatsbürgerschaft und Eigentumsrechten oder Ansprüchen auf Sozialfürsorge gibt, das gilt auch für alle anderen praktischen Fragen, mit denen wir es zu tun haben;- und klarmachten, daß es keinerlei Diskriminierung wegen der Staatsbürgerschaft gibt, erhielten wir keine Antwort.

Gleichzeitig hörten wir, daß der russische Außenminister, Herr Kosarew - so liberal, lieb und nett, wie er ist-, die baltischen Staaten in Straßburg ohne ersichtlichen Grund angegriffen habe. Die Krisenthemen, etwa die Gewalttätigkeiten in Moldawien oder schwerwiegende Probleme in Rußland, hat er überhaupt nicht berührt. Das einzige Problem, das der russische Außenminister dem Europarat, in dem sich Rußland um Mitgliedschaft bewirbt, präsentiert, ist die Bedrohung, die für Europa angeblich von den baltischen Staaten ausgeht. In einem Memorandum von russischer Seite hieß es, die Ereignisse in Narva könnten ganz Europa destabilisieren. Welche Ereignisse? Wenn ich mit Menschen aus Narva zusammentreffe, nahezu jede Woche, muß ich feststellen, daß sie an einer Lösung der Probleme überhaupt nicht interessiert sind. Sie setzten ihre ganze Hoffnung auf die Politik Moskaus. Meine Vermutung ist, daß sie nur Figuren in einem Spiel sind, das anderenorts inszeniert wird.

Wenn ich mir in diesem Zusammenhang die Rede von Herrn Chasbulatow vor Augen halte, die er in Königsberg gehalten hat, und in der er sagte, die Balten seien für die Unabhängigkeit noch nicht reif, dann gehört das für mich ebenfalls zu diesem Szenario. Warum wird dieses Spiel gerade jetzt veranstaltet, zu einem Zeitpunkt, da die baltischen Staaten sich um die Mitgliedschaft im Europarat bewerben und sich die EG einer engeren praktischen Zusammenarbeit nähert? Jetzt, da das Konzept der "Brücke" immer populärer wird und wir kurz vor unseren Wahlen an einem Wendepunkt unserer politischen Geschichte stehen? Ich könnte das noch weiter ausführen.

Wir können darin nur den Versuch des neuen russischen Imperialismus sehen zu verhindern, daß die Balten in das europäische Netzwerk so weitgehend integriert werden, daß sie daraus in Zukunft nicht mehr herauszulösen sind.

Dafür werden die hier lebenden Russen benutzt. Es geht also gar nicht um sie, um ihre eigenen Interessen, sondern um einen politischen Trumpf in russischer Hand. Wie hilft Moskau denn den Russen bei uns? Der Mangel an Rohstoffen, die auf die russische Grenzblockade zurückzuführen ist, trifft zuerst die russischen Arbeiter. Wenn wir unsere eigene Währung einführen, müßte Rußland den russischen Veteranen hier helfen, indem es Rubel transferiert, damit wir die Pensionen auszahlen können. Aber solche Themen beunruhigen sie nicht im geringsten.

Wenn wir in Verhandlungen eintreten sollen und konkrete Vorschläge zur Entmilitarisierung und dergleichen machen, warum kann man das nicht als einen Schritt in Richtung auf gegenseitige Vertrauensbildung verstehen, die uns helfen würde, die sozialen Probleme der hier lebenden russischen Zivilbevölkerung anzugehen und nicht als Teil der Kolonisierung, Militarisierung und so weiter? Das, was die Russen wollen und auch ganz offen zugeben, ist, daß die Anwesenheit der Russen hier ein Grund sei, um die Truppen für die nächsten zehn Jahre dazubehalten. Es liegt auf der Hand, daß daraus ein größerer Konflikt entstehen kann, der dann die Stationierung von noch mehr Truppen erforderlich macht.

Wenn wir Konflikte in Estland verhindern können, wie wir das während der schlimmen Tage der Putschversuche getan und in Estland den Frieden erhalten haben, und wenn die russische Bevölkerung bei uns vermutlich auch lieber in Frieden leben möchte, als Rußland zum Trumpf zu dienen, so erhebt sich die Frage, wer denn die Russen hier wirklich schützt.

Die irreführende Einstellung, die sich mitunter auch in westlichen Zeitungen oder bei internationalen Konferenzen findet, daß die russische Minorität hier in Gefahr sei und so weiter und so fort, könnte auch als Teil der psychologischen Kriegsführung benutzt werden, die gegenüber den baltischen Staaten praktiziert wird.

Ich will damit nicht sagen, daß wir keine großen innenpolitischen Probleme hätten. Wir haben beispielsweise sehr ernste Konflikte zwischen den liberalen demokratischen Kräften einerseits, die eine Lösung der Probleme auf gesetzlicher Grundlage und orientiert an den europäischen Standards anstreben, und den sogenannten "Fundamentalisten" andererseits, die gegen diese Art der Lösung sind. Aberman sollte auch begreifen, daß der Druck von russischer Seite und die Fehlinterpretationen im Westen hauptsächlich den "Fundamentalisten" helfen, die behaupten, die russische Bevölkerung hier diene nur als "fünfte Kolonne" für Rußland.

Wir müssen eine gemeinsame demokratische! Grundlage schaffen, um diese sehr schwierigen Probleme zu lösen. Denn unsere innenpolitischen Bemühungen, auf dem demokratischen Weg zu bleiben, die Probleme mit den Russen durch Verhandlungen und auf gesetzlicher Basis zu lösen, sind außerordentlich wichtig. Doch unter Druck werden die Dinge verzerrt, und wir müssen uns gleichzeitig mit unseren innenpolitischen Problemen und diesem Druck herumschlagen. Ich bin darüber wirklich sehr besorgt.

Ich werde mich mit den Narva-Russen erneut am 5. Juni treffen. Sie haben uns mitgeteilt, daß sie vor diesem Treffen nach Moskau gehen wollen. Ich hoffe, daß sie in der Lage sein werden, konkrete Vorschläge über konkrete Gesetze zu machen. Wir haben bereits solche Vorschläge unterbreitet, aber ich bin leider sicher, daß auch dieses Treffen nur von politischer Rhetorik bestimmt sein wird, ohne jede konkrete gesetzliche und soziale Grundlage für die Lösung der Probleme.

## Lieven

Mir ging es vor allem um Vorgänge in Lettland, nicht in Estland. In der Tat besteht ein erheblicher Unterschied zwischen dem Staatsbürgerschafts-Gesetz, das in Estland vorgesehen ist, und dem, das in Lettland geplant ist, wenn es auch noch nicht verabschiedet wurde. Der russische Bevölkerungsanteil in Lettland ist überdies sehr viel größer.

Dennoch will ich daraufhinweisen - das gilt wiederum mehr für Lettland als für Estland;-, daß man noch vor zwei Jahren von der lettischen Nationalbewegung, der Volksfront, ganz andere Tone über die Russen vernehmen konnte als heute. Der lettische Standpunkt hat sich im vergangenen Jahr sehr verändert, der estnische sehr viel weniger. Herr Vulfsons erwähnte das Referendum vom letzten Jahr. Damals betonten die Volksfrontvertreter, daß eine Mehrheit der russischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit Lettlands gestimmt habe - was übrigens nicht zutraf. Jetzt herrscht in öffentlichen Äußerungen, wie bei Herrn Vulfsons, die entgegengesetzte Tendenz vor, indem man behauptet: Nur eine kleine Minderheit habe für die Unabhängigkeit gestimmt.

Mit anderen Worten, auf baltischer Seite hat sich die Einstellung gegenüber der russischen Bevölkerung erheblich verändert. Man hätte auch sagen können - wie das während des Referendums der Fall war: Ein großer Teil der russischen Bevölkerung hat für die Unabhängigkeit gestimmt, und wir



kämpfen für jene Parole, die vielfach in der Vergangenheit benutzt wurde: Unsere Freiheit ist auch die Eure.

### **Meri**

Wir stehen hier vor einem psychologischen Problem. Worum es in Estland, Lettland und Litauen geht, ist im Grunde die Bewältigung der Dekolonisierung. Für uns Europäer ist dies aber ein Begriff, den wir zwar in bezug auf Afrika, Asien oder Südamerika verwenden, der uns jedoch für die hiesige Situation unpassend erscheint. Tatsache ist nun einmal, daß die Sowjetunion die größte und mächtigste Kolonialmacht gewesen ist - auch wenn George Bernard Shaw, Romain Rolland, Jean-Paul Sartre oder André Gide das seinerzeit anders gesehen haben. Aus dem Zusammenbruch ihres Kolonialreiches sind die Russen bisher noch nicht bereit, die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Als Gorbatschow das erste und hoffentlich auch das letzte Mal Estland besuchte, sprach er von Estland als einem Teil Rußlands, von der gemeinsamen Geschichte, von den jahrtausendealten Traditionen und so weiter. Kein Schüler würde mit solchen Behauptungen das Klassenziel erreichen.

Am 26. August 1987 veröffentlichte das Politbüro in Moskau ein Dokument, in dem uns baltischen Völkern der Tod angedroht wurde, wenn wir unser Demokratisierungsverfahren weiterführen würden. Wörtlich hieß es: Die baltischen Völker werden ihre Lebensfähigkeit einbüßen. Das ist die Sprache, die östlich von Brest-Litowsk mit uns geführt wird. Es ist eine Sprache, die Sie nicht in der "Frankfurter Allgemeinen" lesen, wenn ein gewisser Semjonow dort schreibt.

### **Meyer-Landrut**

Die Diskussion hat uns jetzt an einige bittere Punkte geführt. Wenn wir danach fragen, wie Europa zusammenfinden soll, dann kommen wir nicht darum herum, erhebliche Anstrengungen auf die Ausgestaltung der zwischenstaatlichen Verhältnisse zu legen und nach vorne zu blicken, wenn wir vorankommen wollen.

Zu Gorbatschow möchte ich nur sagen, Herr Meri, daß wir ihn wiederum nach Deutschland eingeladen haben, um mit ihm im Rahmen eines Seminars über die politischen Entwicklungen seit 1985 zu diskutieren. Bei allen Fehleinschätzungen, die ihm anzulasten sind, hat er doch wesentliche Dinge richtig erkannt. Wir in Deutschland haben ihm jedenfalls viel zu verdanken, und das möchte ich auch in diesem Kreise nicht übergehen.

### **Meri**

Haben Sie seine letzten Reden in den Vereinigten Staaten gelesen? Er hat nichts dazugelernt, er ist ein Bourbone.

### **Lucas**

Hier ist viel von den historischen Belastungen des russisch-baltischen Verhältnisses gesprochen worden, die ich gar nicht in Abrede stelle, die wir aber auch nicht verabsolutieren sollten. Jede Extrapolation dieser Art führt leicht zu einer Fatalität der Geschichte, und das ist immer gefährlich.

Das Baltikum sieht sich nicht nur Belastungen gegenüber, sondern es hat auch gute Chancen. Dazu gehört beispielsweise seine relative Kleinheit. Die baltischen Staaten sind kein Faß ohne Boden, und westliches Engagement kann hier mit vergleichsweise geringen Mitteln eine große Wirkung erzielen. Auch die geographische Position ist eine Chance. Frau Butenschön hat zu Recht die Brückenfunktion der baltischen Staaten betont. Man sollte auch das Humankapital erwähnen; die Bevölkerung hier ist sehr gut ausgebildet und zeichnet sich durch eine offene, lernfähige Mentalität aus.

Ich sehe auch bestimmte Bereiche, in denen eine positive Entwicklung auf mittlere Sicht möglich ist. Ich denke an den Verkehrssektor, etwa die Idee einer Via Báltica, den Dienstleistungssektor, den Fremdenverkehr, die Lohnveredelung. Dazu müßten von Seiten der baltischen Staaten allerdings entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden; ich nenne nur das Privateigentum an Grund und Boden.

Was die westliche Politik gegenüber Rußland und dem Baltikum angeht, so sollten wir uns davor hüten, in Entweder-oder-Kategorien zu denken. Wir müssen erkennen: Wenn es Rußland nicht gut geht, kann es auch dem Baltikum nicht gutgehen. Das muß die Leitlinie westlicher Politik sein.

### **Vollmer**

In den estnischen und lettischen Beiträgen kommt sehr stark ein genereller Verdacht gegenüber Rußland zum Ausdruck. Dabei ist mir einmal mehr bewußt geworden - was ich an unserer eigenen Geschichte schwer gelernt habe;- , daß der Rechtsstaat auch den Täter schützen soll und nicht nur das Opfer, nicht zuletzt deshalb, weil das Opfer aufgrund seiner unmittelbaren Betroffenheit selten die Formen, Methoden und auch die richtige Sprache findet, um Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Übertragen auf die gegenwärtige Phase der Entkolonisierung des sowjetischen Imperiums bedeutet dies, daß andere mithelfen müssen, dem europäischen Rechtsstaatsgedanken hier zum Durchbruch zu verhelfen. Denn mein Eindruck ist, daß die direkt Beteiligten das untereinander nicht so gut hinbekommen werden. Deshalb würde ich ähnlich wie Herr Lendvai sagen, die baltischen Staaten dürfen sich keine Hoffnung machen, daß ihnen Europa im Falle einer ernstesten Bedrohung durch Rußland tatsächlich zu Hilfe kommen kann. Das heißt, sie müssen sich darauf konzentrieren, ihre Beziehungen zu Rußland mit den Mitteln der Diplomatie und Toleranz zu regeln.

Was Rußland betrifft, sollte man bei aller Kenntnis der Verbrechen in den letzten siebenzig Jahren doch in Erinnerung behalten, daß Rußland insofern einen unschätzbaren Beitrag zur europäischen Zivilisation geleistet hat, als es Diktaturen nicht nur Widerstand geleistet, sondern sie letztlich auch überwunden hat. Das galt nicht nur im Falle Napoleons oder Hitlers, sondern auch für ihre eigene Diktatur. Die Auflösung einer Diktatur ohne Krieg ist in der Geschichte ein wohl einmaliger Vorgang. Ohne daß ich die Opfer der baltischen Staaten kleinschreiben will, aber diese Diktatur ist nicht in erster Linie von außen überwunden worden, sondern durch die demokratischen Bewegungen in Rußland selbst. Das ist, meine ich, auch das Eintrittsgeld Rußlands in die europäische Zivilisation.

Ich bin auch nicht der Ansicht, daß die eigentliche Bedrohung in Rußland vom militärischen Bereich ausgeht. Da haben im Augenblick ganz andere Themen Vorrang, nämlich die chaotischen Zustände, die durch die Wanderungsbewegungen oder durch mögliche ökologische Krisen ausgelöst werden, oder auch die ungeheueren Schwierigkeiten, ein intaktes Verwaltungs- und Wirtschaftsgefüge aufzubauen.

Mir geht es aber noch um einen anderen Aspekt unserer Diskussion. Mein Eindruck ist, es besteht so eine Art stillschweigendes Einverständnis, daß die Epoche der emanzipatorischen Bewegungen, die im wesentlichen die europäische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gekennzeichnet haben und in den großen demokratischen Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa ihren Höhepunkt fanden, jetzt zu Ende geht und wir damit rechnen müssen, daß in einigen instabilen Ländern autoritäre Regierungsformen wieder im Vormarsch sind.

Wenn ich Herrn Varga richtig verstanden habe, dann schlägt er eine Art wirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Instandbesetzung der osteuropäischen Länder durch die westlichen Staaten vor, die man eine Zeitlang tolerieren sollte, damit die Sachen zum Klappen kommen. So etwas haben doch die Amerikaner mit großem Erfolg nach 1945 mit den Deutschen praktiziert. Und wenn Herr Lieven fragt, welche Art von Regierung am besten Stabilität garantieren könne, dann denkt er offenbar auch eher an autokratische Regime. Herr Stürmer rät ja schon seit längerem: Wenn Jelzin in Rußland zu unpopulären Maßnahmen greifen sollte, müsse der Westen Ruhe bewahren.

Das ist nun in der Tat eine wichtige Feststellung, ob wir am Endpunkt der demokratischen Revolutionen zu dem Ergebnis kommen, daß man im Interesse des Aufbaus dieser Länder für eine Übergangszeit autokratische Regime dulden sollte, die deshalb nicht mehr so gefährlich seien, weil sie keinen imperialen Charakter hätten. Dafür gibt es historische Vorbilder. Katharina die Große hat das mit Erfolg betrieben, und auch die Preußenkönige haben etwas undemokratische Mittel verwandt, um ihr Land zu entwickeln, durchaus zum Wohle des Ganzen. Da die Demokratie zu den unverzichtbaren Bestandteilen europäischer Zivilisation gehört, rebelliere ich gegen dieses Ergebnis. Wir dürfen da nicht einfach stillschweigend hineinschlittern.

Auf der anderen Seite sehe ich natürlich auch die ungeheuren Probleme, mit denen diese Länder konfrontiert sind, wenn ich nur an die instabilen Wirtschaften oder die ökologischen Katastrophen denke. Und ich bin mir schon darüber im klaren, daß die eher chaotischen basisdemokratischen Bewegungen keine Alternative darstellen. Das kann man in der Sowjetunion und auch in Polen recht gut studieren. Wenn dann noch der Populismus verbunden mit einer bestimmten amerikanischen Politikmethode Schule macht, sind diese Länder tatsächlich nicht mehr regierbar.

Was ich statt dessen frage, ist, ob aus den demokratischen Bewegungen heraus so etwas wie ein sorgfältiger Aufbau neuer Eliten denkbar ist. Das betrifft etwa das Entstehen von politischen Parteien, aber auch von Wirtschaftseliten und intellektuellen Führungsschichten. Inwieweit man dabei auch die Eliten der Vergangenheit mit einbeziehen müßte, die ja mit den alten Regimen verbunden sind, sollte genau überlegt werden. Sind hierbei Unterstützungen seitens Westeuropas möglich? Ich denke zum

Beispiel, wir sollten einmal über Patenschaften auch unter politischen Parteien nachdenken, inwieweit derartige Hilfen sinnvoll sind.

Ich weiß, das alles klingt ein wenig unbefriedigend. Deshalb schließe ich meinen Beitrag auch mit einer gewissen Ratlosigkeit. Aber ich würde mir wünschen, daß wir endlich einmal ehrlich miteinander reden. Kommen wir wirklich zu dem Ergebnis, daß es unumgänglich ist, stillschweigend autokratische Regime zu akzeptieren? Wie lange soll das denn dauern, und welchen Preis an demokratischer Selbstbestimmung sind wir bereit, dabei in Rechnung zu stellen? Oder sehen wir eine andere Alternative, und was müßte Westeuropa dazu tun?

### **Stürmer**

Es wäre sicher ein Irrtum anzunehmen, daß die Amerikaner nicht mehr in Rußland den wichtigsten Partner sehen. Entsprechend werden sie für das amerikanisch-russische Verhältnis sehr viel tun, und zwar aus einer Reihe von Gründen. Ein Grund liegt in der extrem wichtigen Aufgabe, Niedergang und Nachfolge der Sowjetmacht zu steuern und zu managen. Das kann primär nur mit Rußland geschehen, zumal die Amerikaner die anderen Nachfolgerepubliken noch kaum entdeckt haben. Der zweite Grund betrifft die Frage der Non-Proliferation, wo man große Anstrengungen unternimmt und bisher auch erfolgreich ist. Das Dritte hängt mit dem Nachfolgesystem von SDI zusammen. Stichwort: "Global Protection against Limited Strikes" (G-Pals). Hier haben die Russen ein eminentes Interesse daran, weiterhin mit den USA zu kooperieren. Sie können da auch wichtige Technologien einbringen.

Das stellt übrigens die Europäer vor beträchtliche Probleme, die bisher so tun, als interessiere sie dieses Thema nicht sonderlich. Dabei sind wir Europäer, vor allem aber die Russen, die eigentlich Bedrohten für aus dem Süden anfliegende Mittelstreckensysteme.

So stellt sich der weltpolitische Rahmen dar. Und da klingt das, was Jim Hoagland gesagt hat -bei allem Respekt, Jim;- , doch nach der Entsendung eines Expeditionskorps, nicht nach Weltordnungsmacht - die einzige, die uns noch verblieben ist. Aus dem Grunde kann ich auch nicht verstehen, daß die amerikanische Präsenz in Europa lediglich unter rein technischen, vor allem haushaltstechnischen Gesichtspunkten diskutiert wird, wo es hier doch in Wirklichkeit darum geht, Weltpolitik in der Krise zu gestalten.

Ich spreche bewußt nicht von Gleichgewichtspolitik, sondern vom Moderieren von Weltpolitik, wo es auch um das alte Verhältnis von deterrence and reassurance geht. Das hat wenig mit NATO-Garantien zu tun oder mit der Anwesenheit von 50.000,100.000 oder 150.000 amerikanischen Soldaten in Westeuropa. Hier geht es vielmehr um die langfristige, feste Entschlossenheit, Rußland zum Partner zu machen und alles zu tun, damit Rußland nicht wieder zum Feind wird. In diesem Sinne gilt es auch, Rußland vor seinen eigenen Versuchungen zu bewahren.

Diese Aufgabe kann den USA niemand abnehmen. Die gegenwärtige Bitternis um WEU und deutsch-französisches oder europäisches Korps ist übertrieben und führt zu nichts, außer daß sie Emotionen auflädt. Die entscheidende Herausforderung ist, mit den Russen die sowjetische Erbfolge auf vernünftige Weise zu regeln. Dabei ist Amerikas Rolle völlig unentbehrlich; in geringerem Maße und in anderer Weise übrigens auch die deutsche.

Die Amerikaner sollten sich in diesem Zusammenhang noch einmal vergegenwärtigen, was es im 19. Jahrhundert für den europäischen und den Weltfrieden bedeutete, daß die Briten eine "fleet in being" hielten. Darin liegt ein besseres Konzept als in den computergestützten Szenarien, die von Zeit zu Zeit Obristen im amerikanischen Pentagon der Welt und dem Congress vorspielen. Wir brauchen politisches und strategisches Denken, nicht Sandkastenspiele, die hauptsächlich dem Kampf um Budgetbewilligungen auf dem "Hill" dienen.

Dabei kommen dann absurde Szenarien heraus: daß die NATO mit 26 Divisionen in Rußland einmarschiert, sollten die Russen in Litauen intervenieren. Jedermann weiß, daß eben dies nicht geschehen wird. Damit kann man nicht den amerikanischen Kongreß schrecken und die Russen schon gar nicht.

Ich stehe vielleicht nicht im Verdacht antiamerikanischer Einstellung. Aber man muß unter Freunden deutlich werden und die Amerikaner an weltpolitische Verantwortung erinnern. Wenn sie diese Rolle verfehlen, zahlen nicht nur die Amerikaner den Preis, sondern wir alle.

### **Blech**

Ich möchte in dieselbe Kerbe hauen. In der Tat haben die Russen mit den Amerikanern eine zwingende Agenda. Gerade das Nachfolgesystem für SDI, das Herr Stürmer erwähnte, ist auch für die

Balten relevant, weil es vor allem in Lettland russische Stationen gibt, die man von russischer Seite in dieses internationale System einbezogen sehen will. Das gehört sicher in den gesamtstrategischen Kontext.

Dennoch stimme ich Herrn Meri zu, daß es den Russen schwerfällt, sich von der Rolle einer Weltmacht im bisherigen Zweierkondominium zu verabschieden, zumal Rußland mit 150 Millionen Einwohnern, einem erheblichen Militärpotential und einer riesigen Landmasse immer noch ein ernst zu nehmender weltpolitischer Faktor ist. Bedenklich ist, um das zu wiederholen, daß es in Rußland keine Europapolitik im eigentlichen Sinne gibt, wie sich etwa das Verhältnis Rußlands zu Europa und zu den Vereinigten Staaten tatsächlich gestalten soll.

Auf der anderen Seite ist indes auch die Frage zu stellen, ob denn die Amerikaner eine richtige Europapolitik haben. Weiß Amerika, welche politische Bedeutung Europa hat? Ich habe da meine Zweifel, auch wenn ich mir überlege, was Jim Hoagland hier dazu gesagt hat.

Herr Meri hat den Westen aufgefordert, gegenüber Rußland mit zwei Sprachen zu reden, in einer freundschaftlichen und in einer harten Sprache. Das ist sicher richtig, solange wir nicht wissen, welchen Weg Rußland wirklich gehen will, wir es also mit den "incertitudes russes" zu tun haben. Rußland muß jedenfalls wissen, daß wir in Alternativen denken müssen, solange diese Frage nicht eindeutig beantwortet ist, auch in der Verteidigungspolitik.

Ähnlich wie Herr Krenzler will ich in diesem Zusammenhang auch das Stichwort Türkei und die Südostflanke erwähnen. In dieser Wetterecke des alten Europas werden wir sicher noch einige Überraschungen erleben. Die Türkei war bisher so schön auf Europa angewiesen und hatte keine anderen Optionen. Ob sich das jetzt ändert, werden wir erleben.

Ich bin - mit Verlaub gesagt - lange genug im Geschäft und - nochmals mit Verlaub - mit dem Gang der Historie ausreichend vertraut, um mich des Wagnisses von Prognosen zu enthalten, die von einem zweckrationalen Verhalten aller Beteiligten am Spiel ausgehen. Nicht nur deshalb, weil Rationalität in politics immer ein Problem ist, sondern auch deshalb, weil die Charakterisierung eines Verhaltens als zweckrational eine Übereinstimmung über den Zweck voraussetzt.

## Lopatin

Kann die gegenwärtige Politik Rußlands gegenüber den baltischen Staaten als eine neue Form des Imperialismus interpretiert werden, die die Integration dieser Länder in Europa behindert, wie hier angedeutet wurde? Dazu wiederhole ich, was ich vorhin gesagt habe: Integration und nationale Unabhängigkeit sind keine Ziele um ihrer selbst willen.

Für viele Staaten, insbesondere in Europa, gelten allgemein folgende Prioritäten: An erster Stelle steht das Individuum, an zweiter stehen die Interessen der Gesellschaft und erst an dritter Stelle die staatlichen Interessen. Dies sollte man berücksichtigen, wenn man über Integration und staatliche Unabhängigkeit nachdenkt. Andernfalls besteht die Gefahr, vor der immer wieder gewarnt wird, daß durch den Staat die Gesellschaft und die persönliche Entfaltung der Individuen unterdrückt werden, für die wir in unseren Erklärungen und politischen Beschlüssen mit hehren Worten eintreten.

Eine solche Politik widerspricht in einer Reihe von Fällen auch meinem Verständnis von Integration in Europa. Ich meine, man kann nicht staatliche Unabhängigkeit auf nationaler Grundlage sichern wollen und gleichzeitig behaupten, dies sei ein Weg zur Integration. Nationalismus und Integration widersprechen einander, was in verschiedenen zugespitzten Formulierungen der baltischen Kollegen deutlich wird. Nur ein Beispiel: Wodurch entstehen in Estland Spannungen zwischen der russischen und einem Teil der einheimischen Bevölkerung? In Estland leben 457.000 Russen. Entsprechend dem Gesetz über die Staatsangehörigkeit, das in Estland verabschiedet wurde, können etwa 400.000 auf Antrag im Laufe von zwei Jahren die estnische Staatsangehörigkeit erhalten. Das Gesetz gibt ihnen aber keine Garantien für eine sichere Zukunft in Estland.

Eine Reihe von Deputierten und politischen Repräsentanten in den baltischen Staaten haben in den letzten zwei Jahren ihre Haltung gegenüber der russischen Bevölkerung deutlich geändert, und zwar eindeutig zum Negativen. Wer garantiert den 400 000 Russen, daß man sie nicht morgen nach Rußland zurückschickt? Das Gesetz gibt kein klares Prozedere vor. Auch wenn ich eine solche Handhabung für unwahrscheinlich halte, aber für die russische Bevölkerung ist dies keine so abwegige Befürchtung.

Hier wurde behauptet, die Anwesenheit der russischen Truppen verunsichere auch die russische Minderheit. Ich wiederhole dazu, daß es einen politischen Beschluß über den Abzug gibt. Die russische Delegation hat in den Verhandlungen den Vorschlag unterbreitet, daß die Nichteinmischung

in die inneren Angelegenheiten des Staates anerkannt würde. Das gilt auch für die Dauer des Abzugs der Truppen. Die Garantie dafür übernimmt nicht die Armee, sondern die Vertragsstaaten, und zwar auf der Grundlage internationaler Abkommen. Doch daran war man wenig interessiert. Ich meine, es reicht nicht, immer nur zu sagen: "Wir wollen ...", "wir fordern ..." - man muß auch konkret etwas tun, wenn man etwas erreichen will.

Lassen Sie uns offen miteinander sprechen. Bereits im Februar wurde eine russische Delegation gebildet, während die estnische Delegation erst seit einem Monat besteht. Dafür gab es sicher Gründe: die innere Instabilität, der ständige Kabinettswechsel. Auch das jetzige Kabinett scheint ja nur ein Provisorium zu sein. Vielleicht täusche ich mich.

Schließlich zur Frage der Integration. Frau Butenschön hat hierzu in begrüßenswerter Offenheit gesagt, Rußland könne man nicht integrieren, sondern nur mit ihm kooperieren. Diese Politik, Rußland zu isolieren, ist nicht neu. Ich habe vorhin gesagt, warum nicht nur Rußland Europa, sondern auch Europa Rußland braucht. Es hat in der Geschichte immer wieder Beispiele gegeben, daß sich Staaten von der Außenwelt abschotten. Das galt zum Beispiel für Japan im 19. Jahrhundert, als man sogar ausländischen Kaufleuten verbot, nach Japan einzureisen und Handel zu treiben, weil man der Meinung war, man könne alle Probleme allein lösen.

Heute, in einer Zeit wachsender gegenseitiger Abhängigkeiten nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt erscheint es wenig sinnvoll, so etwas anzustreben. Ich halte es auch nicht für möglich, Rußland einen minderen Integrationsstatus anzubieten. Genauso falsch wäre es indes, wollten wir uns in unserem Streben nach Selbstbestimmung und Integration nun gedankenlos der europäischen Lebensart angleichen. Dann würden wir uns selbst aufgeben.

### **Meyer-Landrut**

Es ist wichtig, klar zu definieren, was wir unter Integration verstehen. Herr Blech hat bereits gesagt, daß es bestimmte Voraussetzungen für die Integration in die westeuropäische Gemeinschaft gibt. Das ist für Rußland sicher eine Frage, die sich nicht für heute oder morgen stellt. Das betrifft natürlich auch andere Länder, wie zum Beispiel die Türkei. Etwas anderes ist die Teilnahme am geistigen, politischen und wirtschaftlichen Leben Europas.

### **Lopatin**

Ich stimme Ihnen zu, daß die Integration nicht nur technische und wirtschaftliche, sondern auch andere Aspekte einschließt, die Sie genannt haben. Dies gilt aber für alle Staaten gleichermaßen, ob es sich dabei nun um die baltischen Staaten oder um das Verhältnis Rußlands zu Europa handelt.

### **Elbe**

Ich möchte auf zwei Prinzipien eingehen, die für die Sicherheit Europas erheblich sind und die überall in Europa gelten - auch hier im Baltikum. Zu den Ausführungen von Frau Lauristin kann ich nur sagen: Ihre Gefühle kann ich menschlich nachvollziehen, aber den politischen Inhalt billige ich nicht. Ich versichere ihr, daß ich vieles von dem, was sie empfindet, verstehen kann; denn meine Familie stammt selbst aus dem Baltikum und wurde als Folge des Hitler-Stalin-Pakts umgesiedelt.

Zum einen geht es um das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa. So willkürlich sie gezogen sind, müssen wir doch daran festhalten, weil wir sonst eine Büchse der Pandora öffnen. Jede Grenzlinie in Europa läßt sich irgendwie historisch rechtfertigen. In der innenpolitischen Auseinandersetzung um den deutsch-polnischen Vertrag über die Oder-Neiße-Linie kann ich mich an ein Transparent erinnern, das Gegner der Vertriebenenverbände hochhielten: "1248 - Neapel gehört uns".

Wir brauchen das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen, so wie es die KSZE gefordert hat, trotz der Willkür, die diese Grenzverläufe nehmen. Das bedeutet zugleich, daß die Souveränität eines jeden Staates dort endet, wo die Wirkung der KSZE greift. Das heißt, es gibt keine Souveränität eines Staates außerhalb seiner Grenzen. Und ich schließe mich Herrn Meyer-Landrut an, daß im Umgang eines großen Staates mit einem kleinen Staat ein hohes Maß an Behutsamkeit erforderlich ist, wenn es um die Abwicklung von Positionen geht, die aus der Vergangenheit resultieren.

Das zweite ist das Prinzip des Minderheitenschutzes. Unsere baltischen Freunde sollten sich darüber im klaren sein, daß die Minderheitenrechte ein Korrelat zum Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen und ebenfalls in den Grundsätzen der KSZE verankert sind. So hat die Europäische Gemeinschaft die Anerkennung der neuen Republiken im alten Jugoslawien von Garantieerklärungen abhängig gemacht, daß die Rechte der Minderheiten geschützt werden.

Minderheitenschutz ist damit ein wesentliches Prinzip der Sicherheit in Europa geworden, dessen Versagung die Basis von Partnerschaft und Nachbarschaft zerstört, eine sinnvolle regionale Zusammenarbeit erheblich beeinträchtigt und damit auch die Sicherheit in Europa in einer längerfristigen Perspektive gefährdet. Außerdem: Wer die Minderheitenrechte versagt, muß sich darüber im klaren sein, daß er das Risiko eingeht, die Grenzfragen neu aufzuwerfen.

Es ist daher Weisheit, Besonnenheit und eine gewisse Großzügigkeit im Umgang mit Minderheiten gefordert; denn dabei handelt es sich um Menschen und nicht um Abfallprodukte des zufälligen Verlaufs der Geschichte. Minderheiten dürfen auch nicht als Geiseln der Politik betrachtet werden. Das heißt, die Gewährung von Minderheitenrechten darf nicht von der Qualität der Beziehungen zwischen zwei Staaten abhängig gemacht werden. Minderheitenrechte sind unabhängige, subjektive Bürgerrechte. Und es steht einem Staat gut an, da einen großzügigen Standard zu gewähren.

Das trifft sowohl bei der Frage der Staatsangehörigkeit zu als auch für Rechte im kulturellen Bereich und bei der politischen Mitwirkung. Diese Behutsamkeit im Umgang mit Minderheiten ist eine europäische Staatenpflicht. Dies gilt besonders in der Perspektive eines europäischen Binnenmarktes, von dem auch Impulse in Gebiete ausgehen werden, die noch nicht zur EG gehören. Dabei ist die Niederlassungsfreiheit ein tragendes Prinzip einer neuen europäischen Kultur.

### **Lauristin**

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, Herr Elbe: Erstens habe ich hier kein Wort über Grenzen gehört. Was, zweitens, die Rechte der Minderheiten angeht, so haben wir diese Regeln sehr genau beachtet, einschließlich Bildung, kultureller Autonomie, des Gebrauchs der eigenen Sprache, der Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung, der Möglichkeit, sich an der Privatisierung zu beteiligen und so weiter. Ich kann sogar sagen, daß die russische Minorität in Estland mehr Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten genießt als Minoritäten in einigen anderen bekannten europäischen Ländern.

Zum Glück haben wir hier keine offenen Feindseligkeiten, die in manch anderem europäischen Land anzutreffen sind, und wir werden auch alles tun, um dem vorzubeugen. Aus eben diesem Grunde wollen wir auch auf der Linie der friedlichen Lösung der anstehenden Probleme fortfahren. Es sind der Druck von außen und die Benutzung dieses Problems als eines politischen Trumpfs, was eine friedliche Lösung verhindert.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer Lage, wo wir als ganz kleine Minderheit in einem riesigen Imperium Verantwortungen übernehmen müssen, die normalerweise nur großen Nationen aufgebürdet werden. Für uns bringt das eine Reihe großer finanzieller, politischer und moralischer Probleme mit sich. Diese Last, die wir zu tragen haben, ist weit größer als in irgendeinem anderen europäischen Land. Dennoch bin ich sicher, daß wir imstande sein werden, damit fertig zu werden. Aber diese Situation ist voller Widersprüche, Konflikte und Probleme. Wir sind uns all dieser Dinge sehr wohl bewußt, und wir versuchen, sowohl dem Buchstaben als auch dem Geist der europäischen Politik in dieser Hinsicht gerecht zu werden.

### **Oksaar**

Herr Elbe, Estland brauchte man wirklich nicht darüber zu belehren, wie man mit Minoritäten umzugehen hat. Estland galt in Europa seit den zwanziger Jahren als Vorbild einer Kulturautonomie für alle Minoritäten - die schwedische, die deutsche, die russische und andere. Estland hat in dieser Hinsicht eine gute Tradition ebenso wie Lettland. Diese Tatsache wäre erwähnenswert gewesen.

### **Elbe**

Ich habe über zwei Prinzipien gesprochen, die wichtig sind für die Sicherheit überall in Europa. Mit keinem Wort ist eine Belehrung Estlands zum Ausdruck gekommen.

### **Oksaar**

So konnte es aber aufgefaßt werden.

### **von Wistinghausen**

Aus der Position eines Beobachters vor Ort einige Anmerkungen zu verschiedenen Aspekten.

Herr Lendvai sprach vom Baltikum als einem Laboratorium und hat dabei die Frage der Staatsangehörigkeit in den Mittelpunkt gestellt. In dieser Hinsicht zeichnet sich die estnische

Gesetzgebung durch einen, im europäischen Maßstab, extrem liberalen Standard aus. In welchem anderen Land bekommt man nach zwei Jahren ständigen Wohnsitzes und einem Jahr Bearbeitungsdauer des Antrages die Staatsangehörigkeit? Jeder, der in diesem Lande lebt und bestimmte Voraussetzungen erfüllt - dazu gehört allerdings auch eine gewisse Kenntnis der Landessprache;- , kann die Staatsangehörigkeit erwerben.

Was die Menschenrechte und die Bürgerrechte angeht, so kann Estland dem Bericht sicher mit Gelassenheit entgegensehen, der als Grundlage für seine Aufnahme in den Europarat dienen wird.

Frau Vollmer hat den bedenkenswerten Satz gesagt: "Der Rechtsstaat schützt auch die Täter." So selbstverständlich dieser Aspekt an sich ist, wird er doch meist nicht mitbedacht. Ich meine, dies sollte auch bei der Bewältigung der Probleme in den baltischen Staaten berücksichtigt werden. Als der französische Präsident Mitterrand vor einigen Tagen in Tallinn weilte, hat er in einer Pressekonferenz zum Ausdruck gebracht, daß die Beziehungen in Europa unter dem *ius gentium*, wie ersieh ausdrückte, zu stehen hätten. Die Regelung der zwischen Rußland und Estland offenen Fragen müsse natürlich in erster Linie bilateral verhandelt werden. Aber nicht nur; denn dabei gehe es auch um Fragen des Völkerrechts, und das sei ebenso Sache internationaler Gremien. Gerade in einem Bereich, in dem so viele Verwundungen, so viele Sensibilitäten bestehen, erscheint es in manchen Dingen unmöglich, sich über alles ausschließlich bilateral einigen zu wollen.

Frau Vollmer stellte dann die besorgte Frage, ob die Demokratiebewegung in Europa in autokratischen Formen enden werde. Estland hat in einem außergewöhnlich schnellen Prozeß - wenn man bedenkt, daß die Unabhängigkeit am 20. August 1991 ausgerufen wurde - einen Verfassungsentwurf erarbeitet, der am 28. Juni diesen Jahres einem Referendum unterbreitet wird. Wenn man sich diesen Entwurf ansieht, wird man unschwer feststellen, daß hier nicht eine künftige Autokratie auf dem Wege ist - es ist keine Präsidialverfassung;- , sondern eine parlamentarische, rechtsstaatliche Demokratie westeuropäischen Standards.

Was den Abzug der russischen Truppen angeht, so erwartet die estnische Seite, wie ich sie verstehe, nicht, daß schon morgen alle Soldaten verschwinden. Die Esten sind Realisten genug, so etwas nicht zu verlangen. Was man indes fordert, ist ein fester Zeitplan, damit man weiß, auf was man sich einzustellen hat. Dann ist die estnische Regierung bereit, auch über die Modalitäten des Verbleibs in der Zwischenzeit zu verhandeln. Das Entscheidende ist also eine verbindliche Regelung mit einem angemessenen Enddatum.

Herr Lucas sagte: Bei kleinen Staaten könne man mit relativ geringen Mitteln große Wirkungen erreichen. Die Politik, insbesondere der EG-Staaten, konzentriert sich nach unserem Eindruck bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bislang zu sehr auf den Aspekt der Beratung. Dies ist wichtig, wird auch von estnischer Seite so gesehen, kann aber erst mittelfristig greifen. Was unmittelbar nötig wäre, ist eine Art Anschubfinanzierung, um neue Strukturen aufzubauen, die nicht allein aus eigener Kraft geschaffen werden können. Da besteht ein wesentlicher Bedarf.

### **Meyer-Landrut**

Es wäre sicher vermessen, eine Zusammenfassung dieser anderthalbtägigen Diskussion zu versuchen. Aber gestatten Sie mir abschließend eine kurze Bemerkung:

"Zwischen Integration und nationaler Eigenständigkeit: wie findet Europa zusammen?" lautete die Fragestellung unserer Konferenz. Es war viel die Rede davon, was denn eigentlich unter diesem Begriffspaar alles zu subsumieren sei. Sehr unterschiedliche Denkansätze, Prioritäten wurden deutlich, wenn ich mir nur vor Augen halte, welche Bedeutung dem Maastrichter Dokument als dem Herzstück westeuropäischen Europadenkens zukommt, das von militärischer Präsenz der USA im NATO-Rahmen bis hin zu der Frage der Souveränität und Erhaltung einer europaorientierten Identität der Balten reicht.

Wir haben in diesen beiden Tagen sicherlich kein grand design gefunden für die Lösung der Frage, wie Europa zusammenfindet. Aber wir haben eine Fülle von Informationen, Überlegungen und Standpunkten gehört, die uns bei unserer weiteren Arbeit helfen können.

Ich möchte Herrn Körber in Ihrer aller Namen meinen herzlichen Dank aussprechen, daß er diese Tagung ermöglicht hat. Ich meine, sie hat zur rechten Zeit am richtigen Ort stattgefunden.

### **Körber**

Wir haben im Baltikum getagt, wo zwei Welten einander begegnen und noch nicht wissen, wie sie miteinander umgehen sollen. Ost und West sind nicht länger ideologische und militärische Begriffe,

sondern wieder Himmelsrichtungen. Die großen Gegensätze sind überwunden, wie wir hier feststellen konnten. Aber tiefe Unterschiede in der materiellen Lage, in Erinnerung und Zukunftserwartung, in Sorge und Hoffnung sind geblieben. Mit den Füßen stecken die Völker, die aus der Kälte kommen, noch tief in einer Vergangenheit, die sie nur in Schmerzen betrachten können. Im Kopf und mit dem Herzen sind sie bereits in eine Zukunft eingetreten, die doch noch kaum begonnen hat.

Reisen bildet und belehrt auch darüber, daß die gegenwärtig hauptsächlich aus der Innenpolitik kommenden Sorgen der westlichen Staaten von relativer Bedeutung sind. Deshalb hat der Bergedorfer Gesprächskreis sich immer bemüht, an den Ort des Geschehens zu gehen. Wir waren in Moskau, als Gorbatschow kam, und in Prag, als die kommunistische Diktatur stürzte. Selten aber war die geistige Aufgabe, die kostbare nationale Identität mit der notwendigen übernationalen Integration zu verbinden, so spürbar auf Schritt und Tritt wie hier in Tallinn. Denn auf sich gestellt kann keine der europäischen Nationen Herr ihres Schicksals sein.

Die Erfahrung der Geschichte und der Zwang der Geographie, aber auch Technik, Energie, Umwelt und Wirtschaft erfordern es, die Identität in der Integration aufzuheben. Dies ist keine akademische Frage, sondern die Überschrift über eine politische Gestaltungsaufgabe und ein Seelendrama. Während im Osten ein Imperium zerbrochen ist und die Nachbeben weitergehen, steht der Westen im allgemeinen, Deutschland im besonderen vor Anforderungen, die das bisherige Denken als unzureichend erweisen. Jetzt geht es nicht mehr um Entspannung zwischen den Blöcken, nicht mehr um Dialog über die Mauer hinweg, nicht mehr um das zähe Management des Konflikts. Jetzt geht es um konstruktives Engagement, wirtschaftliche Kraft und politische Vision.

Die Länder der Ostsee kehren nach Europa zurück. Sie können in Zukunft Mittler sein und Brücke zu Osteuropa, zu Rußland vor allem. Sie verfügen über Erfahrungen und Sensibilitäten, die der Westen nicht hat und nicht haben kann. Rußland aber wird nicht auf Dauer, wie Solschenizyn sagt, "in der Grube seiner verzehrenden Krankheit" liegen, sondern die beherrschende Macht diesseits und jenseits des Urals wieder sein. Dann aber geht es um die Frage, welches Rußland da wiederaufersteht: ein Rußland, das mit Offenheit nach Westen schaut, oder eines, das mit Bitterkeit dem verlorenen Imperium nachtrauert. Hier liegt eine Aufgabe der Balten als Übersetzer, Erklärer und Mittler.

Die baltischen Staaten liegen am Rande der europäischen Geographie, aber inmitten der Ereignisse, die Europa, die die Welt verändern. Hier wird sich jetzt und in Zukunft erweisen, ob der Umbruch der letzten Jahre nur eine hoffnungsvolle Episode war oder der Eintritt in eine neue Epoche der europäischen Geschichte. Sie wird sich nicht von selbst gestalten. Sie verlangt im Osten eine moralische Anstrengung, im Westen harte Arbeit, und am Ort des Geschehens, am Ostseestrand, Realismus mit Vision.

Wenn unser 96. Bergedorfer Gesprächskreis dazu etwas beitragen konnte, war es die Mühe aller Beteiligten wert. Ich danke Ihnen allen für Ihre Beiträge. Vor allem aber danke ich Herrn Meyer-Landrut, der uns wie ein ortskundiger Lotse durch die baltischen Küstengewässer, die Schönheiten der Stadt und die Klippen des Gesprächs geleitet hat.